

DER SOZIALISTISCHE AKADEMIKER

II. Jahrg.

1896. — September.

No. 9.

Redaktion: Berlin N. 4, Invalidenstr. 145.

„Freie Universitäten“ und „Volks-Universitäten“ in Deutschland.

Ein Wort zur Verständigung.

Von Wilhelm Bölsche in Zürich.

II.

Auf unsere offiziellen Universitäten wandert alljährlich ein gewisser Prozentsatz junger Leute, die dort etwas suchen, aber nicht finden. Nach ein paar Semestern verschwinden sie wieder, in den meisten Fällen ohne irgend eine Examenshöhe erklettert zu haben. Nach kürzerer oder längerer Frist sehen wir sie dann auftauchen in der sogenannten „freien Carrière“ der Schriftstellerei. Die Wege dieser freien Carrière sind sehr buntscheckig und vielgestaltig. Aus dem einen „verlorenen Studenten“ entpuppt sich ein echter, nachhaltiger Dichter. Ein Anderer wirft sich auf die freie ästhetische Kritik. Der Dritte segelt in's politische Fahrwasser. Ein Paar legen sich auf Populärwissenschaft. Ein grosser Theil endlich bleibt in der einfachen Tagesjournalistik untergeordneter Art hängen, ein Beruf, der vielleicht jämmerlich aussieht neben den anderen, aber für den es schliesslich doch auch Leute geben muss. Auf der Höhe ihrer Bahn mögen alle diese Köpfe recht weit von einander stehen, — tiefer als zwischen dem echten Dichter etwa und dem kleinen Zeilenreporter, oder auch dem Dichter und dem vollbewussten politischen Leitartikler, kann die Kluft in unserem Geistesleben kaum gähnen. Aber in ihren jugendlichen Anfängen laufen sie durchweg eng genug an einander. Auf der Universität jedenfalls bilden sie eine ganz konstante Erscheinung, völlig charakteristisch zwischen dem Gros der Studenten, das auf ein staatlich privilegiertes Brodfach hinhetzt, und dem anderen, kleineren Theil, der auf die streng wissenschaftliche Facharbeit lossteuert, — zwischen den künftigen Aerzten, Pfarrern, Staatsanwälten und Gymnasial-Oberlehrern und den werdenden Privatdozenten und Professoren. In diesem charakteristischen Bilde ist

aber der charakteristischste engere Zug wieder, dass die ganze Schaar dieser „Auch-Studenten“ von ihrem ganzen Studium auf der offiziellen Universität trostlos wenig „hat“. Sie finden etwas Allgemeinbildung — wenig genug; etwas Anschluss aneinander, — meist auch sehr erschwert; und etwas Vertiefung der Persönlichkeit durch das freiere akademische Leben.

Das ist aber auch alles. Im eigentlichen, sachlichen Sinne bietet ihnen die ganze Universität trotz ihrer ungeheuerlichen Zersplitterung in alle Sorten geistiger Nahrungsmittel so gut wie gar nichts. Und zwar liegen die Dinge nicht etwa so, dass jene künftigen Kandidaten der „freien Carrière“ überhaupt nicht wüssten, was sie suchten und sollten. Das wird wohl als Weisheit verzapft an Orten, wo man den Stachel des Vorwurfs bereits zu fühlen beginnt. Aber es steckt eine glatte Unwahrheit darin. Was letzten Endes aus ihnen werden soll, wissen angehende Schriftsteller gewiss nicht sicher. Aber auch der gangbare Fakultätsstudent pflegt meist bis tief in's Studium hinein nicht klar zu wissen, ob er künftig etwa der Forschung oder der Praxis angehören wird. Darauf kommt es ja nicht an. Auch der verträumteste Jüngling jener Spezialgruppe pflegt aber heute schon genau zu sehen, dass er ein Refugium in seinem Lebenskampfe immer wird anerkennen müssen: die Journalistik. Wenn es Journalistik als festes Lehrfach auf unseren Universitäten gäbe, wüsste jeder von jener Seite, in welches Colleg er zunächst gehört — die Universität hätte wenigstens einen festen Anhaltspunkt für ihn. Journalistik kann sehr gut als wissenschaftliches Fach gelehrt werden. Natürlich dürfte sie sich nicht auf ein klein wenig Handwerksbrauch beschränken. Sie müsste nicht bloss die Bedeutung der Korrekturzeichen oder die Einrichtung einer Setzerei beibringen. Wichtig und zeitersparend wäre für den Lernenden schon das. Aber es gälte, viel weitere Dinge zu treffen. Die einzelnen Theile des modernen Journalismus müssten sachgemäss behandelt werden: Grundlagen und Gestaltung der politischen Parteien; Theorie der wissenschaftlichen und der Kunst-Kritik; Geschichte des Zeitungswesens, Ziele und Bedeutung der Presse in unserer Zeit; Beobachtung, Thatfachenwiedergabe, alles, was den Reporter angeht; die juristischen Voraussetzungen im gesammten Schriftstellergebiet. Es ist klar, dass sich um die eine Journalisten-Fakultät (wenn wir davon einmal reden sollen) eine Menge Hilfsdinge oder faktisch bedeutsame Erweiterungen gruppieren müssten: Geschichte und Theorie des Buchhandels, des Verlegerwesens. Auf der anderen Seite, im Anschluss an den kritischen Theil: praktische Aesthetik mit Uebungen am aktuellsten Stoff, moderne Litteraturgeschichte, Grundzüge der Schauspielkunst. Es ist keine Frage, dass durch geeignete Lehrkräfte hier eine einheitliche Wissensbasis für alle unsere Journalisten geschaffen werden könnte, deren Wirkung wir alsbald in einer Aufbesserung des Gesamtniveaus aller unserer Zeitungen wahrnehmen müssten. Der Schriftsteller käme nicht als der „verbummelte“, sondern als der weise Student von der Universität, — wenn auch eine besondere Quittung über solche Reife durch ein Examen hier ausser Betracht bliebe und rein die faktische Leistung nachher entschiede.

So wäre denn, scheint es, als der Weisheit letzter Schluss, nichts nöthig, als dass unsere offiziellen Universitäten sich dazu aufräfften, endlich dem Journalismus als einer wahren modernen Weltmacht auch die entsprechende Stellung innerhalb ihres Lehrkörpers einzuräumen. Wir brauchten Kollegien, Seminare, Professoren für die bisherigen Stiefkinder des Universitätslebens, die Schriftsteller, und zwar solche, die ihren Bedürfnissen ausschliesslich entgegen kämen. Ich will erwähnen, dass der Zopf unserer Hochschulen vom offiziellen Schliff zwar gross ist, aber doch nicht so gross, dass nicht hier und da wirklich bereits Anregungen der Art aufgebracht, ja, Versuche mit einzelnen Kollegien über Journalismus gemacht worden wären. Wenn wir also recht artig warten, einstweilen noch ein paar Generationen verschmachten lassen, aber vertrauend auf das langsame „Vonselbsterwerden“ der Dinge in der Zukunft blicken wollten, so dürfte sich da vielleicht Manches wirklich noch regeln. Ich finde nur, dass die Sache, selbst ihren Schneckengang einmal zugestanden, von Beginn an theoretisch einen Haken hat. Und ich glaube, es ist im Grunde genommen doch auch dieser Haken gewesen, der bisher die ernsthaften Experimente der Art immer im Ganzen gehemmt hat. Ich traue ja willig dem Universitätszopf das Unglaublichste zu. Aber diese andauernde Unbeweglichkeit an einer Stelle, die, wie Alles, was mit dem Journalismus zusammenhängt, doch eigentlich so im grellsten Licht der grossen Landstrasse liegt, scheint mir denn doch auch einen sachlichen Grund zu haben.

Die journalistische Fakultät, um bei dem Worte zu bleiben, hätte, in den Rahmen unserer offiziellen Universitäts-Fakultäten mit eingesperrt, gewisse Eigenschaften, die sie sehr bald zum enfant terrible der ganzen Universität machen könnten. Zunächst schon in äusserlichen Dingen. Staatliche Examina wären bei ihr wohl ein Unding. Es wäre die einzige Fakultät, wo schlechterdings nur gelehrt und freiwillig gelernt würde, von irgend welchen Quittungen aber nicht die Rede sein könnte. Denn es liegt in der oben schon gestreiften Vielköpfigkeit der späteren freien Carrière auf's Bündigste enthalten, dass bei diesem Studium Jedem ganz individuell überlassen bleiben müsste, wie viel er sich aus dem Gebotenen aneignen und was er daraus machen will: jeder Versuch, die Schriftstellerei durch staatliche Examina zu verbarrikadieren, wäre nicht ein Fortschritt, sondern die schwerste Schädigung, die man dem ganzen Beruf anthun könnte — ein Angriff auf das Freiheitsprinzip, das ihm trotz so vieler Missstände nach wie vor als gesundestes Besitzthum angehört. Das Fehlen eines Schluss-Examens würde aber rückwirkende Kraft haben auf die Forderung des sonst üblichen Einleitungs-Examens, des Abiturienten-Examens, das hier faktisch äusserst werthlos bliebe, was die eigentliche Carrière anbelangt. Die Festungswerke, wie sie die gegenwärtige Universität sich nach Oben und Unten geschaffen, könnten an dieser Journalisten-Ecke also höchst bedenklich bedroht werden — durch die fest verbarrikadirte Institution zöge sich mit dieser neuen Fakultät gleichsam eine offene Gasse, durch die Jeder frei ein- und ausgehen

könnte. Wie sich die ganze, ohnehin schon so innerlich schwankende Institution über dieses Wagniss wegretten sollte, wäre mindestens ein schwieriges Problem. Die Dozentenfrage machte Alles noch vielfach verwickelter. Der zünftige Litteratur-Professor würde hier vollkommen versagen. Es gälte erst, einen ganz neuen Professoren-Typus zu schaffen. Zunächst würde man jedenfalls der Nothwendigkeit nicht entgehen können, angesehene Leute aus der freien Journalisten- und Schriftsteller-Carrière heraus als Dozenten zu berufen. Diese Leute könnten nun so ausgezeichnet sein, wie sie wollten: in den Reihen der bisherigen zünftigen Universitäts-Dozenten würden sie ein zunächst fremdes, vielleicht dauernd sogar unmögliches Element bilden. Mindestens wäre die Wahl sehr schwer. Wenn man Solche suchte, die noch am ehesten, ihrer ganzen Lebensführung und Carrière nach, in einen Staats-Organismus, wie die Universität, passten, so käme man vielleicht auf eine Auswahl der schlechtesten Musikanten in der Reihe. Die Bedenken liessen sich geradezu endlos ausspinnen. Und je höher man die besten Elemente des freien Schriftstellerstandes schätzt, desto gröber werden die Bedenken.

Nun kommen zu all' diesen äusseren Schwierigkeiten aber noch ein volles Maass innerliche. Ich habe im ersten Aufsatz von dem Dilemma gesprochen, das auf der freien Forschung durch ihre Verkettung mit dem Universitätskörper als staatlicher Institution lastet. Die wissenschaftliche Forschung richtet sich ihrem Wesen nach an einen Stand vollkommen freier, lediglich der Wahrheit verpflichteter Menschen, nicht an irgend welche Staatsbürger, die auf bestimmte Institutionen eingeschworen sind und ihr Lebenswohl und -wehe, ihre materielle Versorgung und ihren ideellen Standeswerth nur in vollkommener Abhängigkeit von diesen Institutionen sich wahrnehmen können, also zu unausgesetzter Rücksichtnahme gezwungen sind. Die Verknüpfung von Forschung und staatlicher Universität bedeutete in diesem Sinne ein gewisses Ablenken vom Grundprinzip, und die Folgen stehen vor Augen. Nun ist der Schriftstellerstand seinem Prinzip nach jedenfalls auch als ganz frei, ganz unabhängig anzusehen. Die Dichtung hat mit dem Staat so wenig zu thun, wie die Wissenschaft. Die Kritik unterliegt selbst vollkommen den Forderungen der Wissenschaft, also auch der Unabhängigkeitsforderung. Für die politische Journalistik muss als Grundsatz gelten, dass ideell zu ihr zwar Elemente zählen, die sich bewusst in den Dienst oder wenigstens die geistige Gefolgschaft des bestehenden Staates stellen — dass aber ebenso dazu gehören alle die Elemente, die auf dem Wege der Tagespresse diesen Staat oder gar den Staatsbegriff überhaupt auf's Entschiedenste befehden; also der Konservative oder Nationalliberale genau so, wie der Sozialdemokrat oder Anarchist. Jede Einsperrung der journalistischen Fakultät in ein Staatsinstitut, wie die offizielle Universität, müsste also die Schäden, die sich bei der freien Forschung schon zeigen, wiederholen. Und sie müsste sie sogar in gewissen Punkten entschieden weit überbieten. Man braucht blos an Kurse über die politischen Parteien unserer Zeit für angehende politische

Redakteure im Rahmen einer Staats-Universität zu denken. Sollte die Fakultät hier irgend welchen Zweck haben, so müsste sie die Möglichkeit gewähren, politische Entwicklungen von den verschiedensten Parteistandpunkten aus zu hören. Ich glaube, dass ich den Schluss nicht weiter auszuführen brauche, der sich Jedem von selbst aufdrängt. Eine Journalisten-Fakultät, aufgethan inmitten der bestehenden Staats-Universität, wäre ein von Beginn an verlorener Posten. Wir würden erleben, dass sie, anstatt zu helfen, sehr bald zu einer Hochburg aller Versuche würde, die Unabhängigkeit des freien Schriftstellerstandes herabzudrücken. Einmal die Dinge so verfahren, würden wir einen „studirten Journalisten“ bekommen, der sich zu einem äusserst bedenklichen Typus entwickeln könnte. Ganz unzweifelhaft, würde wenigstens der Versuch gemacht werden, diesem offiziellen Journalisten ein Theil Beamtenblut einzupfufen — man würde die schöne Phrase hören, dass durch die neue Fakultät der rüde Stand der Schriftsteller „veredelt“ werden solle — es ist aber ein böses Ding heute um solche wohlmeinende Veredlung, und der Schriftsteller dürfte hier mehr als irgend Einer um Schutz vor seinen allzu väterlich besorgten Freunden bitten.

Indessen, ich glaube gar nicht, dass wir dieser Gefahr so bald entgegengehen — ihr so wenig wie dem Nutzen. Denn der offizielle Universitätskörper, gequält durch eigene innere Leiden, wird sobald gar keine Zeit finden, sich an sachlich wie formell so heikle Dinge heranzumachen. Es wird nach wie vor hier und dort ein kleines Scheinkolleg über Journalismus gelesen werden, dabei aber wird es bleiben.

Inzwischen schreit aber der wahre Nothstand gen Himmel. Wir sehen einen Kreis junger Leute vor uns, der unablässig sich erneut. Auf ihm ruhen hochwichtige Hoffnungen unseres geistigen, unseres öffentlichen Lebens. Er sucht etwas, was äusserlich einer Fakultät unserer offiziellen Universitäten durchaus ähnlich wäre. Aber im Wesen dieser Universitäten liegt etwas, das der Bildung gerade dieser Fakultät widerstrebt. Ist der Gedanke nicht aufdringlich genug, dass hier ein Bedürfniss vorliegt, das auf die Bildung von freien Universitäten hindrängt? Nicht ein Schlagwort von oben, nicht ein papierener Beschluss vom grünen Tisch, sondern ein Nothruf, hinter dem eine ewig neu zuwachsende Kette junger Kräfte steht?

Alle Uebelstände, die für die alte Universität in dem Begriff einer Schriftsteller-Hochschule stecken, sind für eine freie Universität ebenso viel Vortheile. Die resolute Anlehnung an Zwecke des Schriftstellerstandes würde von Beginn an dem Wörtchen „frei“ nicht nur eine erhöhte, sondern vor allem eine reale, gleichsam konkrete Bedeutung geben. Frei „wovon“, wäre damit klar vorgezeichnet. Die Beseitigung der Examenfrage schaffte grösseren Spielraum, anstatt Verwirrung anzustiften; jenes Bild von der offenen Gasse, das ich oben gebraucht habe, trafe ja hier ins Herz der besten Absichten. Die Wahl der Dozenten wäre gewiss auch jetzt keine gar leichte Aufgabe. Sie würde schwerer oder leichter, je nach der Art, wie man sich die Leitung des ganzen Unternehmens gestaltet denkt. Aber das bliebe unanfechtbar: je besser (und freier!) an sich und in ihrem Fach die Kräfte aus dem

Schriftstellerstande selbst wären, die in Frage kämen, desto grösser wäre hier die Aussicht auf Gelingen, da es sich ja um eine besondere Eigenart, einen zu schaffenden Neutypus von Dozenten handelt, während bei der offiziellen Universität zunächst nichts in die Waage fiel als die Ähnlichkeit mit dem dort althergebrachten Professorentypus. Wichtige Begleiterscheinungen kämen noch in Betracht. Der Prozentsatz an jungem Schriftsteller-Nachwuchs unter den jungen Leuten, denen die häuslichen Verhältnisse überhaupt ein paar Semester materiell gesicherten Universitätsstudiums erlauben, ist bei uns gross. Aber er ist doch nicht so gross, dass etwa jede Universität, an der deutsch doziert wird, eine eigene Fakultät darauf aufbauen könnte. Mir scheint, als wenn ein bis zwei Universitäten vielleicht schon im Ganzen genügen, mindestens drei vollkommen ausreichen könnten. Das wäre für die Gründung freier Universitäten sehr wichtig. Angenommen, es entstände zunächst geradezu nur eine einzige. Sagen wir in Zürich, — man hat den Ort mehrfach als besonders günstig empfohlen. Ich glaube, dass sich darüber noch streiten lässt, aber ich lege darauf jetzt kein Gewicht. Es ist ausser Frage, dass im Moment, da der Ruf von einer wirklich planmässigen Journalisten-Universität in Zürich sich allgemein verbreiten würde, ein Zuströmen geradezu aller Studenten von überall her stattfinden würde, die nach der Schriftstellerei hinüber schauen. Welcher Ort es ist, wäre dabei ganz gleichgiltig. Es käme einfach alles, was jetzt vergebens die vorhandenen Fakultäten und Universitäten durchsucht, an dem einen Ort zusammen. Die Sache vereinfachte sich ausserordentlich, und wenn selbst ein paar Städte zugleich einsetzen wollten, so bliebe immer noch eine gewisse Fülle zu erwarten, die das ganze Bild sofort zu einem höchst auffälligen, lebenswarmen machen müsste. Alles Gekennzeichnete in Ehren, behielte das Gesamtbild immer noch viel von einer regelrechten Universität an sich. Den Grundstamm bildeten durchaus Elemente, die sonst die gewöhnliche Universität (wenn auch zwecklos) besucht haben würden, also regelrechte Studenten. Und der Grundbau der Kollegien, Seminarien u. s. w. müsste zwar zum Zweck gründlich reformiert werden, aber allzu weit brauchte er sich vom Herkommen der andern Universität nicht zu entfernen. Vieles in jenem Herkommen, soweit es nicht auf grobe Examenszwecke zielt, hat ja sein gutes historisches Recht als wirkliche Auswahl des Passendsten, und das auszuschneiden hätte keinerlei Grund.

Im Ganzen würde eine solche Universität wirklich ein lebhaftes, schönes Bild gewähren. Ihr Nutzen für die Betheiligten wäre unbezweifelbar gross. Denn es ist klar, dass nicht nur hier wirklich das Bildungsniveau eines ganzen Standes merklich erhöht würde: es kämen auch direkte Förderungen für den Einzelnen in Betracht. Der Horizont würde sich ihm klären. In Jahren, die er selbst zwecklos auf der offiziellen Universität verbummelt hätte, lernte er schon deutlich in sein eigenes Fach hineinsehen, lernte, wie vieldeutig es ist, wie viel Wege es ermöglicht. Der lebhafte Gedankenaustausch, in den (gerade bei möglichst freier Organisation) jedenfalls die Dozenten (und indirekt damit auch schon die Schüler) mit den ganzen thätigen journalistischen und schrift-

stellerischen Kreisen kommen würden — er würde auch ohne besondere Examensquittungen sehr viel begabten jungen Elementen ihre Carrière unmittelbar erleichtern können. Wie viel zwecklose Lebenskämpfe, wie viel sinnlose Katastrophen wären auf diesem Boden zu vermeiden! Schon der Zusammenschluss vieler, im Wollen und gewissen Grundzügen der Begabung einander ähnlicher junger Leute hätte starke Vortheile. So von unten auf würde sich wirklich vielleicht das Ideal einer gewissen Solidarität des Schriftstellerstandes erreichen lassen — jenes Ideal, das „von oben“ trotz aller Verbände, Vereine und Festessen immer noch nicht über die Stufe der grotesken Karrikatur hinausgebracht worden ist. Und so reiht sich, sowie man weiter denkt, Perle an Perle in der Kette aneinander, soziale und ideelle Fortschritte aller Art, und Alles im festen Bann eines einzigen konkreten Bedürfnisses, kein vager Ruf in die weite Volksmenge hinein, sondern ein richtiges Wort zur rechten Stunde an einen ganz bestimmten, längst des Wortes harrenden Kreis.

Der Vorschlag, wie er hier gemacht ist, malt nicht die „Freie Universität“. Er kennzeichnet eine der konkreten Formen, auf die nach meiner Ansicht das Wort passen könnte. Es gibt aber noch andere Formen neben dieser, über deren Berechtigung sich ebenso gut reden lässt. Jene Journalisten-Universität bleibe, wie leicht ersichtlich, im Wesentlichen eine Berufs-Universität. Nur insofern, als dieser Beruf hier, der Beruf des Schriftstellers, heute ein relativ „freier“ ist, kann auch auf sie das Wort „frei“ angewendet werden, — in dem Sinne ist es allerdings ganz unerlässlich und fasst den tiefsten Kern der Sache; aber darüber hinaus bleibt jene Universität trotzdem in jedem Zuge eine unverkennbare Universität für den Spezialzweck eines ganz bestimmten Lebensberufs. Das würde sie zunächst wenigstens ideell trennen von all den freien, aber der Universität ähnlichen Unternehmungen, die von jeder Vorbereitung für einen bestimmten Lebensberuf absehen und das ganze Gewicht auf allgemeine Bildungszwecke legen. Fassen wir jetzt diese anderen Unternehmungen etwas schärfer in's Auge, ob sich nicht auch da konkrete Dinge finden lassen über den allgemeinen Phrasenschwall vom „ganzen Volk“ hinaus.

(Ein 3. Artikel folgt im nächsten Heft.)

Kunst und Sozialismus.

Von Prof. Angiolo Cabrini in Mendrisio.

Die Beziehungen zwischen Kunst und Sozialismus sind so zahlreich und so feiner Natur, dass jeder für die Reize und Lockungen des Schönen empfängliche Sozialist an der Erneuerung, die sich in unserem Kunstleben vollziehen will, Antheil nehmen muss. Zwar hat die Marxische Doktrin die Sozialwissenschaft dadurch so von Grund aus umgewandelt, dass sie uns mittels der Lehre von der Dynamik des sozialen Klassenkampfes die erste klare Vorstellung von der Menschheits-Geschichte gab; aber weit entfernt, sich mit dieser Doktrin in Widerspruch zu setzen, bestätigt man sie vielmehr, wenn man zeigt, dass, mit dem wirthschaftlichen eng verbunden, noch andere Faktoren die unerklär-

liche Umwandlung der bestehenden Verhältnisse bestimmen. Und unter diesen ist die Kunst einer der wirksamsten.

Die Gegenwart gestattet uns nicht mehr, in der kühlen Art des Classicismus die Kunst als einen Schutz gegen die Härten und Schmerzen des Lebens anzusehen. Wohl wendet die Kunst ihr Haupt gen Himmel; aber sie muss fest fassen auf der Erde, von der sie die kraftvollsten Inspirationen empfängt. Die Kunst ist sozusagen ein substantieller Bestandtheil unseres Wesens. Unser Herzschlag, unser Lachen und unser Weinen — die Empfindungen der Volksseele, ihre Freuden wie ihre Qualen — all' das muss ihr Jauchzen, ihr Wehklagen, ihr Herzschlag sein. Leben und kämpfen muss die Kunst. „Denn die Kunst wird — nach J. Cavolotti's treffendem Wort — so lange ein Kampf sein, als das Leben nicht aufhören wird, ein solches zu sein.“

Und wahrlich, wenige Geschichtsperioden haben in der Kunst eine Krise von solch höchster Mühseligkeit aufzuweisen, wie das Ende dieses Jahrhunderts, aus dem sich eine neue Zeit mit einer neuen Bildung qualvoll herausringt; eine leicht erklärliche Thatsache, denn nur wenige Zeitalter haben so gewaltige Beängstigungen einer sozialen Krisis an sich selbst erfahren müssen. Heute sehen wir Alles zerbröckeln und die alten Ideale absterben. Unter dem Anprall der Zeit und im Glanze eines neuen Ideals spalten sich die alten Parteien und theilen sich immer weiter; die Religionen verleugnen ihren Haupt-Charakterzug, die Unduldsamkeit, und versuchen, Dogma und Wissenschaft in Einklang zu bringen; ein nicht zu deutendes Gefühl von Unsicherheit und Unruhe erfasst uns; wir suchen sehnsüchtig nach einer besseren Atmosphäre, nach weiteren Grenzen, wo wir zur Ruhe kommen möchten. Wie sollte da nicht die Kunst auch unter der allgemeinen Beklemmung, der allgemeinen Noth leiden! Verzweifelnnd wehrt sie sich gegen die Fesseln der Vergangenheit und versucht, sich von dem Elend der Gegenwart frei zu machen, um der Zukunft entgegenzueilen. Daher rühren die verschiedenartigen litterarischen und künstlerischen Strömungen, der Realismus, der Idealismus, der Symbolismus, der Präraphaëlismus, der Tolstoiismus, der Wagnerianismus und alle diese Ismen, bei denen der gute Philister ganz betäubt sich fragt: Wo soll dieser tolle Wirrwarr hinführen?

Ich möchte hier eine Anekdote erzählen, die sich auf der allgemeinen Ausstellung zu Mailand im Jahre 1892 zutrug. Die Blätter erzählten damals, dass ein reicher mailändischer Patrizier mit wohlgepflegtem Barte, ein grosser Verehrer des Pferdesports und des Ballets, die letzten Säle der Abtheilung für Skulpturen mit den Worten verliess: „Wie kalt, wie trübselig ist diese Ausstellung, wie herzerreissend die soziale ‚Kunst!‘“

Solche Aeusserungen bringen das Gefühl der Gereiztheit und die zur Drohung geneigte Stimmung scharf zum Ausdruck, welche die Besitzenden beschleichen, wenn die Kunst an Stelle kleiner Genrebilder und gelehrter Pornographie Darstellungen der Wirklichkeit bietet, welche das Gerechtigkeitsgefühl wachrufen. Aber das grosse Publikum, auf welches die einzelnen „Artikel“ einer marktgängischen Kunst keinen Eindruck mehr machten, stutzte, heftig aufgeschreckt, vor dem Marmor und der Leinwand, die in eindringlicher Sprache das Lied der Menschheit verkündeten. Der Aussätzige und der Arbeitslose, die Gattin im Arbeitsjoch und das Mädchen, welches sich in der Stadt das Brot erbettelt, das man ihr in der Heimath nicht geben wollte, sie scheinen — auch wenn Zeichnung und Farbe für das Wollen des Künstlers nicht ausreichen — alle jenes Wort in die Welt hineinzurufen, das Ferrari in Bronze verkörperte, jenes: Proximus tuus.

Dennoch kommt ein Künstler, der einer Idee dienen will, welche von dem privilegierten Mäcenatenthum angegriffen wird, leicht in die Lage des Volksfeindes Stockmann, des Ibsen'schen Apostels. Jene hochmodernen Mäcene,

die zur Unterstützung ihrer Interessen ihre Abgeordneten in den Parlamenten haben, legen auch den von ihnen protegirten Künstlern eine Art imperatives Mandat auf. Welch ein verabscheuenswürdiges Joch!

Man höre die Worte eines Neuerers in der Kunst, Richard Wagner's! Er sagt:

„Die Griechen verehrten einen Gott, der ihnen die Thätigkeit der Natur versinnbildlichte. Es war Merkur, aus dem die Römer den Gott der Kaufleute und des Handels machten. Aber weil diese hochmüthigen Eroberer keinen grossen Unterschied zwischen Handel und Diebstahl kannten, wurde ihnen Merkur auch nur ein verächtlicher Gott. — Doch der geflügelte Götterbote rächte sich. Er ist es, der heut die Weltherrschaft führt an Stelle der stolzen Römer.“

Hüllt ihn in einen langen zugeknöpften Rock, schmückt seinen Wagen mit Cotelets, steckt ihm den Orden der Ehrenlegion in's Knopfloch, lasst über seine Lippen ein feines naives Jesuitenlächeln zucken, und ihr habt den verehrten heiligen Gott mit den 5%, den Meister, den edlen Wegweiser der modernen Kunst.

Wollt ihr ihn persönlich kennen lernen? So folgt mir in das Haus irgend eines Börsenjobbers: Zunächst bitte ich, gefälligst zu bemerken, dass heute kein Sonntag ist. — In seinem Salon hat er die modernen Tugendhaften versammelt.

Und hier wird die Vorsehung auf Erden die Tugend belohnen, die Gnade findet vor ihren Augen.

Seht, das ist Merkur und seine zeitgenössische Kunst. Das ist die Kunst, die sich heute der zivilisirten Welt bemächtigt. Der Erwerb ist ihr wahres Wesen; eine gelangweilte Welt zu zerstreuen, ihr einziger ästhetischer, Geld zu gewinnen, ihr einziger moralischer Zweck. Aus unserer bürgerlichen Gesellschaft — welche die Spekulation im Grossen zum Prinzip erhoben hat — saugt sie ihre Lebenskraft und schmückt sich mit den kalten Reizen, die sie den schalen Resten des ritterlichen Mittelalters entlehnt, und also gewappnet, breitet sie sich aus und steigt nieder bis in die tiefsten Schichten der Gesellschaft, Alles, was sie mit ihrem Gift berührt, entnervend, entsittlichend und der Natur entfremdend.

Die christliche Welt glaubt nur an den einen Lebenszweck, den Himmel zu gewinnen; das Bourgeoisthum glaubt, man wende das Leben am Besten an, wenn man sich bereichert.

Aber die menschliche Gesellschaft wird künstlerisch im wahren Sinne des Wortes erst dann sein, wenn sie als Zweck des Lebens das Leben selbst hinstellt.

Will sich aber der Künstler mit all der Kraft wappnen, welche erforderlich ist, um den lockenden schädlichen Einflüssen zu trotzen, so muss er sich unbedingt zu der festen Ueberzeugung durchringen, dass es für die Kunst moralisch und materiell einen Vortheil bedeutet, wenn sie sich demokratisirt. Im Allgemeinen lässt der Künstler sich dagegen von denen täuschen, welche ihm immer wieder das überdies lächerliche Sprüchlein vorschwatzen, dass die Kunst bei der Verwirklichung der Zukunftsziele des vierten Standes Schaden nehmen würde. Diese Voreingenommenheit trübt sogleich das Urtheil all derer, die sich schon von dem Zweifel pflegen lassen, ob nicht in jener ersehnten Zukunft — wenn der ständige Kampf um den Lebensunterhalt sich gemildert oder gar sein Ende erreicht habe — dem Künstler nicht der Anreiz fehlen würde, jenen steilen Pfad zu erklimmen, der zu den Ruhmesgefilden der Unsterblichkeit führt. Diese Befürchtung ist thöricht. Der Kampf um's Dasein wird nie aus der Welt verschwinden, aber er wird den Evolutionen folgen, die jede Gestaltung

und jede einzelne Einrichtung des gesellschaftlichen Lebens ständig umformen. Wie viele Phasen hat nicht der Kampf um's Dasein schon durchgemacht. Jede dieser Phasen hat den Trieb des Egoismus, der die Tiefe der menschlichen Seele so heiss bewegt, in eine andere Lage gebracht. Die Neugestaltung der sozialen Lebensformen wird, weit entfernt, das Individualinteresse zu unterdrücken, den Kampf um's Dasein auf ein höheres Niveau erhoben, wo das Individualinteresse zu dem Gesamtinteresse nicht mehr im Gegensatz steht, sondern mit diesem vereint sich in gleicher Richtung geltend macht. Die Hervorkehrung des Individualinteresses wird dann wohlthätig und erfreulich wirken, während sie heute nur Trauer und Ungemach bereitet.

Warum sollten dann aber auch ein allgemeines Wohlleben und eine gesicherte Existenz die Blüthe der Kunst vernichten? Das Gegentheil wird der Fall sein. Je mehr der Künstler der beängstigenden Sorge um's tägliche Brot entzogen ist, um so kühner wird sich sein Geist zu den Höhen des Ideals erheben; der Künstler wird, seinen persönlichen Kummer und seiner persönlichen Leidenschaften vergessend, sich dem Dienst des Lebens Aller weihen, und dieses Leben wird er in Wort und Bild und Stein darstellen. Im Schaffen dieses Künstlers wird das alte Römerwort zu neuer Bedeutung emporwachsen, das mens sana in corpore sano.

Doch noch etwas anderes muss man bedenken. Welch reiche Ernte an genialen Leistungen wird das Arbeitsfeld der Zukunft zu Tage fördern, wenn der Unterricht kein Monopol, die Freiheit der Berufswahl keine krasse Ironie mehr sein wird! Ich erinnere mich, einmal gelesen zu haben: „Wer weiss, wieviel Männer mit dem Genie eines Dante oder Macchiavelli täglich über die Welt gehen im Gewande eines Viehtreibers oder Stiefelputzers!“

Ja, aber die Anregung! Nun, kann es für den Künstler eine stärkere Anregung, einen mächtigeren Anreiz geben, als den, sich dort einen Ruf zu erwerben, dort der Erste zu sein, wo die Mitbewerber zahlreich und von keinerlei Monopol abhängig sind?

Indem sie immer weitere Kreise der Gesammtheit zur Bezahlung und Belohnung des Künstlers heranzieht, wirkt schon die demokratische Strömung unserer Zeit dahin, dass der Künstler von den Launen und der Macht einiger weniger Kunstbarone immer unabhängiger wird. Die grosse Zahl der Ausstellungen, die Reproduktion der besten Werke durch den Druck, die Gründung von Anstalten zur Unterstützung junger Leute, die anfangen am Wettstreit der Geister Theil zu nehmen, alles das trägt wesentlich dazu bei, die moralische Stellung des Künstlers zu heben.

Zwischen ihm und dem Publikum entwickelt sich jenes Hin und Her von Theilnahme und Vertraulichkeit, wodurch die Seele des Einzelnen harmonisch mitschwingt mit der Seele der Gesammtheit. Möge die Gesammtheit auf dem ihr vom geschichtlichen Werdegang vorgebahnten Wege stetig vordringen, möge es ihr gelingen, das Wohl und Wehe des Individuums mit dem ihrigen in Einklang zu bringen, dann wird der Künstler da werden, wozu seine Bestimmung ihn ruft: der wohlgefällige, heitere Säemann, der die Freude, das Schöne, das Edle unter die geschäftige Menschheit streut!

Giovanni Segantini weist der Kunst ein gar erhabenes Ziel zu. Der berühmte Autor schreibt: „In der Zukunft wird sich aus den neuen sozialen Formen heraus eine neue Lebensform der Kunst entfalten. Litteratur, Musik und Malerei werden aus Sklavinnen und Prostituirten zu mächtigen Herrinnen erhoben, die Dreieinigkeit des Geistes bilden: der Weltengang wird ihre Religion und ihre Muse sein, die Wissenschaft ihr Führer, das hohe und deutliche Naturgefühl der Quell ihrer Anregungen.“

Alte Ideale sind gestürzt oder wollen stürzen, neue Ideen haben sich erhoben oder nahen heran, so dass dieses Rückwärtsblicken auf die erloschenen Ideale, die man den neuen als Substrat unterschieben wollte, gar keine Daseinsberechtigung mehr hat. Die Kunst muss die Leere ausfüllen, welche die Religionen in uns zurücklassen werden.“

Sicherlich muss die Kunst diese Leere ausfüllen. Wir haben Alle ein tieferinneres bewegtes Gefühlsleben, welches von der Wissenschaft unbefriedigt bleibt. Wir haben Alle einen gewissen Zug zur Mystik. Wenn die religiöse Illusion geschwunden ist, muss sie unmittelbar durch den Glauben an das Gerechte und Schöne ersetzt werden. Das sind freilich auch zwei abstrakte Begriffe, so lange ihnen nicht der verwirklichte Sozialismus mit dem Triumph seiner hohen Moral Gestalt und Leben verliehen hat.

Mit dem Eindringen des demokratischen Elements in die Werkstatt des Schriftstellers und des Künstlers scheint die geistige Produktion immer volkstümlicher zu werden. Die demokratische Kunst muss aber, wenn sie lebensfähig sein will, aufhören, den Augenblicksverirrungen der Menge zu schmeicheln, und begreifen, dass sie höheren zukunftsverheissenden Anregungen zu folgen hat. Taine, der ein Bewunderer der alten volkstümlichen Kunst war, erschauerte beim Nahen der neuen Kunst. — Er hatte gar nicht so Unrecht. Es gehört mehr Kraft und Talent dazu, der Menge nicht zu schmeicheln, als dazu, den Fürsten nicht zu schmeicheln! Die soziale Kunst, die revolutionäre Kunst wird uns noch manche Wahrheit sagen!

Für ein proportionales Wahlsystem.

I.

Von der Bedeutung der Frage.

Auf der Tagesordnung des Gothaer Parteitags steht die Frage des Proportional-Wahlsystems. Es ist zwar nicht recht einzusehen, warum dieser Frage gerade jetzt eine besondere Aktualität zukommen soll, die ihre Behandlung als besondern Punkt der Tagesordnung eines Parteitages rechtfertigte, welcher doch in erster Linie die für die nächste Aktion der Partei wichtigsten Fragen zu erledigen hat. Dieser Punkt ist dem Parteitag als Erbschaft des Breslauer überkommen, auf dessen VI. Verhandlungstage bei der „Berathung der sonstigen Anträge“, also bei dem bekannten Durchpfeitschen alles sonst noch Vorliegenden seitens der verhandlungsmüden Delegirten, der Antrag Drescher zu jenen gehörte, die angenommen wurden, weil in der Eile Niemand sich der Mühe einer ernstlichen Opposition unterziehen konnte. Da die Frage nun einmal zur Verhandlung steht, so wird man sich mit ihr wohl oder übel befassen müssen, und es sind auch bereits mehrere Versuche gemacht worden, sie in den Organen zu diskutieren, so auch im „Soz. Akad.“ in einem Aufsatz in No. 7 (pag. 413—427) von Advocatus, der seine Anschauungen bereits einmal in der „Neuen Zeit“ (XIII. Jahrgang, II. Band, pag. 68 ff, 100 ff, 142 ff) vertreten hat. Wenngleich die ganze Frage meiner Ansicht nach die ihr dort zugeschriebene Bedeutung absolut nicht besitzt, so glaube ich doch, dass der Standpunkt von Advocatus, der das Proportional-Wahlsystem zu Gunsten des bestehenden Einzelwahlsystems verwirft,

nicht unwidersprochen bleiben darf. Eine bloße Widerlegung der Advocatus-Kritik kann indessen nicht genügen, es ist vielmehr auch die positive Aufstellung eines Systems erforderlich, welches den Anforderungen des Zieles (der proportionalen Vertretung) genügt, und dessen praktische Durchführung keine besonderen technischen Schwierigkeiten bietet. Im Folgenden will ich es unternehmen, beides zu liefern.

II.

Kritik der Einwände gegen den Proportionalismus.

Welches sind denn die Gründe, die Advocatus zur Vernichtung des Proportional-Wahlsystems aufgeboten hat?

Zu allererst wird der ganze Grundgedanke der Proportionalität ein Kind des Rationalismus genannt, und da der Rationalismus durch die historisch-materialistische Betrachtungsweise aus der Welt geschafft ist, so folgt für Advocatus daraus, „dass das Jagen nach dem ‚allein gerechten‘ und ‚allein richtigen‘ Wahlverfahren phantastisch und utopisch ist“.

Gerade dieses Argument hat eine starke symptomatische Bedeutung. Der Beweis ist hier wichtiger, als das zu Beweisende, denn er kann in vielfacher Variirung gegen jede durchgreifende Veränderung im sozialen oder auch nur staatlichen Leben angewandt werden. Und gerade bei den „wissenschaftlichen“ Sozialisten ist diese Argumentation ausserordentlich beliebt. Es lohnt daher schon, ein wenig auf sie einzugehen.

Die materialistische Geschichtslehre sagt aus, dass alle Erscheinungen des historischen Prozesses, das Werden und Vergehen aller sozialen Erscheinungen, sowie auch die diesen folgenden oder vorangehenden Ideen abhängig sind von den ökonomischen Bedingungen jeder Epoche. Ohne auf die Richtigkeit und Anwendbarkeit dieser Doktrin einzugehen, bemerke ich vor allem: es folgt aus ihr noch keineswegs, dass die hervorgerufenen Erscheinungen ihrerseits nicht für sich wieder weitere Wirkung ausüben können, und zwar nicht nur auf von ihnen abgeleitete Funktionen, sondern auch zurück auf die Kräfte, die ihr Entstehen bedingt. In erster Linie kommt hier in Betracht der menschliche Intellekt, der durch Erkenntniss der Ursachen und Folgen jeder Institution und den hierdurch hervorgerufenen Willen einen bestimmten Zustand zu schaffen bestrebt ist. In einem früheren Aufsatz „Die anarchistischen Lehren und ihr Verhältniss zum Kommunismus“ (,Soz. Akad.“, I. Jahrg., pag. 273 ff) habe ich zu beweisen versucht, dass dieser Intellekt auch bei der Bildung einer neuen Gesellschaftsform eine hervorragende Rolle spielt. Dort freilich, bei einer radikalen Umwälzung der ökonomischen Grundbedingungen, treten so mannigfaltige wirkende Kräfte in Aktion, dass man wohl sagen kann, die menschliche Intelligenz sei einstweilen nicht im Stande, diese in Umfang und Bedeutung zu überschauen und könne daher aus diesem Grunde als entscheidender Faktor nicht auftreten.

Dieses Argument kann aber nicht gelten, wenn es sich um rein technische, von dem menschlichen Willen einzig abhängige Maassregeln

handelt, die ohnehin nie aus sich selbst heraus, sondern nur auf Grund eines bestimmten, vorher ersonnenen und hinterher angewandten Systems entstehen können. Und dieser Art ist doch ein jedes Wahlsystem. Hier handelt es sich um eine durch Menschenggeist geschaffene Institution, welche natürlich jederzeit verändert oder korrigirt werden kann, da sie ja lediglich von dem Willen der Betheiligten abhängt. Es ist leicht einzusehen, dass hier in der That ein möglichst vollkommenes System aufgestellt werden kann. Und wer dies mit der allgemeinen Bemerkung abzuthun versucht, dass es nichts Vollkommenes auf dieser Erde giebt, der will ein Faktum nicht anerkennen, weil eine vorgefasste Meinung seine Existenz bezweifelt. Das ist eine der schädlichsten Wirkungen eines falsch verstandenen Materialismus, dass man die Postulate logischen Denkens deshalb nicht zu verwirklichen sucht, weil ein Dogma den Einfluss des Denkens bestreitet.

Das „phantastische und utopische Jagen“ nach dem „allein richtigen“ Wahlverfahren ist in Wirklichkeit weiter nichts, als das sehr reale und nichts weniger als ungeheuerliche Bestreben, die Schäden unseres Wahlsystems dadurch zu beseitigen, dass man ein besseres an dessen Stelle setzt. Freilich, ein „allein gerechtes“ kann es nicht werden, einzig aus dem selbstverständlichen Grunde, weil es eine absolute Gerechtigkeit überhaupt nicht giebt. Aber um diese handelt es sich auch gar nicht. „Gerecht“ und „richtig“ sind eben sehr verschiedene Dinge, die man nicht so durcheinander werfen darf. Das Wahlverfahren ist um so richtiger, je mehr es im Stande ist, seinen Zweck zu erfüllen. Und der Zweck eines jeden Wahlverfahrens kann nur der sein, eine Vertretung der Wähler zu schaffen. Die Wähler wählen aber ihre Vertreter, um ihnen die Durchführung ihrer Interessen zu übertragen. Es ist also klar, dass jedes Interesse in der gewählten Körperschaft in demselben Maasse vorhanden sein muss, wie in der wählenden Menge, oder mit anderen Worten: dass die Anzahl der Anhänger jeder Bestrebung in der Volksvertretung proportional sein muss der im Volke. Und dieses Resultat herbeizuführen, das ist eben die Aufgabe des Proportional-Wahlsystems. Es repräsentirt also nicht eine unfassbare „Gerechtigkeit“, sondern garantirt nur die Erfüllung des Wahlzweckes überhaupt.

Ebenso hinfällig ist der Einwand, dass die Rücksicht auf das geschichtlich Gewordene die Einführung des neuen Systems nicht zulasse. Wenn man diese „Rücksicht“ gelten liesse, so dürfte man einfach überhaupt keine Verbesserung zulassen; denn durch jede Verbesserung wird das geschichtlich Gewordene modifizirt. Freilich können zuweilen Opportunitätsgründe dagegen sprechen, eine Institution aufheben zu wollen, der die grosse Mehrzahl des Volkes Sympathieen entgegenbringt. Dass aber unser deutsches Reichstagswahlrecht „vom Vertrauen der grossen Massen des Volkes getragen“ wird, kann ich wirklich nicht finden. Nach jeder Reichstagswahl kann man überall, zumal in der stärksten Partei, der sozialdemokratischen, hören und lesen, dass die Resultate sich noch ganz anders gestaltet hätten, wenn man nur ein ordentliches Wahlsystem gehabt hätte. Also muss das unserige den

meisten doch wohl recht verbesserungsbedürftig erscheinen und sehr wenig Vertrauen genießen.

Als ein weiterer und gewichtiger Einwand wird den Proportionalisten entgegengehalten, dass sie sich einer Inconsequenz in ihrer demokratischen Gesinnung schuldig machen. „Berührt es nicht sonderbar, wenn sie einerseits darüber jammern, dass eine Partei mit 10 000 Stimmen ohne Vertreter bleibt, weil die Gegner zufällig 10 001 Stimme erhalten haben, andererseits aber ganz damit einverstanden sind, dass 4 000 001 Wähler, vertreten durch 201 Abgeordnete gegen 4 000 000 Wähler mit 200 Abgeordneten Gesetze machen dürfen, die die 4 000 000 benachtheiligen?“ („Soz. Akad.“, pag. 417.) Nein, das berührt gar nicht sonderbar. Denn wenn man auch, wo eine Uebereinstimmung aller sich nicht erzielen lässt, das Interesse der Majorität als ausschlaggebend anerkennt, so liegt eben der Schwerpunkt darin, dass diese auch dann die wirkliche Majorität des Volkes sein muss. Natürlich ist der Fall denkbar, dass diese Mehrheit nur um eine Stimme der Minderheit überlegen ist. Aber da ein Theil nachgeben muss, so natürlich der, der eine Stimme weniger, als der, der eine Stimme mehr hat. Bei unserem jetzigen Wahlverfahren aber kann es gerade vorkommen, dass eine Minderheit der Mehrheit Gesetze vorschreibt, eben, weil diese Minderheit in Folge unseres herrlichen Modus die Mehrheit der Vertreter gestellt hat. Die Demokratie muss daher konsequenter Weise die Proportional-Vertretung fordern; dieselbe ist rein demokratisch, und nicht, wie Advocatus meint, zu wenig demokratisch.

Freilich glaubt Advocatus auch selbst nicht so recht daran, dass die Proportional-Vertretung undemokratisch sei; im Gegentheil: im weiteren Verlaufe wirft er ihr vor, dass sie zu demokratisch sei. Auf dem Parteitag zu Halle hat Liebknecht das proportionale Wahlsystem als Forderung der Partei begründet und, ein echter Demokrat, als seinen Hauptvorteil hervorgehoben, dass durch dasselbe „jede Idee, jede Strebung und Strömung im Parlament zum Ausdruck gelange“. Advocatus findet dieses Ziel durchaus nicht wünschenswerth, er befürchtet „Eigenbrödelei“ und hält es für ganz in der Ordnung, dass gewisse Richtungen durchaus nicht zu Worte kommen. Nun, solch ein Wunsch ist Empfindungssache, und insofern lässt sich nichts dagegen sagen; es dürfte vielleicht aber einige geben, denen solch eine Mundknebelung ganz gleich welcher Bestrebungen höchst antipathisch ist. Allerdings, grosse Ideen sollen kleine unterjochen, eben durch die überzeugende Kraft der Grösse, die ihnen innewohnt. Sektirerei und Individualitätsdusel (nota bene der kleinen Individualitäten) soll nicht bestehen, wo die gewaltige Macht all umfassender Gedanken besteht. Das alles muss von selbst kommen, durch den blossen Wettstreit. Aber eine Vorbeugung durch ein absichtlich schlechtes und verwerfliches System, die ist schlimmer, als all jene Dinge zusammengekommen. Denn sie ist, wie jede krasse Opportunität, auf die kleinlichen Bedürfnisse des Tages zugeschnitten, ihr fehlt der Blick für die wirklich unabweisliche historische Nothwendigkeit, sie kann daher in Wahrheit nicht bestehen. Diese Opportunität, die hier ein absichtlich fehlerhaftes Verfahren gutheisst, unterscheidet

sich in nichts von der, die in gewissen anderen Interessensphären die Beschränkung des Wahlrechts u. dergl. mehr fordert. Advocatus spricht von dem Proportionalismus in Verbindung mit reaktionären Bestrebungen.*) Es ist leicht einzusehen, auf wessen Seite sie zu suchen sind.

Aber ganz abgesehen davon, dass eine solche Vorbeugung der Parteizersplitterung prinzipiell zu verwerfen ist, ist sie thatsächlich nicht einmal zu befürchten. Selbst, wenn alle Anti-Impfpler, Anti-Vivisektionisten etc. sich zusammenthun und auch glücklich ein bis zwei Kandidaten durchbringen sollten, was wäre weiter Schlimmes dabei? Sie verschwinden in der Volksvertretung, wie sie im Volke selbst verschwinden. Und dann: wie unsozial ist doch die Vorstellung, dass solche Liebhabereien selbst bei ihren Anhängern so ihre wirklichen Lebensinteressen aus dem Sattel heben könnten! Eine oder die andere Debatte können sie zu Wege bringen, in wichtigen Dingen haben sie zu schweigen.

Noch grundloser ist die Befürchtung, „dass der Proportionalismus die bisherigen Parteien völlig auflösen und eine neue berufsständische Basis der Volksvertretung bilden würde“. Wer dies glaubt, der verkennt gänzlich die Interessengegensätze, die der Klassencharakter unserer Gesellschaft schafft, und die keine anderen aufkommen lassen können. Man überlege sich die Sache: Zwischen den Unternehmern der Metallindustrie und denen der anderen Industrien findet eine Interessengemeinschaft statt, zwischen den Unternehmern der Metallindustrie und den Metallarbeitern aber ein Interessengegensatz. Und da sollten sich Unternehmer mit Arbeitern verbinden, nur, weil sie einer Branche angehören, statt, wie ihr Interesse ihnen dies vorschreibt, Unternehmer mit Unternehmern, Arbeiter mit Arbeitern? Und das gilt überall. Die materiellen Gegensätze, die innerhalb der einzelnen Berufe obwalten, sind gerade das parteibildende Element. Die verschiedenen Berufe aber halten zusammen, wenn sie dasselbe Interesse haben. Es zeugt daher von einer Verkennung des Wesens der Gewerkschaften, wenn Advocatus meint: „Auch in der Arbeiterklasse könnten sich die Berufsinteressen, deren Pflege jetzt den Gewerkschaften obliegt, und deren Bedeutung man doch ja nicht unterschätzen sollte, möglicher Weise auch auf politischem Gebiet Ausdruck zu verschaffen suchen.“ Die Interessen der verschiedenen Gewerkschaften wenden sich eben nicht gegen einander; sie ergänzen vielmehr einander. Die Gewerkschaften haben daher auch keine Ursache, gegen einander auf politischem Gebiet zu wirken.

Um noch einmal auf die Befürchtung der Sektirerei zurück zu kommen, so ist es höchlichst interessant, dass von anderer Seite ange-

*) An mehreren Stellen weist Advocatus darauf hin, dass einige Gegner das Proportional-Wahlsystem als Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ansehen. Er citirt z. B. v. Hirschfeld („Soz. Akad.“, No. 7, pag. 424) als Beweis. Als ob damit überhaupt etwas bewiesen wäre! Nicht, dass ein Gegner etwas meint, sondern, dass er es mit Recht meint, ist von Belang. Wenn aber seine Gründe widerlegt sind, so kann man aus seiner Meinung doch kein Argument mehr entnehmen. Ich betone dies ausdrücklich, weil gerade durch jene Citirung einige Genossen kopfschau gemacht werden könnten. So z. B. scheint der Delegirte Drescher in seiner Begründung des Antrages (Protokoll des Breslauer Parteitags, pag. 194) grossen Werth auf den eben erwähnten Umstand zu legen.

nommen wird, dass gerade das heutige Verfahren sie begünstige. Peter Braun wies vor einigen Jahren in seinem sehr interessanten Aufsatz in der „Neuen Zeit“ nach, dass bei unserem jetzigen Wahlmodus die sektenhaften Parteien gegenüber den anderen im Vortheil sein müssen, denn sie „verfügen über Domänen, wo sie ihre Leute in dichten Haufen beisammen haben und — einstweilen noch — jede Konkurrenz aus dem Felde schlagen“. Ich bitte, das Nähere hierüber daselbst nachzulesen, und verweise ausserdem auf die in meinem Aufsätze weiter unten der Tabelle B. angefügten Folgerungen.

III.

Aufstellung eines proportionalen Wahlverfahrens.

Dies waren die Einwände, welche von Advocatus gegen das Wesen des Proportionalismus überhaupt erhoben worden sind. Die weiteren und schwerer wiegenden richten sich nicht gegen jenes, sondern gegen bestimmte Arten des Proportional-Wahlverfahrens. Sie können also überhaupt nicht von prinzipieller Bedeutung sein. Mögen einzelne Systeme zu umständlich sein, oder mögen sie schädliche Wirkungen im Gefolge haben, das alles trifft nicht den Kern der Sache. Das beweist nur, dass bei ihnen technische Schwierigkeiten vorliegen, dass man daher ein neues System aufzustellen habe, welches diese vermeidet. Technische Schwierigkeiten werden eben durch technische Vorschläge aufgehoben, und daher sind all die Versuche nach dieser Richtung hin, wie z. B. der von Bebel in der sozialistischen „Zukunft“ (1877/78, pag. 507 ff.) nur zu billigen, wenn sie auch vielleicht das gewünschte Resultat nicht ergeben. Aus vielen Fehlschlägen erwächst schliesslich das Richtige. Aber es hat wirklich keinen Zweck, längst überwundene Systeme immer wieder von Neuem abzuschlachten. Dies Verfahren ist nur geeignet, in demjenigen, der nicht genauer nachprüft, die Vorstellung zu erwecken, als ob man das Wesen der Sache selbst trifft, während man nur ihre ungenügende Ausführung abthut. Die Kritik der Proportional-Wahlsysteme muss schweigen, wenn auch nur ein einziges sich als tauglich erweist. Denn mehr als eines braucht man nicht.

Und jetzt gehe ich daran, das System auseinanderzusetzen, welches meiner Meinung nach die Frage löst. Es ist dies zum Theil das der geschlossenen Liste, aber mit einer wichtigen Modifikation. Dieser Vorschlag ist freilich so einfach, dass ich mir nur schwer vorstellen kann, dass noch Niemand darauf gekommen ist, ihn zu machen. Ich halte es daher für sehr wahrscheinlich, dass er sich irgendwo bereits vorfindet.

Das System besteht in Folgendem:

Die einzelnen Parteien konstituiren sich als offizielle Körperschaften und reichen eine bestimmte Zeit vor der Wahl einer hierzu eingesetzten Staatsbehörde ihre Kandidaten-Liste ein. Diese Kandidaten-Liste enthält eine beliebige Anzahl von Namen, die wohl meistens sich nach der abgeschätzten Stärke der Partei richten wird. Die Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste ist gleichgiltig, da sie, wie später gezeigt werden wird, auf die Wahl der Personen keinen

Einfluss ausübt. Am Wahltag hat der Wähler einen Stimmzettel abzugeben, der lediglich den Namen der betreffenden Partei enthält. Es hat also jeder Wähler nur eine Stimme.*)

Die Anzahl der Abgeordneten muss im Voraus festgesetzt sein, etwa so, dass sie mit steigender Bevölkerungsziffer zunimmt. Es erhält nun nach Zählung der abgegebenen Stimmen jede Partei so viel Vertreter, dass das Verhältniss dieser Zahl zur Gesamtzahl der Abgeordneten sich verhält, wie die Zahl der für die Partei abgegebenen Stimmen zur Gesamtzahl aller abgegebenen Stimmen.

Die Sache gestaltet sich also folgendermassen:

Die Gesamtzahl aller bei der Wahl abgegebenen Stimmen sei s , die für eine bestimmte Partei P_1 abgegebene Stimmenzahl sei p_1 , die für die Partei P_2 sei p_2 , die für die Partei P_3 sei p_3 u. s. f. Wenn nun die Gesamtzahl der Abgeordneten a betragen soll, so finden, wenn man mit A_1 die Anzahl der Abgeordneten für die Partei P_1 , mit A_2 die für P_2 , mit A_3 die für P_3 u. s. f. bezeichnet, folgende Gleichungen statt:

$$\begin{aligned} A_1 : A_2 : A_3 : \dots &= p_1 : p_2 : p_3 : \dots \\ A_1 + A_2 + A_3 + \dots &= a \\ p_1 + p_2 + p_3 + \dots &= s \end{aligned}$$

Folglich beträgt:

$$\begin{aligned} A_1 &= p_1 \cdot \frac{a}{s} \\ A_2 &= p_2 \cdot \frac{a}{s} \\ A_3 &= p_3 \cdot \frac{a}{s} \dots \dots \end{aligned}$$

d. h. um die Zahl der Abgeordneten einer Partei zu erhalten, braucht man nur die für sie abgegebene Stimmenzahl mit dem konstanten Faktor $\frac{a}{s}$, d. h. $\frac{\text{Abgeordnetenanzahl}}{\text{Stimmenzahl}}$ zu multiplizieren; z. B. sind insgesamt 10 000 000 Stimmen abgegeben, und davon für eine Partei 1 000 000, für eine andere 500 000, für eine dritte 300 000, und soll der Reichstag aus 400 Abgeordneten bestehen, so hat man den Quotienten

$$\frac{a}{s} = \frac{400}{10\,000\,000} = \frac{4}{100\,000}$$

zu bilden und mit diesem die Parteistimmen zu multiplizieren; es erhält dann

$$\text{die erste Partei } 1\,000\,000 \cdot \frac{4}{100\,000} = 40 \text{ Abgeordnete,}$$

$$\text{die zweite Partei } 500\,000 \cdot \frac{4}{100\,000} = 20 \text{ Abgeordnete,}$$

*) Zieht ein Wähler es vor, für keine der vorher fixirten Parteien zu stimmen, sondern für eine beliebige Person, so muss sein Stimmzettel statt des Namens einer Partei den einer Person enthalten; diese Person wird dann bei der Zählung gleichfalls als Partei für sich behandelt.

$$\text{die dritte Partei} \quad 300\,000 \cdot \frac{4}{100\,000} = 12 \text{ Abgeordnete.}$$

Hier findet eine richtige Proportional-Vertretung statt.

Nun werden in Wirklichkeit die Zahlen A_1, A_2, A_3 etc., also die Abgeordnetenzahlen, wohl nur sehr selten ganze Zahlen; in der Regel werden noch überschüssende Bruchtheile vorhanden sein; berücksichtigt man nur die ganzen Zahlen, so wird ihre Summe kleiner werden, als die verlangte Gesamtzahl der Abgeordneten; um diese bei angemessener Berücksichtigung aller Parteien zu kompletiren, erhalten diejenigen je einen Abgeordneten mehr, bei denen die überschüssenden Bruchtheile in der Abgeordnetenzahl die grössten sind, und zwar der Reihe nach, so lange, bis die Gesamtzahl erreicht ist.

Somit ist die Zahl der Abgeordneten jeder Partei in wirklich proportionaler Weise bestimmt. Eine Benachtheiligung der Parteien durch einander kann nicht mehr stattfinden. Es handelt sich nunmehr darum, welche Kandidaten der Liste als gewählt zu betrachten sind. Man könnte die Feststellung dieser Reihenfolge einfach der Partei-Centrale überlassen. Gegen dieses Verfahren sprechen aber schwerwiegende Bedenken. Denn es giebt der Partei-Centrale ein Machtmittel in die Hand, welches zu einer unerträglichen Tyrannei der leitenden Personen und einer Vergewaltigung der Minderheit führen könnte. Die Spitzen der Partei könnten alle ihnen etwa unbequemen Kandidaten an den Schluss der Liste setzen und dadurch ihre Wahl so gut wie verhindern. Ein solches System würde zur allgemeinen Korruption in der Partei führen, wie M. Kayser in der alten „Zukunft“ (pag. 624 ff.) sehr richtig ausführt.

Es ist das Wahlverfahren also dahin zu vervollständigen, dass die einzelnen Wähler auch auf die Wahl bestimmter Kandidaten der Liste Einfluss ausüben können. Um dies zu erreichen, möge folgender Vorschlag dienen:

Das ganze Land wird in so viel Wahlkreise eingetheilt, als Abgeordnete zu wählen sind. *) Es wird nun auf der Kandidaten-Liste jeder Partei mit jedem Wahlkreis ein bestimmter Kandidat identifizirt; in praxi wird die Sache sich so gestalten, dass jede Partei in jedem Wahlkreis sich selbst ihren Kandidaten aufstellt, deren Gesammtheit dann die Kandidaten-Liste der Partei ergibt. Können aus irgend welchen Gründen die im Wahlkreis ansässigen Partei-Mitglieder ihren Kandidaten nicht selbst aufstellen, so muss dies natürlich der Partei-Vorstand für sie thun.

Nach der Wahl werden in jedem Wahlkreis, so wie heute, die

*) Ich nehme an, dass diese Wahlkreis-Einleitung etwas gleichmässiger sein würde, als heute. Doch auch eine von Zeit zu Zeit eintretende Ungleichheit würde nicht die fundamental-gefährlichen Wirkungen haben, wie bei dem jetzigen Verfahren. Diese Ungleichheit würde an der Stärke der Parteien ja absolut nichts ändern können. Sie könnte höchstens, und auch das in nur beschränktem Maasse, die Personen der einzelnen Vertreter modifiziren. Die Bedeutung der Wahlkreis-Geometrie ist im Wesentlichen aufgehoben.

für jede Partei abgegebenen Stimmen gezählt; es ordnet dann jede Partei die Wahlkreise nach der Grösse der in ihnen für sie abgegebenen Stimmen. Es sind nun die Abgeordneten als gewählt zu betrachten, welche mit den Wahlkreisen identifizirt waren, die die meisten Stimmen aufweisen, und zwar der Reihe nach so weit, bis die Zahl der Abgeordneten, die die Partei überhaupt haben soll, und die ja insgesamt bereits festgestellt ist, voll ist.

Auch die Reihe derjenigen, die über diese Zahlen hinausliegen, ist nicht gleichgiltig. Bei Mandats-Erledigungen innerhalb der Legislaturperiode sollen nämlich keine Nachwahlen stattfinden. Es sollen vielmehr einfach diejenigen Kandidaten aufrücken, die die Fortsetzung der Reihenfolge der Liste aufweist.

Nunmehr ist das System vollständig. Es genügt allen Anforderungen, die man an ein Wahl-System überhaupt stellen kann. Es sichert eine absolut proportionale Vertretung der Parteien im Reichstage und garantirt auch eventuellen Richtungen innerhalb einer Partei die Möglichkeit, die Wahl ihrer speziellen Kandidaten zu erwirken.

IV.

Anwendung des proportionalen Wahlverfahrens auf die Reichstagswahl 1893.

Ich will jetzt das ganze Verfahren an einem praktischen Beispiele demonstrieren, einmal, weil man an einem solchen klar und deutlich die fundamentale Verschiedenheit seiner Wirkungen von denen des heutigen sehen kann, dann aber auch, um die einfache Handhabung desselben zu zeigen; denn gerade die angeblich schwierige Durchführbarkeit des Proportional-Wahl-Systems wird als Hauptargument der Gegner gebraucht. Wir werden hierbei sehen, wie grundlos der Schrecken ist, den Advocatus empfindet, wenn er ausruft: „Der Mathematiker wäre Herr des deutschen Reiches. Zittert, ihr Söhne Teuts! Additions-, Subtraktions-, Multiplikations- und Divisions-Fehler würden über das Geschick des deutschen Volkes entscheiden! Eine beneidenswerthe Aussicht!“ Im Gegentheil, das neue Verfahren wird sich noch als handlicher erweisen, als das jetzige mit seinen Stich- und Nachwahlen.

Nehmen wir die Reichstagswahl vom 15. Juni 1893 und setzen wir voraus, dass bei dieser unser neues Verfahren angewandt worden wäre, während im Uebrigen die Eintheilung der Wahlkreise, die Namen der aufgestellten Kandidaten etc. dieselbe geblieben wäre. Welche Resultate hätte sie erzielt?

Die Anzahl der Wahlkreise, also auch die der zu wählenden Abgeordneten (a) betrug 397; insgesamt wurden bei der Wahl 7 673 970 Stimmen abgegeben (s); der Quotient, der zur Feststellung

der Abgeordnetenahlen gebraucht wird, ist also $\frac{a}{s} = \frac{793}{7\,673\,970}$.

Jetzt schreibe ich die Anzahl der Stimmen auf, die für jede Partei abgegeben wurden, ordne sie der Grösse nach und multiplizire jede dieser Zahlen mit dem Quotienten $\frac{793}{7\,673\,970}$, durch welche Operation ich die Anzahl der Abgeordneten für jede Partei, einstweilen noch mit den Bruchtheilen, erhalte.

Tabelle A.

I Namen der Partei	II Anzahl der für sie abgegebenen Stimmen	III Die Stimmenzahl mit 793 7 673 970 multipliziert ergibt
Sozialdemokraten	1 786 738	92,416
Centrum	1 468 501	75,956
Konservativ	1 038 353	53,707
Nationalliberal	996 980	51,567
Freisinnige Volkspartei	666 439	34,471
Reichspartei	438 435	22,677
Antisemiten	263 861	13,648
Freisinnige Vereinigung	258 481	13,369
Polen	229 531	11,872
Süddeutsche Volkspartei	166 757	8,625
Elsässer	114 702	5,933
Welfen	101 810	5,266
Bauernbund	66 298	3,429
Wildliberal	16 450	0,851
Dänen	14 363	0,743
Unbestimmt	13 162	0,681

Die in Spalte III enthaltenen ganzen Zahlen geben die Abgeordnetenahlen an. Da ihre Summe nur 385 beträgt, die Anzahl der zu wählenden Abgeordneten aber 397, so fehlen noch 12 Abgeordnete. Um diese zu erhalten, nehme ich die 12 grössten der überschüssenden Bruchtheile und erhalte dann für folgende Parteien je einen Abgeordneten mehr: Centrum (0,956), Elsässer (0,932), Polen (0,872), Wildliberal (0,851), Dänen (0,743), Konservativ (0,707), Unbestimmt (0,681), Reichspartei (0,677), Antisemiten (0,648), Süddeutsche Volkspartei (0,625), Nationalliberal (0,567), Freisinnige Volkspartei (0,471).

Jetzt kann ich die Zahl der Abgeordneten, die jede Partei nach dem neuen Verfahren hätte erhalten müssen, direkt hinschreiben; ich schreibe gleich die Abgeordnetenahl daneben, die sie bei dem jetzigen Verfahren thatsächlich erhalten hat, und konstatiere, welche Partei Vortheil und welche Schaden gehabt hat.

Tabelle B.

I Namen der Partei	II Anzahl der Abgeordneten, welche die Partei		III Bei dem jetzigen Verfahren hat mithin erhalten um folgende Anzahl	
	nach dem Proportional- Wahlverfahren erhalten hätte	nach dem jetzigen Ver- fahren erhalten hat	mehr als ihr zukommt	weniger als ihr zukommt
Sozialdemokraten	92	44	—	48
Centrum	76	96	20	—
Konservativ	54	72	18	—
Nationalliberal	52	53	1	—
Freisinnige Volkspartei	35	24	—	11
Reichspartei	23	28	5	—
Antisemiten	14	16	2	—
Freisinnige Vereinigung	13	13	—	—
Polen	12	19	7	—
Süddeutsche Volkspartei	9	11	2	—
Elsässer	6	8	2	—
Welfen	5	7	2	—
Bauernbund	3	3	—	—
Wildliberal	1	1	—	—
Dänen	1	1	—	—
Unbestimmt	1	1	—	—

Diese Zusammenstellung zeigt uns zur Genüge, welchen Parteien das heutige Wahlverfahren zu Gute kommt; es ist in jeder Hinsicht höchst charakteristisch. Von dem jetzigen Wahlverfahren haben ausschliesslich Vortheil:

1. die reaktionären Parteien (Konservative, Reichspartei, Antisemiten, Nationalliberale),
2. die sektenhaften Parteien (Polen, Elsässer, Welfen),
3. am meisten die reaktionäre und sektenhafte Partei: das Centrum,
4. die zwar demokratische, aber durchaus sektenhafte süddeutsche Volkspartei.

Und von diesem Gewinn der Reaktion und Sektirerei musste mehr als vier Fünftel ausschliesslich die Sozialdemokratie bezahlen, den Rest die freisinnige Volkspartei.

Das lehrt uns eine objektive Darstellung des Proportional-Wahlsystems.

Kehren wir zu der Anwendung unseres Verfahrens bei der Reichstagswahl 1893 zurück, so heisst es nunmehr, nachdem die Zahl der Abgeordneten jeder Partei festgestellt ist, ihre Namen feststellen. Wir wollen dies nur für die sozialdemokratische Partei durchführen.

Wir ordnen die Wahlkreise nach der Stärke der in ihnen für die sozialdemokratische Partei abgegebenen Stimmen und fügen jedem Wahlkreis den Namen des mit ihm identifizierten (für denselben aufgestellten) Kandidaten hinzu. Nehmen wir zunächst die 92 ersten der Reihe, so erhalten wir die Namen der Gewählten:

Tabelle C.*)

Lfd. No.	I Wahlkreis	II Stimmenzahl der Soz. in denselben	III Namen der Kandidaten	Lfd. No.	I Wahlkreis	II Stimmenzahl der Soz. in denselben	III Namen der Kandidaten
1	Berlin VI	51 569	Liebknecht	36	Mittweida- Limbach	12 817	Alb. Schmidt
2	Berlin IV	46 356	Singer	37	Breslau Ost	12 736	Tutzauner
3	Leipzig (Land)	33 349	Geyer	38	Berlin III	12 732	Vogtherr
4	Hamburg III	32 936	Metzger	39	S.-Altenburg	12 429	Buchwald
5	Teltow-Stork.	31 424	Zubeil	40	Gotha	12 362	Bock
6	Berlin II	26 667	Fischer	41	Mülhausen	12 158	Bueb
7	Chemnitz	23 296	Schippel	42	Köln (Stadt)	12 093	Lücke
8	München II	21 876	v. Vollmar	43	Leipzig (Stadt)	11 784	Pinkau
9	Hamburg II	20 681	Dietz	44	Naumburg	11 716	A. Hoffmann
10	Altona	20 448	Frohme	45	Reuss j. L.	11 539	Wurm
11	Bochum	19 585	Lehmann	46	Waldenburg	11 386	Möller
12	Hannover	19 538	Meister	47	Dieburg-Offen- bach	11 063	Ulrich
13	Elberf.-Barmen	19 005	Harm	48	Königsberg	10 968	C. Schultze
14	Kiel-Rendsburg	18 119	Legien	49	Erfurt	10 556	Hülle
15	Nürnberg	18 015	Grillenberger	50	Randow	10 508	Körsten
16	Zwickau-Crim- mitschau	17 971	W. Stolle	51	Mannheim	10 144	Dreesbach
17	Dortmund	17 170	Tölcke	52	Potsdam-Ost- havelland	10 140	Wernau
18	Nieder-Barnim	17 044	Stadthagen	53	Hanau-Geln- hausen	9 902	Hoch
19	Hamburg I	16 935	Bebel*)	54	Solingen	9 902	Schumacher
20	Magdeb. (Stadt)	16 633	Klees	55	Oschersleben	9 881	Dahlen
21	Gerichtsbezirk Dresden	15 650	Horn	56	Berlin V	9 729	R. Schmidt
22	Braunschweig	15 470	Blos	57	Stettin	9 586	Herbert
23	Glauchau-Mee- rane	15 234	Auer	58	Düsseldorf	9 367	Grimpe
24	Dresden links	15 035	Gradnauer	59	Plauen	9 277	Gerisch
25	Bremen	14 572	Bruhns	60	Kassel	9 262	Pfannkuch
26	Dresden rechts	14 420	Kaden	61	Bernburg	9 145	Schulze
27	Stolberg- Schneeberg	14 385	Seifert	62	Stadt Frank- furt-Lebus	9 122	Metzner
28	Lennepe-Mett- mann	13 861	Meist	63	Harburg	9 055	Baerer
29	Breslau West	13 645	Schoenlank	64	Mainz	8 965	Joest
30	Aschersleben	13 630	Kessler	65	Dessau	8 719	Peus
31	Frankfurt a. M.	13 482	W. Schmidt	66	Sonneberg- Saalfeld	8 686	Reisshaus
32	Stuttgart	13 340	Kloss	67	Reichenbach- Neurode	8 668	Kühn
33	Kirchberg- Auerbach	13 212	F. Hofmann	68	Meissen	8 410	Goldstein
34	Ottensen	13 097	Molkenbuhr	69	Zschoppau	8 144	Colditz
35	Saalkreis Halle	12 991	Kunert	70	München I	8 097	Birk
				71	Usingen	8 070	Brühne
				72	Pirna	7 989	Fräsdorf
				73	Nossen-Ross- wein	7 818	Grünberg

*) Doppel-Kandidaturen müssten natürlich vermieden werden. Sollte doch eine Doppelwahl zu Stande kommen, so verfährt man wie bei einer Mandats-Erledigung.

*) Die Zahlen der Spalte II sind nach den Angaben in dem Handbüchlein von Dr. Adolf Braun „Die Parteien des Deutschen Reichstages“ (Stuttgart 1893) zusammengestellt.

Lfd. No.	I Wahlkreis	II Stimmenzahl der Soz. in denselben	III Namen der Kandidaten	Lfd. No.	I Wahlkreis	II Stimmenzahl der Soz. in denselben	III Namen der Kandidaten
74	N.- u. S.-Dith- marschen	7 789	Martikke	83	Pforzheim	7 148	Rüdt
75	Zauch-Lucken- walde	7 758	Gerischer	84	Sorau	7 012	Lux
76	Westhavelland	7 712	Ewald	85	Erlangen	6 983	Segitz
77	Freiberg	7 639	Schultze	86	Hameln	6 943	Brey
78	Laubau-Görlitz	7 588	Keller	87	Annaberg	6 918	Grenz
79	Speyer	7 433	Ehrhart	88	Hagen	6 914	Breil
80	Lübeck	7 389	Schwartz	89	Schwerin	6 743	Groth
81	Rostock	7 304	Kretschmann	90	Cottbus	6 452	Schulz
82	Oschatz	7 164	Thiele	91	Ratibor	6 359	Bebel*)
				92	Borna	6 341	H. Stolle

Die in Spalte III stehenden 92 Namen sind die der gewählten Kandidaten. Die weitere Fortsetzung der Seite ergibt in Spalte III die Namen derjenigen, welche bei Mandats-Erledigungen aufzurücken haben.

Tabelle D.

Lfd. No.	I Wahlkreis	II Stimmenzahl der Soz. in denselben	III Namen der Kandidaten	Lfd. No.	I Wahlkreis	II Stimmenzahl der Soz. in denselben	III Namen der Kandidaten
93	Schw.-Rudol- stadt	6 340	Hofmann	96	Duisburg	6 121	Rohrlack
94	Wiesbaden	6 253	Fleischmann	97	Helmstedt	6 118	Wentzel
95	Strassburg (Stadt)	6 206	Bebel*)	98	Weimar	6 081	Baudert
				99	Haynau	6 053	Pinn
				100	Reuss ä. L.	6 041	Förster

u. s. f.

Die Bestimmung des Wahlergebnisses nach unserm Proportional-Wahlverfahren ist also, was die praktische Ausführung betrifft, nach der Auszählung der abgegebenen Stimmen in einigen Stunden bequem zu erledigen.

V.

Folgen des proportionalen Wahlverfahrens für die sozial-demokratische Partei.

Nachdem so die Zweckmässigkeit und Durchführbarkeit des proportionalen Wahlverfahrens nachgewiesen ist, braucht man zu seiner

*) Doppel-Kandidaturen müssten natürlich vermieden werden. Sollte doch eine Doppelwahl zustande kommen, so verfährt man wie bei einer Mandats-Erledigung.

Empfehlung kein Wort mehr hinzuzufügen. Immerhin ist es sehr interessant, sich auch die Wirkungen zu veranschaulichen, die dasselbe für die Partei, die uns allein angeht, die sozialdemokratische, haben würde.

Bei dem neuen Verfahren stehen im Wahlkampf die Personen nur noch in zweiter Reihe. Solche rührend-schönen und recht belustigenden Wahlmanöver, wie sie der brave Konrad Bolz dem guten Piepenbrink vormacht, sind dann freilich undenkbar. Aber dieses Manko ist zugleich ein eminentes politisches Bildungsmittel. Jeder Wähler wird wissen, dass er für bestimmte Prinzipien, für bestimmte Forderungen eintritt, wenn er seine Stimme abgibt. Auch die die Partei schädigenden Wahlbündnisse verlieren ihren Zweck, da der Sieg einer Partei in ihrem Wahlkreise noch nicht nothwendiger Weise die Niederlage der anderen nach sich zieht. Es wird vielmehr wichtig sein, alle Stimmen für die Partei zu reserviren, da auch nicht eine einzige wirkungslos ist. Dass die Wahlbetheiligung geringer werden wird, daran ist garnicht zu denken. Im Gegentheil: selbst in den für die Partei sichersten Wahlkreisen wird man sich anstrengen müssen, da die Stimmen, die heute unter den Tisch fallen, den Sieg der Partei vervollständigen helfen; dasselbe gilt von den Wahlkreisen, die heute so gut wie verloren sind, in denen der Wahlkampf daher von vornherein mit geringerer Intensität betrieben wird. Und wenn Advocatus meint, „dass dieser Umstand nicht ausreichen wird, um die Wähler zu stimuliren“, so hat er sehr geringes Vertrauen zur werbenden Macht der sozialdemokratischen Lehre. Da aber nach dem oben angegebenen Verfahren zum Ueberfluss noch die Wahl eines bestimmten Kandidaten von der Stimmenzahl in dem betreffenden Wahlkreis abhängt, so liegt für diejenigen, welche ein besonderes Interesse daran haben, gerade diese Person durchzubringen — und aus diesem Interesse wird doch die angeblich grössere Intensität des heutigen Wahlkampfes abgeleitet — genau wie heute „die Nothwendigkeit, alle Kräfte anzuspannen“, vor. Dieser Einfluss des persönlichen Elements ist durchaus wünschenswerth, und nach dieser Richtung hin steht das Proportional-Wahlverfahren dem heutigen zum mindesten nicht nach.

Durch den Wegfall der Wahlbündnisse wird der Wahlkampf überhaupt sich veredeln, d. h. er wird den Parteigeist stärken, er wird den Geist der Kompromisse verjagen und sich um Grundsätze konzentriren. Und dadurch wird die ganze Agitation für die sozialdemokratische Lehre zielbewusster, weniger zugänglich der Korruption. Die Einführung des Proportional-Wahlsystems würde der sozialdemokratischen Partei auch in ihrer innern Ausgestaltung wesentliche Dienste leisten.

VI.

Schlusswort.

In meinen Ausführungen bin ich auf die vielen Proportional-Wahlsysteme nicht eingegangen. Und es hat auch meiner Ansicht nach keinen Zweck, das zu thun. Dass z. B. das sog. System der freien

Listenwahl mit Stimmenhäufung ein Monstrum ist, gebe ich gern zu. Aber es genügt, wie gesagt, wenn man ein gutes System hat; man führt ja nicht zwei ein. Für den Fall, dass diese Diskussion in unserm Organ fortgesetzt wird, möchte ich doch Jeden bitten, nicht auf's Neue an den anderen Systemen seinen Witz zu üben. So lange er das oben Dargestellte nicht widerlegen kann, nützen ihm die anderen Proben ja doch nicht.

Im Vorangegangenen sind die Einwände gegen den Proportionalismus in jeder Hinsicht widerlegt. Die Forderung des proportionalen Wahlverfahrens ist von der Sozialdemokratie durchaus aufrecht zu erhalten. Es ist wirklich „wahrscheinlich, dass die Anhänger der Proportionalwahl ihre Sache nicht so leicht verloren geben werden“. Ich hoffe aber auch, dass die ganze Diskussion hierüber auch dem Parteitage nicht allzu lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Frage ist ja wirklich nicht so wichtig, dass sich der Parteitag mit ihr „eingehend zu befassen“ hätte. Die Diskussion in den Organen mag hingehen; hier hat die Sache auch noch eine andere Bedeutung. Hier kann man an so einem Beispiel studiren, wie wenig Klarheit in theoretischer Hinsicht überhaupt vorhanden ist. Dass z. B. die Ausführungen von Advocatus genügt haben, um Parteigenossen von der von ihnen bis dahin mit Selbstverständlichkeit nachgesprochenen Programmforderung des Proportionalismus abzubringen, diese Thatsache an sich ist höchst bedeutsam. Und eben darum hat der Parteitag dringendere Aufgaben zu erfüllen; er hat die Anregung zu geben, dass von den Genossen, vor allem von den wissenschaftlich Geschulten, der Versuch gemacht wird, die Theorie, im Grossen, wie im Kleinen, gründlich durcharbeiten und auszubauen. Und er hat die brennenden taktischen Fragen zu entscheiden, die die Gegenwart ihm stellt. Die wirkliche Theorie verdrängt die scheinbare, die wirkliche Aktualität die eingebildete. Wird nach diesen Richtungen hin ernstlich gearbeitet, so werden solche Lappalien von selbst in ihre Nichtigkeit zurücksinken; verdanken sie doch ihre Existenz lediglich dem ewigen Hin- und Herpendeln zwischen trivialster Augenblicks-Auffassung, die zu Opportunitätsbestreben sans phrase, und materialistischer Dogmen-Auffassung, die überhaupt zu nichts führt!

Catilina.

Gebrauchswerth und Tauschwerth.

Von G. F. Steffen in London.

Die Wissenschaft der politischen Oekonomie*) zerfällt in drei Theile. Die Lehre von der Konsumtion, der Produktion, und die Lehre vom Werth (die an sich wieder Austausch und Vertheilung umfasst). Von welchen von diesen drei Theilen wird unsere Untersuchung der Beziehungen zwischen Gebrauchswerth und Tauschwerth

*) Wir sprechen hier nur von denjenigen ökonomischen Verhältnissen, die wirklich vorhanden sind, nicht von denen, die vorhanden sein sollten. Die wissenschaftliche Behandlung der letzteren könnte als Kunst der politischen Oekonomie definirt werden.

auszugehen haben? Der Eine, von dem Gedanken geleitet, dass Produktion die erste Bedingung für die Existenz der National-Oekonomie überhaupt sei, würde vielleicht zunächst von den Gesetzen der Produktion ausgehen wollen. Ein Anderer wird uns aufs Nachdrücklichste versichern, dass der Ausgangspunkt unserer Untersuchung nur der Austausch sein dürfe, da nur dieser das wirkliche Unterscheidende zwischen unserem Gegenstand, der wissenschaftlichen National-Oekonomie und jener Wissenschaft der Privat-Oekonomie darstelle, die hier nicht für uns in Betracht kommt. Eine Bauern-Familie produziert Brod; dieses Brod wird täglich unter die verschiedenen Familienglieder nach bestimmten Regeln vertheilt. Auch in einem Gemeinwesen wird Brod produziert und täglich unter die Brod konsumirenden Mitglieder vertheilt; diese Vertheilung aber muss stets mit einem Akt des Austauschs verbunden sein.

Diejenigen Glieder des Gemeinwesens nämlich, die nicht selbst Brod produziren, geben für ihren Antheil an der Brodvertheilung etwas in Tausch — sei es nun Geld oder Arbeit. Wir sehen also, dass in der Bauernwirthschaft das Brod ausschliesslich Gebrauchs- oder Nutzwert repräsentirt, während es in einem Gemeinwesen ausser seinem Gebrauchswerth augenscheinlich noch einen Tauschwerth besitzt. Eben diese Thatsache führte verschiedene bekannte National-Oekonomen zu dem Schluss, dass von den drei obengenannten Theilen unserer Wissenschaft zuerst die Gesetze des Austauschs studirt werden müssen. Viele spätere National-Oekonomen halten indessen diese Anschauung für gänzlich irrig und behaupten, dass man von einer Theorie der Konsumtion ausgehen müsse, wolle man nicht die Theorien über Tauschwerth, Kapital, Rente, Lohn u. s. w. einfach auf unbewiesenen Behauptungen und metaphysischen Spekulationen aufbauen. Um eine solche Behauptung aufrecht erhalten zu können, muss der moderne National-Oekonom nicht nur im Stande sein zu beweisen, dass seine eigene Theorie des Tauschwerths auf der Lehre von der Konsumtion fusst; er muss auch den Nachweis liefern, dass sämtliche, auf anderer Grundlage aufgebaute Theorien des Tauschwerths falsch sind.

Die sogenannte klassische Schule der politischen Oekonomie, der Adam Smith, Ricardo und, soweit seine Werththeorie in Betracht kommt, auch Karl Marx angehören, erklärt den Tauschwerth einer Waare für eine Funktion entweder ihrer Produktionskosten oder der zu ihrer Herstellung nöthigen Arbeitsmenge (Marx). Die neue ökonomische Schule, die einen ihrer frühesten Vertreter in Stanley Jevons fand, will zeigen, dass die obige Anschauung durchaus falsch und der Tauschwerth eine Funktion ganz anderer ökonomischer Faktoren ist, und erklärt es für unmöglich, die Natur des Tauschwerths zu begreifen, bevor man bis zu einem gewissen Grade die Natur des Gebrauchswerths festgestellt hat; es sei dies der verhängnissvolle Fehler der älteren National-Oekonomen, besonders von Karl Marx, diese Untersuchung absolut vernachlässigt zu haben.

Nun bedeutet aber eine Untersuchung des Gebrauchs- oder Nutzwert nichts anderes als eine Untersuchung der Konsumtion.

Es ist eine Thatsache, dass der Mensch konsumiren muss, um leben zu können. Er muss sich nähren, sich kleiden, Holz oder Kohle brennen, sich durch Häuser gegen die Witterung schützen u. s. w. Seine Bedürfnisse sind verschiedenster Natur. Sein Bedürfniss nach stärkehaltiger Nahrung (Kartoffeln) ist z. B. ein anderes als sein Bedürfniss nach eiweisshaltiger Nahrung (Fleisch). Diese beiden Bedürfnisse sind wieder unterschieden von dem Bedürfniss, Schuhe, Hüte und Kleider zu tragen oder an Winterabenden Lampen zu brennen. Mit der Höhe der Zivilisation wachsen auch die Bedürfnisse an Zahl — scheinbar bis in's Unendliche. Sind die niederen Bedürfnisse befriedigt, so entwickeln sich höhere und höhere. Aber wenn wir uns auch vorstellen müssen, dass

im Laufe der Entwicklung die Summe aller nur möglichen, verschiedenen Bedürfnisse eine unendlich grosse wird, so ist es doch sicher, dass jedes besondere Bedürfniss sich nur auf eine ganz bestimmte Quantität beschränkt und durch eine bestimmte Menge der betreffenden Waare gedeckt werden kann. Niemand kann ohne Nahrung leben; aber eben so wenig kann irgend Jemand eine Wagenladung Speisen täglich verzehren, und bestände sie selbst aus den gewähltesten Gerichten. Niemand kann in unserem Klima ohne Kleidung existiren; kein Mensch aber kann eine Schiffsladung Kleider auftragen. Niemand kann fünf fünftaktige Dramen an einem Tage anhören. Es ist also ersichtlich, dass es möglich ist, jedes besondere Bedürfniss durch eine bestimmte Menge der gewünschten Waare zu befriedigen. Wir wollen diese Erscheinung jetzt etwas genauer untersuchen. Nehmen wir an, eine Familie habe als einziges Lebensmittel Kartoffeln. Es macht sich das Bedürfniss nach eiweisshaltigeren Substanzen in ihrer täglichen Kost bemerkbar. Angenommen, wir legen nun der Familie ein Pfund Fleisch täglich zu. Naturgemäss wird eine weitere Steigerung der eiweisshaltigen Nahrung, d. h. des Fleisches, jetzt weniger nothwendiger sein als vorher; und legen wir der Familie abermals ein Pfund Fleisch täglich zu, so wird ihr Bedürfniss, noch mehr Fleisch per Tag zu erhalten, wiederum geringer. Die Bemerkung liegt auf der Hand, dass dieses mit jedem weiteren Pfund Fleisch, das wir per Tag der Familie geben, stetig abnimmt, und es ist klar, dass bald jede Vermehrung der täglichen Fleischmenge um ein weiteres Pfund eher schädlich als nützlich wirken müsste.*)

Wir wollen nun unser Experiment mit einer geringfügigen Abänderung wiederholen. Wir bieten der Familie, die bis dahin nur von Kartoffeln lebte, die Wahl zwischen einem Pfund Fleisch und einem Maass Apfelwein täglich. Sicher wählt unsere Familie das Fleisch. Haben wir aber ihre tägliche Fleischportion auf sechs Pfund erhöht und stellen sie noch einmal vor die Wahl zwischen einem weiteren Pfund Fleisch oder einem Maass Apfelwein täglich, so wird das Fleisch nicht mehr mit Sicherheit den Vorzug erhalten. Jetzt wird die Wahl vielmehr zweifelhaft sein. Das Bedürfniss nach Vermehrung der täglichen Fleischnahrung hat sich also allmählich mit jedem neu hinzugekommenen Pfund Fleisch per Tag vermindert, bis es endlich nicht mehr stärker war als das Bedürfniss nach einem Maass Apfelwein täglich.

Die Fähigkeit, welche eine Waare vermöge ihrer physikalischen, chemischen, ästhetischen oder sonstigen Beschaffenheit besitzt, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, heisst in der Sprache der National-Oekonomie ihr Gebrauchs- oder Nutzwert. Die Fähigkeit, eine bestimmte Art von Bedürfnissen zu befriedigen, z. B. das Bedürfniss nach Fleisch, nennen wir ihren qualitativen Gebrauchs- oder qualitativen Nutzwert. So ist z. B. Fleisch-Nutzwert der qualitative Nutzwert des Fleisches. Die Fähigkeit einer Waare, uns in verschiedehem Grade zu befriedigen, je nach der Menge, in der sie konsumirt wird, nennen wir ihren quantitativen Gebrauchs- oder quantitativen Nutzwert. Der quantitative Nutzwert eines siebenten Pfundes Fleisch täglich war also für unsere konsumirende Familie nicht so gross als der quantitative Nutzwert des ersten Maasses Apfelwein täglich, obgleich der quantitative Nutzwert des ersten Maasses Apfelwein bedeutend kleiner war, als der quantitative Nutzwert des ersten Pfundes Fleisch per Tag.

*) Da wir hier nur die Konsumtion in's Auge fassen, so müssen wir annehmen, dass das Fleisch nur als Nahrung für die Familie verwandt werden kann oder aber verderben muss, dass es sich jedoch nicht gegen andere Waaren austauschen lässt.

Unsere Untersuchung der Natur der Konsumtion hat uns demnach gezeigt, dass nicht nur die einzelnen Bedürfnisse bezüglich ihrer Qualität von einander abweichen, sondern dass auch jede Art von Bedürfnissen in Bezug auf Quantität und Grad verschieden sein kann, so dass wir zwei der Qualität nach absolut verschiedene Bedürfnisse mit einander vergleichen, resp. unter einander gleichsetzen können. Es folgt also aus der Definition des Gebrauchs- oder Nutzwerths, dass der Nutzwerth einer Waare immer in Bezug auf Qualität bestimmt ist, dass er aber quantitativ ein verschiedener ist, je nach der von der Waare konsumirten Quantität. Der Gebrauchswerth des ersten Pfundes Fleisch täglich in unserem Beispiel ist Fleisch-Nutzwerth, und der Gebrauchswerth des siebenten Pfundes Fleisch täglich ist ebenso Fleisch-Nutzwerth. Dennoch ist der Gebrauchswerth des ersten Pfundes Fleisch per Tag stets viel grösser als der Gebrauchswerth des siebenten Pfundes Fleisch per Tag.

Aus dem obigen Beispiel ging hervor, dass der quantitative Nutzwerth eines Pfundes Fleisch per Tag unter Umständen dem quantitativen Nutzwerth eines Maasses Apfelwein per Tag gleich sein kann. Allerdings sprachen wir in unserem Beispiel nur von einem einzelnen, konsumirenden Individuum — von einer Familie, als Einheit betrachtet; aber es ist klar, dass der quantitative Nutzwerth von Waaren verschiedener Qualität unter bestimmten Umständen und in gewissem Sinne auch für verschiedene Individuen gleich sein kann, die nichts von einander wissen. Angenommen, wir haben es mit zwei Familien zu thun. Die eine hat als Nahrungsmittel nur Kartoffeln, deren aber so viel, wie sie nur irgend täglich verzehren könnte. Die andere Familie besitzt sowohl an Kartoffeln wie an Fleisch, so viel sie täglich konsumiren kann. Auch haben beide so viel Trinkwasser, als sie brauchen. Wenn wir nun die erste Familie zwischen einem Pfund Fleisch und einem Maass Apfelwein täglich wählen lassen, so wird sie mit Sicherheit das Fleisch wählen. Ebenso sicher aber wird die andere Familie, vor die gleiche Wahl gestellt, das Anerbieten des Apfelweins annehmen. Was geht daraus hervor? Dass Apfelwein für die letztere Familie einen grösseren quantitativen Nutzwerth hat als Fleisch, für die erstere dagegen Fleisch einen grösseren, quantitativen Nutzwerth als Apfelwein. Nehmen wir nun an, es existire eine Waare, die für beide Familien Nutzwerth besitzt, z. B. Streichhölzer. Stellen wir jetzt die erste Familie vor die Wahl, ein Pfund Fleisch täglich zu verzehren oder eine Schachtel Streichhölzer zu brauchen, und lassen die zweite zwischen einem Maass Apfelwein und ebenfalls einer Schachtel Streichhölzer täglich wählen, so wird Anfangs sicherlich erstere das Fleisch und letztere den Apfelwein vorziehen. Fahren wir aber fort, unsere Familien zwischen diesen beiden Gütern wählen zu lassen, und befriedigen allmählich das Bedürfniss der einen nach Fleisch und das der anderen nach Apfelwein, so wird nothwendiger Weise der quantitative Nutzwerth des Fleisches für die eine und der quantitative Nutzwerth des Apfelweins für die andere sehr vermindert werden. Zuletzt wird die erste Familie zweifelhaft sein, ob sie noch ein Pfund Fleisch täglich mehr oder eine Schachtel Streichhölzer wählen soll, und in derselben Lage wird sich die zweite Familie bezüglich ihrer Wahl zwischen einem weiteren Liter Apfelwein täglich und einer Schachtel Streichhölzer befinden. Wir sehen also jetzt, dass für zwei verschiedene Konsumenten die quantitativen Gebrauchs- oder Nutzwerthe quantitativ ungleicher Mengen von zwei verschiedenen Waaren dem quantitativen Nutzwerth derselben Quantität einer dritten Waare gleich werden kann. Der quantitative Nutzwerth eines Pfundes Fleisch und der quantitative Nutzwerth eines Maasses Apfelwein können dem quantitativen Nutzwerth einer Schachtel Streichhölzer für zwei verschiedene, konsumirende Individuen gleich werden.

Wir haben jetzt, so weit dies vorläufig nöthig ist, die Konsumtion analysirt. Um nun eine Theorie des Tauschwerthes zu gewinnen, müssen wir zuvörderst unsere Aufmerksamkeit noch auf ein anderes ökonomisches Phänomen — den Austausch — richten.

Sollen zwei Waaren auf dem Markt gegen einander austauschfähig sein, so müssen sie in einer Beziehung einander ungleich sein. Es wird Niemand ein Pfund Fleisch gegen ein Pfund Fleisch von ganz gleicher Sorte, oder eine Waare gegen eine andere von genau demselben qualitativen und quantitativen Nutzwert eintauschen. Andererseits wird Niemand auf dem Markt ein Pfund Fleisch gegen ein Maass Apfelwein austauschen, wenn er den quantitativen Nutzwert dessen, was er in Tausch giebt, nämlich eines Pfundes Fleisch für grösser hält, als den quantitativen Nutzwert dessen, was er empfängt, des Maasses Apfelwein.

Wir brauchten vorhin die Worte: „Auf dem Markt austauschen.“ Es ist dies ein ökonomischer Ausdruck, der gewöhnlich bedeutet „unter freier Konkurrenz austauschen.“ Eine Waare — Fleisch — wird gegen eine andere — Gold — dann unter freier Konkurrenz ausgetauscht, wenn sämtliche Verkäufer der ersteren mit sämtlichen Besitzern der letzteren, die willens sind, Fleisch zu kaufen, in gleich enge und freie geschäftliche Verbindung treten. Es folgt aus dieser Definition, dass auf demselben Markt zur selben Zeit gleiche Mengen derselben Waare*) den gleichen Preis**) haben müssen. Denn fordert ein Verkäufer mehr als ein anderer, so würde, unserer Voraussetzung gemäss, für den Käufer nicht die geringste Schwierigkeit bestehen, sich an diejenigen Verkäufer zu wenden, die billiger verkaufen.

Wir wollen nun einmal verfolgen, was vorgeht, wenn unsere Fleischkäufer mit den Verkäufern auf offenem Markt in Geschäftsverbindung treten. Für sämtliche Käufer von Fleisch hat Fleisch qualitativen Nutzwert. Hat es aber auch für alle den gleichen quantitativen Nutzwert? Wäre das der Fall, so folgte daraus, dass jeder Mensch genau der gleichen Menge Fleisch zu seiner Befriedigung bedürfte, und ferner, wenn Preisgleichheit sich einstellen sollte, dass Jedermann eine gleiche Menge derjenigen Waaren — sei es Gold oder Arbeitskraft — besässe, welche nach dem Marktbrauch gegen Fleisch ausgetauscht werden muss. Wie die Verhältnisse in einer zivilisirten Gesellschaft liegen, ist der quantitative Nutzwert eines Pfundes Fleisch in Gold ausgedrückt, für verschiedene Käufer äusserst wechselnd. Stände sich nur ein Käufer und ein Verkäufer gegenüber, so könnte letzterer anfangs einen unvernünftig hohen Preis fordern und ihn dann so lange ermässigen, bis er den richtigen Maassstab***) für den höchsten quantitativen Nutzwert des Fleisches für den Käufer gefunden hätte; und dieser würde natürlich lieber einen Preis zahlen, der den höchsten quantitativen Nutzwert des Fleisches für ihn ausdrückt, als ohne Fleisch zu leben. Hier haben wir es indessen nicht mit einem einzelnen Paar zu thun, sondern mit einem Markt, d. h. mit einer unbeschränkt grossen Zahl frei konkurrierender Käufer und Verkäufer. Die letzteren konkurriren neben einander, indem sie das sämtliche auf dem Markt befindliche Fleisch abzusetzen suchen, und von den ersteren sucht jeder Einzelne seine Wünsche zu befriedigen, bevor Alles verkauft ist. Dies ist der Unterschied und, soweit es hier in Betracht kommt, der einzige Unterschied zwischen einem Aus-

*) Eine Waare ist eine Nützlichkeit, welche Tauschwerth besitzt.

**) Der Preis ist der Tauschwerth einer Waare, ausgedrückt im Tauschwerth des Goldes.

***) Dieser ist natürlich in Geld ausgedrückt, d. h. der Käufer macht sich klar, welche Quantität gemünzten Goldes für ihn denselben quantitativen Nutzwert hat wie ein Pfund Fleisch; und diese Quantität gemünztes Gold, diese Geldsumme also, drückt dann den höchsten von ihm gebotenen Preis aus.

tausch, der durch zwei einzelne Personen bewirkt wird, und einem Austausch auf offenem Markt.

Wie würde sich wohl die Theorie des Tauschwerths gestalten, wollten wir sie aus dem Falle ableiten, dass ein einzelnes Paar, Käufer und Verkäufer, aus reiner Selbstsucht, etwas gegen einander austauschten? Offenbar so: Der höchste mögliche Tauschwerth einer Waare ist ihr höchster quantitativer Nutzwert für den Käufer. Was ist nun die einzige Modifikation dieser Theorie, die nothwendig wird, um sie auch dem Tauschwerth auf offenem Markt anzupassen? Der Umstand, dass der Austausch auf offenem Markt vollzogen wird, kann unmöglich etwas an der Thatsache ändern, dass Tauschwerth quantitativer Nutzwert ist — das wurde in dem Augenblick klar, wo wir den Unterschied eines Austauschs zwischen einem einzelnen Paar und eines Austauschs auf offenem Markt untersucht haben. Der einzige Unterschied besteht darin, dass, da die Verkäufer auf offenem Markt mit einander in dem Streben wetteifern müssen, ihre sämmtlichen Waaren loszuschlagen, dort nicht mehr als ein Tauschwerth für die gleiche Waare bestehen kann. Das Problem lässt sich also jetzt in die Frage zusammenfassen: Welche von den zahlreichen quantitativen Gebrauchswerthen einer Waare wird auf einem gegebenen Markt und unter gegebenen Umständen zu ihrem wirklichen Tauschwerth? Die Antwort ist sehr einfach. Von allen quantitativen Gebrauchswerthen einer Waare wird nothwendiger Weise derjenige zu ihrem wirklichen Tauschwerth, der es den Verkäufern möglich machte, mit allen Käufern handelseinig zu werden, die nöthig waren, um sämmtliche angebotenen Waaren aufzukaufen. Mit anderen Worten: Der Tauschwerth einer Waare ist der niedrigste quantitative Gebrauchswerth, welcher, der Nachfrage auf dem Markt entsprechend, von den Verkäufern in Betracht gezogen werden musste. Ändert sich die Quantität der auf dem Markt angebotenen Waare, d. h. die Quantität dessen, was die Verkäufer glauben unbedingt absetzen zu müssen, so ändert sich — vorausgesetzt, dass alle sonstigen Umstände sich gleichbleiben — auch der niedrigste quantitative Gebrauchswerth, der zum Tauschwerth wird. So entscheidet also schliesslich die Quantität der angebotenen Waare, welche von den verschiedenen quantitativen Gebrauchswerthen zum Tauschwerth der Waare wird. Nennen wir den quantitativen Gebrauchs- oder den Nutzwert einer Waare, der auf dem Markte maassgebend wird, kurz ihren Grenznutzen, so können wir Jevons' Werththeorie durch folgende Formel ausdrücken:

Tauschwerth ist der Grenznutzen einer Waare, und seine Grösse wird durch die Quantität des Angebotes bestimmt. Mit anderen Worten: Der Tauschwerth einer Waare ist ihr Gebrauchswerth an der Grenze des Vorraths.

Wir haben jetzt die Methode kennen gelernt, nach der Jevons und seine Schule ihre Werththeorie ableiteten. Es bleibt noch die andere Seite ihrer Leistungen, die Kritik der Lehren der „alten Schule“, zu besprechen. Der grösste Fehler, den sie den Ricardo'schen mehr oder weniger logischen Werththeorien vorwerfen, ist, dass dieselben sich nicht auf eine Analyse der Konsumtion gründen, und darum auch des so ausserordentlich wichtigen Begriffes des „quantitativen Nutzwertes“ ermangeln, ohne den jede Werththeorie eine metaphysische bleiben muss. Ferner behaupten sie, dass in diesen Werththeorien sich eine verhängnissvolle Verwechslung von Ursache und Wirkung geltend mache, weil sie von der Voraussetzung ausgehen, dass der Tauschwerth einer Waare durch ihre Produktionskosten, oder durch die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich nothwendige Arbeit bestimmt werde. Es muss in der That zugegeben werden, dass der Tauschwerth einer sehr bedeutenden Zahl von Waaren — z. B. fast sämmtlicher fabrizirter Waaren — im Allgemeinen beinahe genau ihren Produktions-

kosten entspricht; aber das beweist noch nicht, dass er von den Produktionskosten bestimmt ist; vielmehr entspricht er ihnen nur aus dem Grunde, dass die Produzenten in ihrer freien Konkurrenz so lange das Angebot vermehren, bis der in Betracht kommende Käufer-Grenznutzen ebenso niedrig wie die Produktionskosten wird.

Fragen wir uns jetzt, in welcher Weise der Tauschwerth einer Waare von der Menge abhängig ist, in der sie auf den Markt gebracht wird, und unter welchen Bedingungen er ihren Produktionskosten gleichkommt. Nehmen wir z. B. eine Waare der oben erwähnten Art, eine fabrizirte Waare, sagen wir eine Nähmaschine, also eine derjenigen Waaren, deren Zahl nach Belieben vermehrt werden können, wenn mehr Arbeit hineingesteckt wird, ohne dass sich dabei die Produktivität der hineingesteckten Arbeit vermindert. Im Gegentheil kann sogar, Dank der Arbeitstheilung und Dank der durch die vermehrte Produktion ermöglichten Vervollkommnung der Maschinerie, die Produktivität der fraglichen Arbeit bis zu einem gewissen Grade durch die Erzeugung grösserer Mengen gesteigert werden. Gehen wir, der Kürze und Klarheit der Ableitung zu-Liebe, von der Voraussetzung aus, es handle sich nur um ein einziges Gemeinwesen und eine Art von Nähmaschinen; die Produktionskosten derselben beliefen sich für alle Produzenten gleich hoch, die Konjunkturen der Produktion und des Marktes wechselten nur einmal jährlich, und die Konkurrenz auf dem Nähmaschinenmarkt sei in jeder Richtung unbeschränkt. Aus obigen Voraussetzungen folgt zweierlei: Erstens müssen die Nähmaschinen unter irgend welchen gegebenen Bedingungen alle den gleichen Preis bringen, und ferner können die Produzenten nicht durch gegenseitige Uebereinkunft die Gesamtzahl der produzierten Maschinen willkürlich verringern. Der erste existirende Nähmaschinenfabrikant bringe nun 1000 Maschinen jährlich auf den Markt, für deren jede die Produktionskosten Pfd. St. 6 betragen mögen. Die Maschinen haben für einen Theil, sagen wir für jährlich 80 000 Mitglieder des Gemeinwesens — in dem gerade in Betracht kommenden Zeitabschnitt — einen konkreten Nutzwert, der aber quantitativ durchaus nicht für alle 80 000 Menschen der gleiche ist. Für 5000 derselben ist der quantitative Nutzwert der Maschine gleich einem quantitativen Nutzwert von Pfd. St. 18, für 20 000 gleich Pfd. St. 6, für 30 000 gleich Pfd. St. 4, für 10 000 gleich Pfd. St. 3; und für den Rest von 15 000 Bürgern endlich, die Nähmaschinen brauchen, haben dieselben nur einen quantitativen Nutzwert von Pfd. St. 1. Die Zusammensetzung der 80 000 jährlichen Konsumenten sei am Anfang eines jeden Jahres diesen Zahlen entsprechend. Wie wird sich nun bei jährlicher Produktion von 1000 Maschinen der Tauschwerth derselben stellen? Ohne Zweifel werden die Produzenten für jede ihrer Maschinen, vorausgesetzt, dass er den theuersten Markt sucht und findet, Pfd. St. 18 erhalten können; denn der höchste Nutzwert der Maschine, der den Verkaufswerth des ganzen Vorrathes in dem betreffenden Jahre bedingt, beträgt Pfd. St. 18; also muss auch der Tauschwerth der Nähmaschine in diesem Falle Pfd. St. 18 betragen. Hier sind nämlich die Nähmaschinen so knapp an Zahl, dass sie, gerade so wie alle Waaren, die nicht in grosser Zahl produziert werden können, oder aus anderen Gründen selten sind — wie etwa altes Porzellan und die Kunstwerke alter Meister — den Tauschwerth besitzen, den nur gerade die reichsten und die betreffende Waare dringlichst begehrenden Konsumenten zahlen können.

Durch die gezahlten hohen Preise wird aber nun nicht allein der erste Produzent, sondern bei freier Konkurrenz werden auch noch viele andere zu möglichst reichlicher Produktion angeregt, und im nächsten Jahre finden sich bereits 20 000 Nähmaschinen am Markte, während die Produktionskosten für die einzelnen Maschinen nur noch Pfd. St. 4 betragen. Auch jetzt noch würden 5000 Käufer bereit sein, eine

solche für Pfd. St. 18 abzunehmen; aber 15 000 Maschinen müssten die Produzenten behalten, wenn sie wirklich Pfd. St. 18 für jede forderten. Dies aber verbietet sich durch die von uns gemachte Voraussetzung, dass die Produzenten ihren ganzen Vorrath zu gleicher Zeit auf den offenen Markt bringen, und dass alle angebotenen Waaren verkäuflich sein müssen. Darum müssen die Verkäufer der Nähmaschinen, in Anbetracht des einheitlichen Preises der letzteren, mindestens 20 000 Konsumenten in den Kreis ihrer Berechnung ziehen. Nun giebt es aber 5000, die Pfd. St. 18 zahlen würden, und dazu noch 20 000, die nur Pfd. St. 6 zahlen können; es finden sich also immer noch Konsumenten, die jede von den 20 000 käuflichen Maschinen für Pfd. St. 6 abzunehmen bereit sind. Das besagt, in Geldwerth ausgedrückt, dass jetzt die Grenze des Nutzwertes und dementsprechend auch der Tauschwerth, d. h. der Preis, Pfd. St. 6 beträgt, also ein „gutes Geschäft“ für die Produzenten; denn der Tauschwerth hält sich, nothwendiger Weise, bedeutend höher als die Produktionskosten. Naturgemäss wird also die Nähmaschinen-Industrie immer mehr Kapital und Produzenten an sich ziehen, und wir finden im nächsten Jahre bereits ein jährliches Angebot von 60 000 Maschinen auf dem Nähmaschinen-Markt. Die Produktionskosten, die jetzt nur noch Pfd. St. 3 betragen, sind aber einer weiteren Herabsetzung kaum mehr zugänglich. Wo werden jetzt die Konsumenten der 60 000 Maschinen sein? Da sind zunächst die 5000 Käufer, die im Nothfalle Pfd. St. 18, die weiteren 20 000, die Pfd. St. 6 zahlen würden, und 30 000 Solche, die nicht mehr als Pfd. St. 4 ausgeben können, im Ganzen also 55 000 Konsumenten. Demzufolge würde der Preis Pfd. St. 4 betragen, wenn nämlich die Produzenten in dem betreffenden Jahre gerade 5000 der von ihnen fabrizirten Maschinen vom Markte fernhalten könnten. Das aber widerspricht unserer Voraussetzung. So müssen sich denn unter den Abnehmern auch noch die Hälfte der 10 000 Konsumenten befinden, die keinesfalls mehr als Pfd. St. 3 für eine Nähmaschine bezahlen würden. Gehen aber 5000 Maschinen zum Preise von Pfd. St. 3 fort, so werden, der Voraussetzung der freien Konkurrenz zu Folge, auch die übrigen 55 000 für dasselbe Geld verkauft werden müssen. Das heisst: der niedrigste, dem Markte beeinflussende quantitative Nutzwert einer Maschine ist Pfd. St. 3 und ebenso gross ist ihr Tauschwerth. Also dank der freien Konkurrenz und dem Streben nach Gewinn sind jetzt so viele Nähmaschinen produziert worden, dass ihr Tauschwerth bis zu ihren Produktionskosten gesunken ist. Ebenso, wie es sich bei der Produktion von jährlich 60 000 Maschinen verhält, würde es bleiben, wenn 65 000 auf den Markt kämen. Aber wie, wenn 70 000 Maschinen jährlich an den Markt gebracht würden? Es fänden sich immer noch Abnehmer genug für alle Nähmaschinen; denn unserer Voraussetzung gemäss gab es ja deren 80 000 jährlich. Aber da jetzt der niedrigste quantitative Nutzwert, der auf dem Markt erscheinen würde, nur Pfd. St. 1 betrüge, so müsste der Preis niedriger werden, als dies in Anbetracht der Natur der Produktion denkbar ist. Denn in einer kapitalistischen Gesellschaft fabriziren die Produzenten ja nicht deshalb Nähmaschinen, um den Bedürfnissen gewisser Mitglieder ihres Gemeinwesens zu genügen, sondern vielmehr, um durch die Produktion einen Gewinn zu erzielen. Betragen nun die Produktionskosten,*) gemäss der von uns gemachten Annahme, mindestens Pfd. St. 3, so bleibt kein Profit, sobald der Preis niedriger wird, als Pfd. St. 3. Darum wird jetzt auch kein Reiz mehr vorliegen, eine grössere Anzahl von Nähmaschinen zu produziren, wie überhaupt bei der ganzen Klasse von Waaren, zu der die Nähmaschinen zählen, der

*) Unter diesem Ausdrucke sind die Zinsen für das aufgewendete Kapital und die gewöhnliche Profitrate inbegriffen.

Antrieb, die Zahl der produzierten Waaren zu steigern, schwindet, sobald diese Zahl so gross geworden, dass der Preis (resp. der Tauschwerth) bis auf die Produktionskosten gesunken ist; niemals aber kann er für diese Art von Waaren früher schwinden, wenn wirklich absolut keine Behinderung der freien Konkurrenz vorliegt. Folglich ist die Annahme, dass der Tauschwerth einer Waare gleich ihren Produktionskosten sei, oft für Fabrikwaaren zutreffend, doch nur für den Fall, dass auf dem in Betracht kommenden Markt absolut freie Konkurrenz herrsche. Das ist aber nicht immer der Fall. Hätten wir es in unserem Beispiel mit einer Waare zu thun gehabt, deren Produktion gar nichts kostet, wie gross auch immer die Nachfrage sei, so wären wir zu dem Schluss gekommen, dass der Preis schliesslich nothwendig hätte gleich Null werden müssen. Als Illustration für diesen Fall diene natürliches Mineralwasser, das an der Quelle getrunken wird: unter den Bedingungen absolut freier Konkurrenz mögen zwei Eigenthümer gleichartige und beisammen gelegene Quellen besitzen, deren jede für sich allein den ganzen Bedarf an Mineralwasser decken könnte. Die beiden Konkurrenten werden sich natürlich so lange immerfort gegenseitig unterbieten, bis schliesslich jeder Abnehmer des Mineralwassers dasselbe für die Summe Geldes erstehen könnte, die seinen abstrakten Nutzwert für denjenigen Abnehmer ausdrückt, dem vor Allen, die Lust haben es zu trinken, am wenigsten daran gelegen ist. Die Grenze aber für den niedrigsten Tauschwerth, der so erreicht werden kann, ist Null. So sind denn die Produktionskosten, weit entfernt, die Ursache des Tauschwerthes zu sein, vielmehr nur eines der Hindernisse, die, in der Natur der Produktionskosten begründet, es unmöglich machen, dass der Tauschwerth gewisser Erzeugnisse direkt gleich Null werde.

Da der Tauschwerth einer Waare gleich ihrem quantitativen Nutzwert ist, und der quantitative Nutzwert sich mit der Menge der Waare ändert, so kann die Arbeit, in so weit sie bei gewissen Waaren die Menge willkürlich vergrössern oder verringern kann, indirekt den Tauschwerth einer Waare beeinflussen. Aber der abstrakte Nutzwert einer Waare richtet sich niemals ausschliesslich nach ihrer Menge, sondern hängt stets auch von der Nachfrage ab; und die Nachfrage richtet sich natürlich ihrerseits nach Umständen, die mit der Produktion der fraglichen Waare an sich gar nichts zu thun haben. Infolgedessen ändern sich z. B. auch die Tauschwerthe von Waaren, deren Reproduktion durch Arbeit überhaupt nicht ermöglicht werden kann, wie altes Porzellan oder die Kunstwerke alter Meister. So lange der Kunstgeschmack nicht reif genug war, um die Schönheit und den ästhetischen Nutzwert der Bilder der alten holländischen Meister begreifen zu lernen, war der Tauschwerth dieser Bilder ein äusserst geringer; mit dem Verständniss ihres hohen ästhetischen Werthes wuchs ihr Tauschwerth: Keine Theorie, die den Tauschwerth aus der Arbeit erklären will, wird das Phänomen deuten können, dass der quantitative Nutzwert und ebenso der Tauschwerth jener Gemälde mit der Natur des Zeitgeistes gewechselt hat.

Tauschwerth ist nur die unserem sozialen System eigenthümliche historische Daseinsform desjenigen Phänomens, das für jede menschliche Oekonomie charakteristisch ist, nämlich der Gleichsetzung quantitativer Gebrauchswerthe von Waaren untereinander. Politische Oekonomie bedeutet also vorzugsweise die Wissenschaft von der „Messung menschlicher Bedürfnisse“, und die wichtigste Aufgabe eines politischen Oekoromen der Gegenwart muss es sein, zu ermitteln, wie der Tauschwerth die menschlichen Bedürfnisse misst. Im Grunde genommen ist es das Resultat dieser Ermittlung, die für die Stellungnahme der Soziologen gegenüber der bestehenden Gesellschaftsordnung maassgebend ist. Das Ideal besteht darin, in einem Gemeinwesen von gegebener

Bevölkerung, gegebenen Bedürfnissen und gegebenen natürlichen, menschlichen und technischen Produktionsbedingungen, Produktion und Vertheilung so zu regeln, dass die Produkte durch die Art ihrer Konsumtion für das gesammte Gemeinwesen den grösstmöglichen Nutzwert darstellen; das heisst mit anderen Worten, dass sie die dringlichsten Bedürfnisse aller Bürger bis genau zum gleichen Grade subjektiver Befriedigung erfüllen. So hat beispielsweise, vom sozialen Gesichtspunkte aus betrachtet, ein Pfund Fleisch bei der Konsumtion nicht seinen grösstmöglichen Nutzwert erreicht, wenn es dazu diene, den sehr wenig dringlichen Bedarf einer Familie, die es vielleicht ihrem Hunde vorwirft, nach dem sechsten Pfund Fleisch an einem Tage zu befriedigen, anstatt dass es das ungleich grössere Bedürfniss einer ebenso zahlreichen Familie nach dem ersten Pfund Fleisch per Tag deckte.

Bei der trostlosen Verwirrung der älteren, theoretischen politischen Oekonomie, die die ganze so eminent wichtige Wissenschaft in den grössten Misskredit gebracht hat, ist der Werth der durchsichtig klaren und bedeutsamen Jevons'schen Theorie nicht hoch genug zu veranschlagen. Sie klärt nicht allein die früheren verwirrten Ideen hinsichtlich der bestehenden ökonomischen Ordnung auf, sondern eröffnet noch ausserdem der ökonomischen Forschung ein ganz neues und äusserst anziehendes Gebiet.

Gassenjunge.

Von Ada Negri in Mailand.

Seh ich im Staub der Gasse ihn spazieren
 So schmutzig und so schön,
 Mit Kleidern, die aus Flickern nur besteh'n,
 Zerriss'nen Schuhen und pöffigen Manieren,

Seh ich ihn mitten auf dem Strassenpflaster
 Mit Lumpen an den Beinen,
 Wie er die armen Hunde wirft mit Steinen
 Schon frech und schon vertraut mit jedem Laster,

Seh ich ihn springen, hör' ihn lachen helle,
 Das arme Dornenreis,
 Das seine Mutter in der Werkstatt weiss,
 Die Hütte leer, den Vater in der Zelle,

Dann greift die Angst um ihn mir an die Seele,
 »Wie find'st Du«, frag' ich mich,
 »So ausgestossen und so schutzlos Dich
 Zurecht in dieser Welt voll Schuld und Fehle? ...

Was wirst Du wohl, Du munt'rer Hungerleider
 In zwanzig Jahren sein?
 Ein Gauner und Betrüger, schlau und fein,
 Ein fleiss'ger Arbeitsmann, — ein Beutelschneider?

Trägst Du dereinst des Handwerks Ehrenkittel, ---
 Des Sträflings rauhes Kleid?
 Treff ich Dich bei gesunder Thätigkeit, —
 Verdammt zum Kerker, oder gar im Spittel? . . . «

. . . Ach sieh! ich möcht' zu ihm herunter steigen
 Und zieh'n ihn an mein Herz;
 Ich möchte ihn umarmend, meinen Schmerz,
 Mein Mitleid, meine Traurigkeit ihm zeigen.

Und warme Küsse möchte ich ihm drücken
 Auf Stirn und Wangen gleich
 Und flüstern ihm, an Bruderliebe reich,
 Die heil'gen Worte zu, die mich ersticken:

»Auch mir ist stets das Unglück treu geblieben,
 Ein Dornenreis bin ich gleich Dir,
 Die Mutter schafft' auch in der Werkstatt mir,
 Ich kenne jedes Leid . . . ich muss Dich lieben.«

Aus „Fatalität“, Deutsch von Hedwig Jahn.

Johann Jacoby.

Als Johann Jacoby 1877 nach einem kampfreichen Dasein aus dem Leben schied, war sein Name im Bürgerthum halb vergessen, der Name, der einst nach mannhaft kühner That seines Trägers durch ganz Deutschland klang. Und wer heut Jacoby's Schriften durchblättert, meist politische Reden und Abhandlungen, dem mag es fast wunderbar dünken, wie diese für uns so selbstverständlichen Gedanken in einer zwar klaren und festen, aber schwerfälligen und glanzlosen Sprache, noch vor 50 Jahren als eine geisteskühne That begrüßt und wie ein Blitz überall einschlagen konnte. Die Entwicklung der Menschheit schreitet eben in günstig bewegten Epochen wie die unsre rasch genug vorwärts, um ein wenige Jahrzehnte zurückliegendes Zeitalter zu einem längst überwundenen zu machen.

Was aber an Joh. Jacoby niemals überwunden werden kann, dass ist die schlichte Grösse seines Charakters, der auch über den leisesten Vorwurf der Selbstsucht oder Eitelkeit erhaben war, es ist mehr als dies, die Anlage seines Geistes, die Anlage des wahren Denkers, unermüdlich sein ganzes Leben hindurch nach Wahrheit zu forschen und die Wahrheit bedingungslos auch dann anzuerkennen, wenn sie die Anschauungen des ganzen, bisherigen Lebens erbarmungslos unwirkt. Jacoby hat sich nicht gescheut, nachdem er ein Lebensalter hindurch der eifrigste Verkünder des bürgerlichen Freiheitsideals gewesen, sich offen für die Ideen der Arbeiterklasse zu erklären, als er die Entwicklung der Bourgeoisie nach der 48er Revolution beobachtete und einsehen musste, dass eine menschenwürdige Existenz des Proletariats mit der politischen Herrschaft der bürgerlichen Klasse unvereinbar sei.

Jacoby war nie etwas anderes, als Kämpfer für eine Sache. Aus einem jüdischen Kaufmannshause in Königsberg stammend, besass er in hohem Maasse jene Eigenschaften, die man — vielleicht als Reaktionswirkung gegen die gewöhnlich den Juden beigelegten Eigenthümlichkeiten — gerade unter diesen zuweilen besonders hoch entwickelt findet, auf's Feinste ausgebildeten Rechtlichkeitssinn und absolute Gleichgültigkeit gegenüber den materiellen Lebensinteressen, ja selbst gegenüber jedem äusseren Ruhm und Ansehen.¹

Die Judenfrage veranlasste den damals 28jährigen Mann, der als Arzt in seiner Vaterstadt lebte, im Jahre 1833 zum ersten Mal, sich schriftstellerisch zu bethätigen. Diesem Schriftchen, das auf Grund allgemeiner Gerechtigkeit, natürlich für absolute, soziale Gleichstellung der Juden plaidirt, schlossen sich in den nächsten Jahren verschiedene litterarische und politische Publikationen an, die indessen ziemlich unbeachtet blieben, bis endlich im Jahre 1841 die „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreussen“ den Verfasser mit einem Schlage berühmt machten. Die Schrift, die sich auf die von dem ostpreussischen Huldigungslandtag an Friedrich Wilhelm IV. gerichtete Mahnung bezieht, das Wort seines Vaters einzulösen und einen preussischen Landtag als allgemeine preussische Volksvertretung zu berufen, vertheidigt in kühnen und klaren Worten die Berechtigung, ja Verpflichtung des Huldigungstages zu einer solchen Mahnung, und kritisirt scharf die Antwort des Königs, die in dem Landtagsabschied v. Jahre 1840 enthalten, lautete: „König Friedrich Wilhelm III. habe wegen der Ereignisse, die er bald nach Erlass der Verordnungen vom 22. Mai 1815 in andern Ländern wahrnahm, die Deutung, welche mit seinen Worten verbunden wurde, in reifliche Erwägung gezogen. Von den herrschenden Begriffen sogenannter allgemeiner Volksvertretung sich fern haltend, habe er den auf geschichtlicher Entwicklung beruhenden, der deutschen Volksthümlichkeit entsprechenden Weg eingeschlagen und seinem Lande die Provinzialverfassung verliehen. Dieses Werk solle auch in Zukunft treu gepflegt und einer erspriesslicheren Entwicklung entgegen geführt werden.“

Die Schrift, die zuerst in Mannheim anonym erschienen war, zog Jacoby, als er sich freiwillig zur Verfasserschaft bekannte, eine ganze Reihe von Anklagen, unter andern wegen Hochverraths und Majestätsbeleidigung zu, von denen er erst in dritter Instanz freigesprochen wurde. Bis zum Beginn der 48er Revolution schrieb Jacoby noch mehrere Abhandlungen, die sich fast sämmtlich auf die Nothwendigkeit eines allgemeinen preussischen Landtags als Grundlage eines wirklichen Verfassungslebens bezogen, und zum Zeichen der Gesetzmässigkeit dieser Forderung immer von neuem an das von Friedrich Wilhelm III. 1815 gegebene Versprechen mahnten. Als endlich 1848 die Revolution zum Ausbruch kam, und, wofür Jacoby so mannhaft gekämpft, der preussische Landtag und dann der deutsche Bundestag in Frankfurt einberufen worden, zeigte sich Jacoby von dem Gedanken der deutschen Einheit so erfüllt, dass er an den am 22. Mai zusammengetretenen preussischen Landtag die Forderung richtete, zu Gunsten der grösseren, die deutschen Interessen vertretenden Körperschaft zurückzutreten. „Sie haben die Männer Ihres Vertrauens dem Könige zu bezeichnen, diesen Männern als Ministern provisorisch eine unbedingte Vollmacht zu ertheilen, und dann sofort bis zur Beendigung des deutschen Verfassungswerks sich zu vertagen.“ Als die dringendste Aufgabe dieses provisorischen Ministeriums bezeichnet er es schon hier „sofort der Noth der arbeitenden Klasse abzuhelpen“.

Jacoby's historischer Blick sah die Einigung Deutschlands als Grundlage seiner weiteren Entwicklung voraus; sein absolut unbeugsamer Rechtlichkeits- und Freiheitssinn aber lehrte ihn später, auf's Schärfste gegen eine Einigung zu protestiren, die auf Gewalt und politischer Reaktion basirt war.

Es zeigt dies sowohl sein Verhalten nach dem Kriege 1866 wie seine spätere lebhaftere Stellungnahme gegen die Annexion Elsass-Lothringens, die ihm auf Befehl Vogel von Falkenstein's eine wochenlange, widerrechtliche Internirung in der Festung Boyen einbrachte. In einer in Königsberg gehaltenen Rede hatte er damals ausgerufen: „Hat denn Elsass und Lothringen keine Bewohner? Oder sind etwa die Bewohner dieser Länder eine willenlose Sache, die man so ohne Weiteres in Besitz nehmen, mit der man nach Belieben schalten und walten kann? Sind sie durch den Krieg rechtlos, sind sie Sklaven geworden, über deren Geschick der Sieger willkürlich verfügen darf?“

Im Jahre 1849 wurde Jacoby selbst in das Frankfurter Parlament gewählt und nach der theilweisen Auflösung desselben war er unter denen, die an dem sogenannten Stuttgarter Rumpfparlament theilnahmen. Nachdem auch dieses, und damit vor der Hand die deutschen Einheitsbestrebungen völlig gescheitert, und in dem nächsten Jahrzehnt einer immer krasser werdenden Reaktion Thür und Thor geöffnet war, zog sich Jacoby vorläufig gänzlich vom politischen Leben zurück. Er geht von Stuttgart nach Genf, um sich dort in Ruhe seinen Arbeiten zu widmen, wird aber noch einmal mitten in die hocherregte politische Strömung gerissen, als er wegen seiner Theilnahme am Stuttgarter Parlament abermals unter die Anklage des Hochverraths gestellt wird. Auch dies Mal verlässt ihn nicht der ihn stets auszeichnende, persönliche Muth. Direkt aus seinem sichern Asyl eilt er nach Königsberg, stellt sich dem Gericht und übernimmt selbst die Vertheidigung vor den Geschworenen am 8. Dezember 1849. In seiner Vertheidigungsrede sagt Jacoby: „Schon zweimal hat man vordem wegen politischer Vergehen Anklage gegen mich erhoben, in beiden Fällen bin ich nicht von Geschworenen, sondern von den damaligen Gerichten des Landes frei gesprochen worden. Damals habe ich als Publizist das Anrecht des preussischen Volkes auf eine Repräsentativverfassung ausgesprochen — und die nächsten Jahre schon rechtfertigten meine Forderung — im vorliegenden Falle habe ich als Reichstagsabgeordneter das Recht des deutschen Volkes auf ein einiges und freies Deutschland vertreten, und so trostlos sich auch die Gegenwart gestaltet, es wird der Tag kommen, wo man auch dieser Forderung wird Gerechtigkeit wiederfahren lassen.“ Von den Geschworenen freigesprochen, finden wir Jacoby erst 1858 wieder auf dem politischen Schauplatz mit zwei Reden vor den Königsberger Wählern über das demokratische Programm, das noch ausschliesslich die alten, liberalen Forderungen enthält. Jacoby selbst lehnt eine Wahl ab und theilnimmt sich aktiv erst wieder an den politischen Kämpfen, als mit dem Ausbruch des berühmten Militärkonflikts von neuem eine Zeit schwerer, innerer Stürme für Preussen anbricht. Als nach der Verwerfung des Heeres-Reorganisationsplans durch das Abgeordnetenhaus die Regierung denselben widerrechtlich dennoch verwirklichte, stand anfangs die ganze demokratische Partei einmüthig auf Seiten der strengsten Regierungsopposition, die sie bekanntlich durch jahrelang fortgesetzte Budgetverweigerung bethätigte. 1865, als das Reorganisationsgesetz von neuem vorgelegt wird, sagt Jacoby in einer Rede im Abgeordnetenhaus: „Die Militärfrage, d. h. die Frage, ob stehendes Soldatenheer, ob volksthümliche Wehrverfassung? ist — ihrem Kern und Wesen nach — eine durchaus politische, eine Freiheitsfrage. Sie ist gleichbedeutend mit der Frage, ob Preussen nach wie vor ein scheinkonstitutioneller Militärstaat bleiben, oder zu einem wahren Verfassungs- und Rechtsstaate vorschreiten soll.“ Worte, die leider bis heute noch ihre Wahrheit behauptet haben. — Als aber nach dem 66er Kriege ein toller Siegesrausch auch die bürgerliche Welt ergriff, und Preussens Machtvergrößerung zu einem wahren chauvinistischen Taumel führte, da war bald auch ein Theil der liberalen Partei der Abgeordneten in der all-

gemeinen Begeisterung zur Versöhnung geneigt, und als nach 1866 die Regierung den Indemnitätsantrag für ihr ungesetzliches Vorgehen einbrachte, rief Jacoby als einer der wenigen Gesinnungstreuen, denen der Siegesglanz den Blick nicht für die politischen Verhältnisse trüben konnte: „Nicht der Volkspartei, nicht der Freiheit kommt der errungene Sieg zu Gute, sondern dem unumschränkten Herrscherthum, der Machtvollkommenheit des obersten Kriegsherrn,“ und nach Annahme des Indemnitätsantrags 1867: „Für meine Pflicht aber halte ich es, vor Mit- und Nachwelt Zeugniß abzulegen, dass in dem preussischen Volke es noch Männer giebt, die — unbeirrt durch den Glanz kriegerischen Ruhmes — es verschmähen, den Thatsachen unbedingt Rechnung zu tragen, Männer, die nicht gewillt sind, Verfassungsrecht wie Freiheit dem Trugbilde nationaler Macht und Ehre zu opfern.“ — Von dieser Zeit an wendet sich Jacoby's Interesse mehr und mehr von den rein politischen Ideen den sozialen zu. Die Entwicklung des Grosskapitalismus, die eng verknüpft war mit dem allmählichen Untergang selbst der rein politischen Freiheitsideale der Bourgeoisie auf der einen Seite, die immer brennender sich gestaltende Arbeiterfrage auf der andern, trieben Jacoby, dessen Sinn stets nur auf Erkenntniß der Wahrheit und auf geschichtliche Gerechtigkeit gerichtet war, schliesslich der Sozialdemokratie in die Arme. Schon 1868 nennt er die „Arbeiterbewegung den weitaus wichtigsten Charakterzug unserer Zeit“ und bezeichnet als erstrebenswerthes Ziel auf sozialem Gebiet „die Theilnahme Aller an dem allgemeinen Wohlstande, die annähernd gleichmässige Vertheilung der materiellen Güter.“

1870 in einer Rede an die Berliner Wähler steht er bereits gänzlich auf sozialistischem Boden; offen trat er zur Partei im Jahre 1872 über. Die Bedeutung Johann Jacoby's für uns liegt in dieser Bekehrung, der Bekehrung des blossen Demokraten zum Sozialismus.

Johann Jacoby, bürgerlicher Ideolog in wahrstem und edelstem Sinne, ist eine jener Gestalten, die unserer heutigen Generation in ihrer frühzeitigen Reife und nüchternen Blasiertheit fast fremd geworden sind. Der Hang zur Realpolitik, der unter den sozialistischen Akademikern insbesondere vorherrscht, so erklärlich er auch ist als Gegenwirkung gegen den humanitären Phrasenschwall vergangener Jahrzehnte, er führt im Gefolge die Unfähigkeit zu Begeisterung und Aufopferung, ja, den Indifferentismus. Da ist es nöthig, den Blick auf die Vergangenheit zu richten. In Johann Jacoby, wenn uns gedanklich auch eine Welt von ihm trennt, sehen wir ein leuchtendes Beispiel des Dransetzens der Persönlichkeit an die gewonnene Ueberzeugung!

Petra Stockmann.

Zur Reform der ärztlichen Prüfungen.

(Fortsetzung.)

Bei einer Zweitheilung der ärztlichen Prüfung mag man bestehen bleiben, weniger unterm Gesichtspunkt der Erleichterung der ganzen Aufgabe, denn es ist à tout prix daran festzuhalten, dass der Arzt, auch jeder Spezialist, zu einer Zeit wenigstens einmal alle die Grundlehren der gesammten Heilkunde beherrschen soll, als vielmehr in der Auffassung der Vorprüfung als einer Aufnahmebedingung für die klinische Thätigkeit. Es ist für das Verständniß des kranken Menschen unerlässlich, dass zunächst der gesunde Mensch in jeder Beziehung durchstudirt worden ist; schon

um der Patienten selbst willen, die in den Kliniken als kostbares Lehrmaterial zu dienen haben, muss diese Vorprüfung gefordert werden.

Als Erfüllung längst gehegter Wünsche wird man es begrüßen, dass die eingehendere Prüfung in der Anatomie direkt nach dem Lehrgang dieses Faches statt findet, nicht erst am Ende des ganzen Studiums, wenn schon zweiundeinhalb Jahr lang der Gegenstand vom Studirenden nicht mehr systematisch betrieben wurde. Virchow wies vor einem Jahr im preussischen Abgeordnetenhaus auf die heutige Absurdität hin, wo der Studirende sich dreimal, in der Vor-, Doktor- und Hauptprüfung, über Anatomie und Physiologie ausweisen muss. Eine gründliche praktische und theoretische Prüfung nach vier Semestern könnte, wenigstens in der Anatomie, vollauf genügen. Professor Schultze in Jena geht den Schritt weiter, zu verlangen, dass die beiden Fächer ganz aus dem Staatsexamen verschwinden. Denn wenn wirklich Anatomie und Physiologie die Grundlage des klinischen Wissens bilden, so bietet sich im Examen des internen Klinikers, des Chirurgen, des Pathologen, des Hygienikers etc. hinreichend Gelegenheit, die anatomischen und physiologischen Kenntnisse des Kandidaten festzulegen. Muss doch heut schon fast jeder Anatom zugeben, dass in vielen Spezialfragen der Spezialist ihm über ist, so der Neurolog im Bau des Hirns, der Geburtshelfer in der Beckenlehre u. s. f.

Eine Verlängerung der Studienzeit auf 10 Semester möchte im Rahmen der ganzen Neuerung, die verschiedene Prüfungsfächer mehr aufstellt, gerechtfertigt erscheinen. Dann aber dürfte der Zuwachs viel eher für die klinische als für die normale Periode des Studiums von Werth sein. Die Mehrforderungen fallen ja gerade auf Psychiatrie, Kinderkrankheiten, Spezialkliniken u. dgl.; diese Zulage zur klinischen Studienzeit wird auch nicht ausgeglichen durch eine Reduktion der anatomischen Prüfung, selbst auf jenen Universitäten nicht, wo der Anatom, wie zu Breslau oder Heidelberg, im Staatsexamen eine so gefürchtete Rolle spielt, dass die Kandidaten sich Monate lang hinsetzen, um die dickleibigsten Lehrbücher, deren wissenschaftliche Exaktheit oft noch von ihrer saharischen Stiltrockenheit und einer manchmal apokalyptischen Syntaxdrechselung übertroffen wird, mit Theorien und Spezialproblemen mit Haut und Haar, nicht zu vergessen mit dem ganzen Knochen-, Bänder- und Muskelapparat von den Menschenaffen bis zu den Selachiern und dem Amphioxus hinab, verbotinus auswendig zu büffeln.

Einen entschiedenen Fehler geradezu nach der logischen Seite hin bedeutet die Bestimmung, dass das Militärhalbjahr mit der Waffe für das Studium nach wie vor angerechnet werden soll. Verweisen können wir auf die Ausführungen, die hierüber der Strassburger Philosophie-Professor Theobald Ziegler in seinem Buch „Der deutsche Student am Ende des XIX. Jahrhunderts“ gebracht hat. Niemand wird leugnen, dass in der Militärzeit von Studiren keine Rede ist. Wenn nun wirklich vier, oder nach dem Entwurf fünf Semester zur Vorbereitung auf's Vorexamen erforderlich sind, kann man das Soldatenhalbjahr unter keinen Umständen als Studienzeit ansehen. Oder aber, wenn die Militärstudenten in drei bis vier Semestern das Nöthige leisten können, dann muss man diese kürzere Zeit auch den Uebrigen zugestehen, die ohne die störende Unterbrechung gleich ihre gymnasiale Arbeitsübung auf der Universität fortsetzen. Thatsächlich gelang es bis jetzt ohne grosse Schwierigkeit, nach dem Militärhalbjahr mit drei Semestern, vor allem, wenn davon zwei auf den Winter fielen, das Vorexamen zu bestehen, ja in einzelnen Fällen genügten schon zwei Semester zum Ablegen einer guten Vorprüfung.

Wenn man doch einmal einen so grossen Werth auf die Leistungen im Moment

des Examens selbst legen will, dann sollte man überhaupt nicht lange erst darnach fragen, wo die Kenntnisse erworben sind. Mancher junge Mann hat schon während der Gymnasialzeit, wenn auch nicht auf dem Gymnasium allein, eine derartig günstige Gelegenheit, Physik und anorganische Chemie zu lernen, gefunden, dass etwa ein physikalisches Praktikum auf der Universität ihm nichts Neues mehr bieten kann. Trotzdem nun bei der Zulassung zum Examen für alle Kenntnisse ein besonderes Ursprungsattest zu verlangen (II₁), das könnte geeignet sein, die Herren Examinatoren in den Verdacht der Beleggeldschinderei zu bringen.

Die umfassendste Neuerung des Entwurfs findet sich unter I₃ und IV: Nach bestandener ärztlicher Prüfung muss noch ein Jahr an einer Krankenanstalt zugebracht werden. Hier glaubte man vor Allem einem tief gefühlten Bedürfniss entgegenzukommen. Gewiss, das Symptom ist offenkundig, dem man Rechnung tragen wollte, aber das Heilmittel dünkt uns recht verfehlt. Gar viele praktische Aerzte haben es einzeln oder korporativ ausgesprochen, dass sie sich beim Verlassen der Universität noch unfertig und unselbstständig fühlten. Etwas Lampenfieber wird nun freilich bei keinem Beruf zu vermissen sein, aber bei einer so verantwortungsvollen Thätigkeit, wie der des Arztes, ist gewiss eine Reduktion der Unsicherheit mehr erwünscht, als irgendwo anders. Zum Selbstständigwerden also diktirt man dem jungen Arzt ein weiteres Vorbereitungsjahr an einer Anstalt. Wir können den Erwägungen Virchow's hier nur zustimmen, ob es wirklich so ohne Weiteres angängig ist, eine in ökonomischer Beziehung so bedeutsame Erschwerung des Bildungsganges einzuführen. Wir entfernen uns immer mehr von dem natürlichen Menschen, je weiter wir die Grenze setzen, bis zu welcher der junge Mann noch von elterlichen Zuschüssen sein Dasein fristen muss. Dieser Punkt harmonirt mit der Absicht, den Arzt selbstständig zu machen, recht wenig. Wie im Kriegsministerium jeder einzelne Erlass auf die Wirkung, die er der Sozialdemokratie gegenüber ausüben könnte, erst geprüft wird, ist's im Ressort des Justizministers üblich, im gleichen Fall die Judenfrage in Erwägung zu ziehen; sollte das Kultusministerium ähnliche Neigungen verspüren, so sei ihm gesagt, dass jede Vertheuerung des Studiums, wie hier, den israelitischen Theil der Studirenden gegenüber den anderen wohl schwerlich vermindern wird. Die Frage, ob sich wirklich genug, nach der herrschenden Auffassung, geeignete Anstalten finden werden, um die grosse Zahl junger Aerzte aufzunehmen, wollen wir hier nicht weiter erörtern. Jedenfalls aber ist die Thätigkeit als fünftes Rad am Wagen einer internen Anstalt, in der, wie an Universitätskliniken die Regel, Alles in verba magistri schwört, ausserordentlich wenig geeignet, das Gefühl der Selbstständigkeit wachzurufen. Der junge Mann kommt hier weniger dazu, sich eine Auffassung über die einzelnen Kranken zu bilden, als vielmehr die Auffassung des nun in bedrückende Nähe gerückten Chefs der Anstalt in sich zum Dogma erstarren zu lassen. So werthvoll die Beobachtung am Krankenbett ist, die übrigens auch nicht einmal in den vom Entwurf genehmigten Polikliniken geboten wird, so ist doch gerade sie ein Theil des ärztlichen Berufs, der verhältnissmässig am leichtesten durch eigene Thätigkeit erlernt werden kann. Die Medizinalpädagogen verwechseln in ihrer Ueberschätzung der Krankenbett-Beobachtung diese mit der Gabe zu beobachten überhaupt, die das Fundament ärztlicher Thätigkeit darstellt; sie freilich ist auf Grund der heutigen Gymnasialbildung oft unter jeder Kritik gering entwickelt; welche Schwierigkeit macht oft das Erkennen einer perechymatösen Trübung, einer Atrophie u. s. w.! Die Kunst der Diagnose nun wird in geschlossenen Anstalten, wo die Patienten vielfach schon mit ihrer Krankheit signirt eintreffen, manchmal nur recht dürftig geübt. Mit der Therapie sieht es in

den Instituten oft sehr schlimm aus; giebt es doch Kliniken, die sich jahraus jahrein mit einem Dutzend Medikamente abfinden

Diejenigen Gebiete, worin beim Eintritt in's ärztliche Leben noch die grösste Unsicherheit besteht, sind vielmehr Chirurgie und Geburtshilfe. Grössere Operationen werden dem Anfänger wohl nirgends mehr zugemuthet werden, selbst nicht in der Landpraxis. Für kleinere Eingriffe möchte sich freilich Mancher etwas mehr Uebung wünschen; aber diese erlangt er in der Regel und nicht als entwurfsgemässer Ausbilder in einer Klinik, eher kann er sie sich schon als Student durch Famuliren in einer chirurgischen Ambulanz aneignen.

In der Geburtshilfe jedoch wäre eine Aenderung dringend zu verlangen. Darauf aber geht das Projekt nicht ein. In diesem Fach, wo geradezu täglich von ungeübten Aerzten der grösste Schaden gestiftet wird, kann eine bessere Ausbildung unendlich wohlthätig wirken. Manche jungen Aerzte, die in allen 7 Stationen des Examens sich die Nummer I („sehr gut“) errungen haben, gestehen ein, dass sie es nicht riskiren möchten, eine Geburt zu übernehmen. Es ist gegenüber den andern drakonischen Bestimmungen, deren Erfüllung zum Eintritt in's Examen nothwendig ist, geradezu lächerlich, dass der Kandidat nicht mehr als zwei Kreissende in Gegenwart der Lehrer selbstständig entbunden zu haben braucht (III₁). Bekanntlich reduziert sich aber an vielen Gebäranstalten diese Selbstständigkeit auf blosses Zugucken und Protokollführen. Damit ist für die Gewandtheit und Geistesgegenwart des jungen Mannes als Geburtshelfer noch absolut nichts ausgesagt. Wo tritt der Entwurf diesen schreienden Missständen entgegen? Aber auch für diesen wichtigen Punkt lässt sich ebenso wie für die vorhergehenden auf's bestimmteste behaupten und beweisen, dass alles das, was das neugewünschte Praktikantenjahr leisten soll und wahrscheinlich doch nicht leistet, schon auf der Universität erreicht werden könnte, wenn nur hier der Betrieb einige eingreifende, aber keineswegs undurchführbare Modifikationen erfahren würde. Auf einigen grösseren Universitäten, vor allem an den zwei stattlichen Berliner Frauenkliniken sind in der That Einrichtungen getroffen, dass schon der Student eine grössere Reihe von Entbindungen, 20 bis 60, ausführt. Nach mehreren Probegeburten unter Leitung der Professoren, Assistenten und Oberhebeammen wird er zu Geburten in der Stadtpraxis zugelassen, und zwar, falls kein besonders abnormer Fall vorliegt, als Leiter der Entbindung, dessen Anordnungen sich die Hebeamme zu fügen hat, während bei schwierigen Verhältnissen der Spezialarzt von der Klinik sofort zugezogen wird. Dabei kann der Studirende schon selbstständig eine Reihe von Operationen, wie Steissextraktion, Lösung der Abortnachgeburt, ausführen, die an kleineren Universitäten sich die Assistenten der Klinik oft streitig machen. In diesem Punkt zeigen sich die kleinen Fakultäten mit ihrem Stoffmangel als einen direkten Schaden für die ärztliche Ausbildung. Ein besonderer Fehler der kleinen Frauenkliniken liegt noch darin, dass sie trotz ihres knappen Krankenbestands meist noch gleichzeitig als Hebeammenschulen fungiren. Letztere Institution dürfte unter keinen Umständen den ärztlichen Unterricht benachtheiligen und müsste daher durchweg in die Krankenhäuser anderer Städte verlegt werden

Was hierfür gilt, trifft erst recht für die übrigen Fächer zu. Gerade so gut kann auch die chirurgische und innerliche medizinische Ausbildung während der eigentlichen Studiensemester verbessert werden. Aber freilich, eine grosse Anzahl der jetzigen Chirurgieprofessoren füllt die Unterrichtsstunden mit kühnen Operationen aus, die aber, falls nicht die Assistentenschaar auch die Aussicht verlegt, meist nur etwas zum Sehen, aber wenig zum Lernen bieten; es sei denn, dass am Tag drauf der Patholog

eine Demonstration des Präparats von dem betreffenden Fall vornimmt. Wo etwas für die Praxis werthvolles gelernt wird, das sind meist nicht die vornehmen klinischen Stunden der Herren Geheimräthe, die man mehrere Semester mit je 30–50 Mark belegen muss, sondern vielmehr die kleinen Kurse der Dozenten und Assistenten, die aber, da Zeit und Geld auf jene vorschriftsmässige Art verwandt werden, nur geringen Besuch finden. Das bishen Praktiziren, das man sich in den Kliniken bescheinigen lassen muss, ist bisher oft nicht der Rede werth gewesen, und wird es auch, wenn der Entwurf das Wörtchen „fleissig“ in die Scheine drucken lässt, wohl kaum werden. Ganz überflüssig ist es, dass der Entwurf die bisher noch nicht gesetzlich zugestandene Unterscheidung zwischen Auskultanten und Praktikanten einführt. Erstere Einrichtung das Auskultiren, jene Leute, die eine Klinik bezahlen, sie aber nur hörend und emsig nachschreibend besuchen, sollten überhaupt nicht zugelassen werden. Wer in eine Klinik geht, müsste schon eine gewisse Vorbereitung durch Pathologie und diagnostische Kurse mitbringen, dabei aber auch zum Praktiziren verpflichtet sein. So wenig das oft nur ein- bis zweimal im Semester erfolgende Praktiziren auch für's Wissen ausmacht, etwas trägt es immerhin bei, die Befangenheit zu bekämpfen und die Selbstständigkeit zu entwickeln. Ein komischer Lapsus des Entwurfs ist es wohl nur, wenn er von Auskultanten bei Ohren- und Halskrankheiten spricht, bei denen doch ausschliesslich das selbstständige Untersuchen und Sehen Werth hat.

Ausser den praktischen Kursen bei jüngeren Dozenten und dem wegen des grossen Andrangs nicht allzu bedeutungsvollen, aber doch mehr kultivirbaren Praktiziren im klinischen Unterricht lässt sich Selbstständigkeit und Sicherheit auch heutzutage eben trefflich gewinnen durch die fast allenthalben stillschweigend bestehende Einrichtung des Famulirens. Der junge Mediziner geht während eines oder mehrerer Monate täglich eine Reihe von Stunden in die Krankenabtheilung einer Klinik eines anderen grösseren Krankenhauses, oder auch in eine Poliklinik und macht sich dort als Famulus, Amannensis, Hilfs- oder Unterarzt nützlich; er begleitet die Visiten der Assistenten, untersucht die frisch ankommenden Kranken, nimmt chemische und mikroskopische Untersuchungen vor, führt Krankengeschichten u. s. w. Hierbei kann er so viel lernen wie später in dem projektirten Praktikantenjahr, ja infolge der Freiwilligkeit seiner Stellung und des leichteren Uebergangs in die Klinik eines andern Fachs ist das Verhältniss wohl noch erspriesslicher.

Dass das nicht alles zum grössten Teil haltlose Zukunftsmusik ist, beweist unwidersprechlich der Hinweis auf eine längst bestehende, grosse, in dieser Hinsicht bewährte Einrichtung: auf das Friedrich Wilhelms-Institut in Berlin, die sogenannte Péripière. Diese Anstalt will besonders tüchtige Militärärzte ausbilden und gewährt daher gegen geringen Entgelt jungen Leuten Verpflegung und Universitätsunterricht. An sich ist es eine Privilegienwirthschaft ärgsten Stils; es handelt sich dort absolut nicht um unbemittelte junge Leute, denen aufgeholfen wird. Aus wohlhabenden Kreisen treten die Zöglinge in die Anstalt ein, durchweg auf Grund von schwerwiegenden Empfehlungen durch Generalärzte, Excellenzen u. s. w. Reiche Unterstützungen und Prämien in Gestalt von Büchern, Mikroskopen, Bestecken werden ihnen zu Theil. Für's Fortkommen als Arzt wird bestens gesorgt. Vorbildlich jedoch kann die Methode werden, mittels deren ihr Studium den letzten Schliff erhält. Nachdem im 8. Semester das Doktorexamen bestanden ist, treten die jungen Herren offiziell als Unterärzte in eine der vielen Charitékliniken ein, wo ihnen Krankenuntersuchung, Krankenaufnahme, dringende Ordinationen u. s. w. zustehen. Sie nehmen Wohnung in der Charité und haben damit allernächste Gelegenheit zur Beobachtung. In be-

stimmtem Turnus absolviren sie dann während $\frac{1}{2}$ oder $\frac{3}{4}$ Jahres die Hauptfächer, innere Medizin, Chirurgie, Geburtshilfe, aber auch die übrigen Kliniken, für Psychiatrie, Ohrenheilkunde u. dgl. sind ihnen auf Wochen zugänglich. Eine solche Stellung, mit diesen Rechten, mit dieser Vielseitigkeit, leistet mindestens soviel als das vom Entwurf erstrebte Praktikantenjahr, das voraussichtlich nur zwei- bis dreimaligen Wechsel der Anstalt zulässt. Würde das auf's gewöhnliche Studium übertragen, so könnte, zumal wenn das eine Zusatzsemester nicht vor, sondern nach dem Physikum verlegt würde, mehr erreicht werden, als was das neue Projekt aus begreiflichen Motiven in unzulänglicher Weise anstrebt. Die Durchführbarkeit eines solchen Vorschlags möchte angezweifelt werden: aber so gut der Entwurf alle Mediziner direkt nach dem Entwurf in Anstalten unterbringen will, ohne dass im einzelnen dieser Plan schon ausgearbeitet wäre, mag es auch im Jahr vor dem Examen gehen, zumal wenn das Doziorrecht der Ordinarii gegenüber den Leitern der Spezialkliniken etwas modifizirt würde.

(Schluss im nächsten Heft.)

Gewerkschaftsbewegung und politische Aktion.*)

Von Berthold Heymann in Berlin.

Als die sozialdemokratische Bewegung Deutschlands trotz aller ausnahmegesetzlichen Verfolgungen im Laufe der 80er Jahre beständig an Umfang zunahm, tauchte mit grosser Kraft der Gedanke auf, die regelmässige Verbindung zwischen den Arbeiterparteien der verschiedenen Länder durch die Abhaltung internationaler Kongresse wiederherzustellen.

Greifbare Gestaltung erfuhr dieser Gedanke dadurch, dass ein Antrag auf Einberufung eines internationalen Arbeiter-Kongresses auf die Tages-Ordnung des im Jahre 1887 in St. Gallen stattgefundenen deutschen Parteitages gesetzt wurde.

Da von diesem Antrag die zweite „Internationale“ ihren Ausgang nahm, die sich von Kongress zu Kongress immer enger zusammenschloss, so ist es wohl von Interesse, zu untersuchen, ob die Auffassung, welche man zuletzt in London von der internationalen Verbindung der Arbeiterklasse hegte und in Beschlüsse umsetzte, den Voraussetzungen entspricht, unter denen man zur Zeit an die Anbahnung dieser Verbindung ging.

Der Berichterstatter zu diesem Punkt der Tages-Ordnung, Genosse August Bebel, besprach die ihm bekannte Thatsache, dass von anderer Seite ein Arbeiter-Kongress geplant sei, für den aber in Bezug auf die Zulassung der Delegirten gewisse Schranken errichtet werden sollten, und betonte demgegenüber, dass „nach seiner Meinung auf einem solchen Kongress alle Richtungen und Meinungen innerhalb der Arbeiterklasse vertreten sein sollten.“ Diese umfassende Zulassung jeglicher Spezialmeinung entspricht vollkommen der Grundanschauung, wonach die Sozialdemokratie zu betrachten ist als die wirthschaftspolitische Ausdrucksform, die sich die Arbeiterklasse zur Vertretung ihrer Klasseninteressen gegeben hat und keinerlei Vergleich erlaubt mit irgend einer anderen politischen Partei, da keine andere eine so reine und mit anderen Elementen unvermischte Vertretung einer Klasse darstellt. Es ist deshalb die Sozialdemokratie als das Produkt eines ökonomischen Entwicklungsprozesses, der durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgerufenen Klassentheilung, anzusehen, das nicht willkürliche, sondern aus

*) Wir stellen den Artikel zur Diskussion, da uns diese so wichtige Frage mit diesen Ausführungen keineswegs erschöpft zu sein scheint.
Die Redaktion.

bestimmten Gesetzen sich ergebende Gestaltung annahm, sie ist mithin nicht eine Arbeiterpartei mit irgend welchem Programm und irgend welcher Taktik, sondern sie ist die Arbeiterpartei sans phrase, mit allen Rechten und Pflichten einer solchen unbedingten Klassen-Vertretung. Ueber das Programm ist hier nichts zu reden, denn dasselbe hat anerkanntermaassen nichts anderes zu sein, als der Niederschlag der von der sozialistischen Oekonomie gefundenen Entwicklungsgesetze, wohl aber über die Taktik. Die Gestaltung derselben unterliegt so mannigfachen Einflüssen durch den Stand der ökonomischen Entwicklung in den einzelnen Ländern, und in den einzelnen Ländern selbst durch die jeweilige politische Konstellation, dass die Beschlussfassung über die anzuwendende Taktik mit ausserordentlicher Vorsicht zu geschehen hat, damit niemals ein Weg als allgemein gangbar eingeschlagen wird, der nur unter ganz bestimmten Verhältnissen zu dem gewünschten Ziele führt. Ist also in Bezug auf Programm und Ziele der Arbeiterklasse eine möglichst straffe internationale Vereinheitlichung erstrebenswerth und durchführbar, so ist andererseits in Bezug auf die Taktik und Aktionen der Arbeiterklasse eine die jeweiligen örtlichen und zeitlichen Verhältnisse berücksichtigende Dezentralisation als nothwendig zu betrachten.

Eine Berücksichtigung dieser Meinung ist bereits darin zu finden, dass man sich nie darauf beschränkt hat, zu den internationalen Kongressen die Vertreter der einzelnen Arbeiterparteien einzuladen, denen durch die Nothwendigkeit, sich in ihrem Lande als politische Partei zu organisiren, eine gewisse Gleichartigkeit bezüglich der Taktik anhaftet, sondern dass man als selbstverständlich zuzulassende Theilnehmer auch die Vertreter der Gewerkschaftsbewegung ansah, welche naturgemäss unter vollständiger Beiseitelassung der Stellungnahme zu den politischen Parteien, die Vertreter der rein ökonomischen Klassenbewegung des Proletariats sind. Diese Zulassung bedeutet die Anerkennung der Gleichartigkeit der ökonomischen wie der politischen Bethätigung der Arbeiterschaft und die Anerkennung derjenigen Nationen, welche vielleicht gewillt sind, den gewerkschaftlichen Kampf zu betreiben, auf den politischen jedoch zu verzichten.

Diese Auffassung von der Gleichwerthigkeit beider Bestrebungen ist durch den Londoner Kongressbeschluss in einschneidender Weise verletzt worden, welcher sub 2 besagt, dass zu dem kommenden Kongress ausschliesslich einzuladen sind:

„Alle gewerkschaftlichen Organisationen, die, wenn sie sich als solche nicht am politischen Kampfe betheiligen, doch die Nothwendigkeit politischer und parlamentarischer Thätigkeit anerkennen. Anarchisten sind mithin ausgeschlossen.“

Dieser Beschluss bedeutet nichts anderes, als dass die gewerkschaftliche Bewegung und ihre Organisationen von nun ab der Zensur der politischen Partei unterstehen. Er bedeutet die Absetzung des ökonomischen Kampfes von der bisherigen Gleichberechtigung mit dem politischen und eine Ueberschätzung des letzteren in einem Maasse, welches er unserer Auffassung nach entschieden nicht verdient.

Die Waffen, welche im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse zur Anwendung kommen, seien sie nun ökonomischer oder politischer Art, sind nicht Zweck und Ziel, sondern nur Mittel und Wege zur Erreichung derselben, und können deshalb nicht, wie das Ziel selbst, in nahezu dogmatischer Weise ein für alle Mal festgelegt werden. Zu einem Dogma wird aber die politische Aktion dann erhoben, wenn man ihre theoretische Anerkennung auch von denjenigen Organisationen verlangt, welche sich praktisch zur Anwendung der entgegengesetzten Mittel überhaupt nur gebildet haben. Abgesehen davon, dass

vereinsgesetzliche Schwierigkeiten der Stellungnahme der Gewerkschaften zu den politischen Parteien meist im Wege stehen, möchten wir die Hoffnung aussprechen, dass die Gewerkschaften nie daran denken mögen, durch eine positive Anerkennung der politischen und parlamentarischen Aktion sich selbst der Möglichkeit einer wirkungsvollen Thätigkeit zu berauben. Die Gewerkschaften müssen, um erfolgreich auftreten zu können, dahin streben, möglichst alle Angehörigen ihres jeweiligen Berufs zu umfassen und zu den geplanten Aktionen heranzuziehen, ohne auf die persönlichen Ueberzeugungen des einzelnen Mitgliedes Rücksicht zu nehmen, und nur zu verlangen, dass es in dem von der Gewerkschaft geführten ökonomischen Klassenkampf seine Pflicht erfüllt.

Die Gewerkschaften als solche können also garnicht die Nothwendigkeit politischer und parlamentarischer Aktion anerkennen, da ihre Thätigkeit innerhalb der beruflichen Grenzen stattfindet, die politische Aktion aber des Zusammenschlusses des ganzen Proletariats bedarf, das seine Vertretung in der sozialdemokratischen Partei findet.

Es ist mithin auch völlig gleichgültig, ob eine Abstimmung innerhalb einer Gewerkschaft eine theoretische Anerkennung der politischen Aktion finden würde, da ihre Existenz nur in der Nothwendigkeit, ökonomisch zu kämpfen, ihre praktische Berechtigung findet.

Wenn nun die Vertreter der politischen und der gewerkschaftlichen Bewegung sich auf internationalen Kongressen zusammenfinden, so ist es gleichgültig, ob der Vertreter der Gewerkschaftsbewegung theoretisch eine gleiche Stellung zur politischen Aktion einnimmt wie sein Kollege von der anderen Fakultät; denn die Delegirten gelten nicht als Personen, sondern als Beauftragte einer Organisation, mithin haben sie nicht ihre persönliche Meinung zu vertreten, sondern die Interessen der von ihnen vertretenen Organisationen und der von denselben angewendeten Waffen zu vertreten. Der Rahmen, in dem jedoch die Gewerkschaftsbewegung naturgemäss zu verharren hat, und innerhalb dessen nur die Aufgabe liegt, den wirthschaftlichen Widerstand der Arbeiter gegen die Unternehmer zu organisiren und innerhalb der heutigen kapitalistischen Gesellschaft das körperliche und geistige Niveau der Arbeiterschaft zu heben, schliesst die Anwendung anderer Mittel als rein ökonomischer aus. Man begnüge sich deshalb damit, auf internationalen Kongressen von den Theilnehmern zu verlangen, dass sie Vertreter des proletarischen Klassenkampfes sind, gleichviel ob, wenn sie nur ökonomische Waffen anwenden, sie auch Anhänger des politischen Kampfes sind.

Man komme sonst schliesslich dahin, an Stelle der internationalen Arbeiterbewegung eine internationale politische Partei zu organisiren, womit den Interessen des kämpfenden Proletariats wohl kaum gedient ist.

Die Aerztin.

Von J. N. Potapenko in Petersburg.

Die Dämmerung nahm zu. Das grosse, von einer hohen, steinernen Mauer umgebene Krankenhaus überragte die kleinen Vorstadthäuser mit seinen vielen Fenstern, durch welche von innen ein mattes Licht schimmerte.

Stratanow war in einer Droschke vorgefahren und fragte den Pförtner ohne abzusteigen:

„Nun, zu Hause?“

Der Pförtner sollte offenbar wissen, von wem die Rede war, und er bewies sofort, dass er es wusste.

„Zu Hause,“ erwiderte er, indem er sich von der Bank erhob und ehrerbietig die Mütze abnahm. „Sie waren lange nicht hier, Alexei Nikolajewitsch,“ setzte er hinzu, in Anbetracht dessen, dass Stratanow, der sonst täglich kam, sich die letzten drei Tage nicht hatte sehen lassen.

„Und hier ist Alles beim Alten?“ fragte Stratanow, während er den Kutscher bezahlte.

Natürlich, Alles in Ordnung.“ Der Pförtner öffnete das Thürchen und liess Stratanow ein.

Vor dem Hauptgebäude war ein Gärtchen angelegt, in welchem zwischen etwa zehn Akazien einige Georginen, Rosen- und Fliedersträucher wuchsen. Die Zweige hatten sich in zartes Frühlingsgrün gekleidet. Ein schmaler, mit gelbem Kies bestreuter Pfad war zu beiden Seiten von feinem Grase eingefasst.

Er näherte sich dem Haupteingang. Der Portier in Livrée erhob sich und stürzte ihm mit der offenbaren Absicht, ihm den Paletot zu entreissen, entgegen. Aber er dachte an den düstern, feuchten Korridor, den er noch durchschreiten müsste, und wies ihn zurück. Zur grösseren Sicherheit wiederholte er auch hier seine Frage:

„Ist Klaudia Michailowna zu Hause?“

„Eben hat sie ihren Rundgang beendet,“ antwortete der Portier.

Stratanow wendete sich nach rechts und trat in die enge, von mehreren Gasflammen schwach beleuchtete Gallerie, die an einen Tunnel erinnerte. Seine Schritte wiederhallten dampf unter der runden Wölbung, von welcher das Wasser in dünnen Streifchen an den ungestrichenen Wänden herabsickerte. Die Luft war mit Feuchtigkeit gesättigt. Stratanow's Herz begann jedesmal langsamer zu schlagen, wenn er diesen Korridor durchschritt, der nur in einem Staats- oder Gemeindegebäude möglich war.

Rechts befand sich eine hölzerne Treppe. Er stieg zwei Stockwerke hinauf und blieb vor einer Thür stehen, an welcher ein kupfernes Schild mit der Aufschrift: „Dr. med. Klaudia Michailowna Obolonskaja“ angebracht war. Stratanow lauschte, bevor er läutete. Ein Durcheinander verschiedener Stimmen und der Schall fröhlichen Lachens, verbunden mit einer Art wilden Kicherns, bewies ihm, dass die Wohnung voller Gäste sei.

„Heute wie immer!“ dachte er ärgerlich, und seine dichten, etwas herabhängenden Brauen zogen sich streng zusammen. Er lauschte und erkannte in dem Redegewirr die Bassstimme des Chirurgen Benewolsky, diejenige des Seminarlehrers Ripenikow, der in so singendem Tone sprach, als hielte er Messe, die Stimme der jungen Schustowa, welche im Begriffe stand, auf die Universität zu gehen, und diejenigen zweier armenischer Studenten, Gorelin und Etschmiadsoff. Alle sprachen durcheinander und Alle waren lustig, denn sie fühlten sich dort zu Hause.

Nur die Stimme Klaudia Michailowna's hörte er nicht. Wahrscheinlich war sie in die Küche gegangen.

Es war, als wenn Etwas seine Hand von der Glocke zurückhielt. Wäre es nicht besser, umzukehren? Es ging ja Alles recht fröhlich zu. Er war vier Tage nicht hier gewesen, und das hatte weiter keine bösen Folgen gehabt. Heute früh hatte er ein Zettelchen von ihr bekommen: „Wo bleiben

Sie? Ich langweile mich ohne Sie. Es ist schmachvoll, sich der Praxis soweit hinzugeben, dass man die Freunde darüber vergisst. Kommen Sie!“ Das war auf einem Stück Papier, mit schnell hingeworfener Handschrift und, höchst wahrscheinlich, inmitten der Unterhaltung geschrieben. „Ohne Sie langweile ich mich!“ Nun, das war Unsinn, davon war nichts zu merken. Im Gegentheil, hier ging es sehr lustig zu wie immer.

Aber nach Hause zu gehen, nachdem er bis zur Thür gelangt war, wäre dumm. Nein, zum letzten Male mochte es sein. Es lag auch zu viel Unausgesprochenes zwischen ihnen. Er nahm gehorsam Theil an all' diesen lustigen Gesellschaften, die keine Spur in seiner Seele hinterliessen, und sie glaubte wirklich, dass ihm das gefiele, und dass er die Sache ansähe wie sie und die Anderen alle — — — das musste aufgeklärt, dem musste ein Ende gemacht werden.

Er läutete. Merkwürdig, dass Klaudia Michailowna selbst in's Vorzimmer hinausging, um die Thür zu öffnen.

„Sehen Sie, ich fühlte, dass Sie es wären,“ sagte sie, ihm mit ihren grossen, dunkeln, lachenden Augen, die von langen, dichten Wimpern beschattet waren, gerade in's Gesicht sehend.

„Sie fühlten es? Wie äusserte sich das?“ fragte er, und in seiner Stimme klang Ironie durch.

„In Herzklopfen“, erwiderte sie lachend. „Warum liessen Sie sich nicht sehen?“

„Bei Ihnen ist es zu lustig“, antwortete er, den Umstand benutzend, dass noch Niemand aus dem Empfangszimmer herausgekommen war.

„Und Sie ziehen Langeweile vor? Ein merkwürdiger Geschmack! Jetzt gehen Sie aber in's Zimmer! Ich muss in die Küche.“

Sie verschwand. Gross und schlank, in ihrer Haltung fast zu gerade, gleichsam herausfordernd, mit den grossen, charakteristischen, scharf gezeichneten Zügen ihres dunkeln Gesichts, voll Energie und Kraft, die sich in jeder ihrer Bewegungen, in dem Ton ihrer Stimme, im Blicke, zeigten, wirkte sie auf ihn wie ein frischer Luftzug in der Schwüle eines heissen Sommertages. Und jetzt, nachdem er drei Worte mit ihr gewechselt und die Wirkung ihres offenen, durchdringenden Blickes empfunden hatte, verstand er schon nicht mehr die Stimmung, die auf der Treppe, vor der geschlossenen Thür, über ihn gekommen war, noch die Gedanken, die sich vor einem Augenblick in seinem Kopfe gedrängt hatten. Die Furchen auf seiner Stirn verschwanden; auf seinen Lippen, unter dem dichten, schwarzen Schnurrbart spielte ein Lächeln, und ihrem Befehle folgend, trat er in's Empfangszimmer. Dort fand er die alten Bekannten, deren Stimmen durch die geschlossene Thür zu ihm gedrungen waren. Die glänzende Glatze des Chirurgen Benewolsky machte zugleich mit seinem breiten, behaarten, komischen Gesicht eine halbe Drehung, beide Studenten kamen aus verschiedenen Ecken auf ihn zu, der Lehrer Ripenikow nickte ihm mit seinem hellen, getheilten Bärtchen zu, die Schustowa lächelte ihn an, während sie fortfuhr, eine Zeitschrift durchzusehen, und dazu erklang ein allgemeines „Ah!“, welches Vergnügen über sein Erscheinen und einen Vorwurf wegen seines langen Ausbleibens ausdrückte. Kurz, diese Leute freuten sich über sein Kommen und betrachteten ihn offenbar als einen der Ihrigen.

Benewolsky schrie sofort los:

„Ah, Kollege! Freue mich sehr, Sie zu sehen. A propos, erzählen Sie mir von der Patientin, die ich Ihnen schickte.“

„Von welcher Patientin?“

„Von der mit den vierzehn Krankheiten, der Gutsbesitzerin . . .“

„Sie haben sie also geschickt?“

„Na wer denn? Sie sind ja unser Botkin! *) Ich sage auch Allen; Gehen Sie doch zu Stratanow, er ist unser Botkin. Nein, im Ernst, Ihre Diagnose verblüfft mich manchmal. Ich bin doch wahrhaftig ein geriebener Kerl, aber manchmal wühlt man und wühlt man in den Krankheiten, und begreift absolut nicht, wo eigentlich die Sache steckt . . . Sie aber haben eine Art Spürsinn. Was fanden Sie bei ihr?“

Stratanow nahm Platz und fing an, die Diagnose der Patientin, die Benewolsky ihm geschickt hatte, darzulegen. Der alte Chirurg hörte ihm aufmerksam zu und schüttelte zustimmend den Kopf. Er hatte diese Kranke einige Wochen hindurch studiert und war zu keinem Resultate gekommen. Stratanow beleuchtete nun plötzlich die Sache so, dass Alles klar wurde, und die vierzehn Krankheiten standen auf Kommando in Reih und Glied und folgten unwiderlegbar aus einander.

„So, so! —“ rief Benewolsky aus und sperrte die Augen immer weiter auf. „Ihr da, junge Leute! Lernt vom Kollegen . . . Uebrigens, das läßt sich nicht lernen, das ist eine Himmelsgabe. Klaudia Michailowna,“ — er wandte sich an die eintretende Wirthin — „Stratanow gefällt mir. Erinnern Sie sich an die Gutsbesitzerin? Wir haben es mit ihr auf jede mögliche Weise versucht, ohne Erfolg . . . Er dagegen . . . Hören Sie nur!“

Klaudia Michailowna blieb stehen und blickte mit unverhohlenem Vergnügen auf Stratanow. Es berührte sie angenehm, wenn man ihn lobte, und besonders, wenn Benewolsky es that, dessen Meinung sie hochhielt. Stratanow hatte unter den Gouvernementsärzten nicht wenige Feinde. Das war selbstverständlich. Er praktizierte erst seit zehn Jahren, war erst vor acht Monaten hergekommen, und schon musste man sich bei ihm den Tag vorher einschreiben lassen, um heranzukommen. Das Publikum des Gouvernements liebte es, sich Götzen zu schaffen, welche es bald von ihrer Höhe herabstürzte. Von Stratanow sagten aber sogar seine Feinde, dass er Talent habe. Dennoch wollte Klaudia Michailowna seine Erklärung nicht hören.

„Nachher, nachher“ — sagte sie, „im Esszimmer zischt der Eierkuchen mit kleinrussischer Wurst. Das ist nicht weniger wichtig.“

Alle stimmten lärmend zu, erhoben sich und gingen fröhlich lachend in's Esszimmer. Dort war es etwas eng, aber sie fanden doch Platz an dem kleinen, runden Tisch. Benewolsky schenkte sich und den Studenten Brantwein ein. Stratanow trank nur ein Gläschen und dankte für mehr. Er war heute überhaupt ernst und zurückhaltend. Man erklärte ihm, warum sie alle hungrig seien. Man hatte Klaudia Michailowna mittags eine Kranke gebracht, und erst vor zwei Stunden hatte die Geburt stattgefunden. Benewolsky hatte eine Operation gemacht, und die Studenten, die sich für krank ausgaben, um ihre Examina bis zum nächsten Jahre zu verschieben, hatten derselben bei-

*) Berühmtester russischer Arzt.

gewohnt. Ripenikow musste nach der Schule noch eine Privatstunde geben. Die Schustowa hatte einfach vergessen, dass Zeit zum Essen war. Da nun Stratanow alles rechtzeitig gethan hatte, dankte er auch für den Eierkuchen mit der kleinrussischen Wurst. Dieser Lärm reizte ihn überhaupt. Er hatte heute eine bestimmte Absicht, und jeder der Anwesenden schien ihm eine Störung und ein persönlicher Feind.

„Schade, dass Sie gestern nicht kamen“, sagte Klaudia Michailowna zu ihm, indem sie mit fast ungewöhnlich gesundem, fröhlichem Appetit dem Essen zusprach. „Wir fuhren so prächtig mit dem Dreigespann und besuchten den lustigen Krug.“

Unwillkürlich wanderten Stratanows Augen von ihr zum Studenten Etschmiadsoff, welcher gerade mit offenbar verliebten Blicken auf die Wirthin schaute. Die Fahrt mit dem Dreigespann, „Der lustige Krug“, ein theures vorstädtisches Restaurant — das alles arrangirte er natürlich, der einzige unter Klaudias Bekannten, der über grosse Mittel verfügte. Alle Uebrigen waren arm, der Artillerist Arkanow mit eingeschlossen, der wunderbarer Weise nicht hier war. Benewolsky war geizig, und erlaubte sich natürlich solch eine Ausgabe nicht, und Ripenikow unterstützte beinahe ein Dutzend Verwandte.

„Es war lustig, sagen Sie?“ fragte Stratanow, ihr gerade in die Augen sehend.

„Sehr, sehr lustig! Wir fuhren um elf Uhr abends fort und kamen um zwei zurück.“

„Ich bin froh, dass ich gestern nicht zu Ihnen kam.“

„Warum?“

„Ich sagte Ihnen ja. Ich habe es nicht gerne, wenn es zu lustig hergeht.“

Klaudia Michailowna blickte ihn streng an, und fing dann, wie um ihm zu trotzen, mit Etschmiadsoff zu sprechen an.

„Nicht wahr, wir fahren auch heute?“

„Mit Wonne!“ erwiderte der Armenier, und sah sie zugleich mit unaussprechlichem Entzücken an.

„Haben Sie soviel freie Zeit?“ fragte Stratanow sarkastisch.

„O ja! In meiner Abtheilung ist Alles in Ordnung. Wir sind im Frühling, die Nächte sind herrlich, es zieht einen auf's Land hinaus. Man muss aus Holz sein, um im Zimmer zu bleiben . . . Meine Herrschaften, wer kommt mit?“

Es meldeten sich der Student Gorelin und die Schustowa, welche auch jetzt, zerstreut ihren Eierkuchen essend, fortfuhr, die Artikel durchzusehen, indem sie über den Teller hinweg in das an die Karaffe gelehnte Buch blickte. Ripenikow musste den ganzen Abend Hefte korrigiren, was er mit tiefer Trauer mittheilte. Benewolsky sagte, er könne nicht, er habe einen Kranken. Da läutete es, und herein kam sporenklirrend Arkanow. Man begrüßte ihn mit Freudengeschrei. Er küsste der Wirthin die Hand und drückte die Hände der Uebrigen. Auf den Vorschlag, auf's Land hinauszufahren, ging er sofort ein. Er hatte einen hohen Wuchs, einen dichten, röthlichen Schnurrbart und prächtige Zähne. Die nach oben gestrichenen Haare beschatteten eine hohe, gerade Stirn. Seine Manieren waren ruhig und zurückhaltend und er sprach abgebrochen, ein wenig durch die Zähne und leicht ironisch.

„Da sehen Sie, wie zugethan ich Ihnen bin, — vierundzwanzig Stunden konnte ich ohne Sie nicht leben!“

„Etschmiadsoff sagt dasselbe“, erwiderte lachend Klaudia Michailowna.

„Und ich beschwöre es sogar!“ bestätigte Etschmiadsoff, mit seinen schwarzen Augen blinzelnd.

„Gorelin, nehmen Sie einen Bleistift und multiplizieren Sie vierundzwanzig mal vier.“

„Wozu?“ fragte der Student.

„Ich brauche es.“

„Das kann ich auch ohne Bleistift.“ Er hob den Kopf und dachte einige Sekunden nach. „Sechsendneunzig.“

„Oho! Das geht an! Ich wollte wissen, wieviele Stunden Stratanow ohne mich leben kann.“

Sie sah ihn dabei nicht an. Stratanow zog mechanisch die Uhr und sah zerstreut hin, ohne jedoch die Zeiger zu erkennen.

„Haben Sie Patienten?“ fragte sie ihn. „Sie eilen?“

Und in ihrer Stimme hörte er etwas Feindliches.

„Nein“, erwiderte er, „aber da Sie die Stunden zählen, will ich wissen, wie lange ich noch bei Ihnen bleiben kann. Sie fahren ja aus.“

„Ich habe Sie auch aufgefordert.“

„Ich fahre nicht.“

Etschmiadsoff hatte unterdessen mit Gorelin gesprochen, sie erhoben sich und erklärten, dass sie das Dreigespann besorgen wollten. Ripenikow verabschiedete sich, und eilte mit seinen Heften fort. Die Uebrigen begaben sich in's Empfangszimmer. Stratanow hielt Klaudia Michailowna im Korridor an und sagte, seine Stimme senkend:

„Ich bin bereit zu gehen, wenn Sie es wünschen. Vorher aber bitte ich Sie um eine Viertelstunde.“

„Mit mir allein?“ fragte sie mit einem Anflug von Lächeln.

„Ja, natürlich.“

„Aber Sie werden mich nicht tödten? Sie haben solch einen verhängnisvollen Blick und Ton.“

„Nein, ich werde Sie nicht tödten.“

„Gut, kommen Sie,“ sagte sie, indem sie die Thür zum Empfangszimmer öffnete. „Meine Herrschaften, ich muss mit Stratanow sprechen! Bleiben Sie sitzen!“ rief sie im Vorbeigehen der Schustowa, Benewolsky und Arkanow zu. Aber diese achteten offenbar gar nicht darauf. Die Schustowa hatte sich in ihren Artikel versenkt, und Benewolsky setzte sich mit dem Artilleristen an's Schachbrett.

Sie ging weiter in das kleine Zimmer, welches sie zu Privatempfangen benutzte. Stratanow folgte ihr und schloss die Thür hinter sich. Sie setzte sich und sagte:

„Nun? Seien Sie kurz. Ich habe Gäste.“

„Ich werde kurz sein. Aber ich brauche eine halbe Minute, um meine Gedanken zu sammeln.“ Er setzte sich nicht, sondern blieb am Fenster stehen, dem er den Rücken zukehrte. „Sehen Sie — ich werde vom Ende anfangen. Ausserdem wissen Sie es, obgleich ich nie darüber sprach.“

„Was?“

„Dass ich Sie liebe.“

Sie schüttelte den Kopf.

„Das ist nicht wahr!“

„Nein, es ist wahr!“

„Sie können mich nicht lieben.“

„Nein, ich liebe Sie — ich habe strenge geprüft.“

„So, Liebe mit strenger Prüfung! Bei Ihnen ist Alles streng

Worin bestand denn Ihre Prüfung? Sie können die Nächte nicht schlafen?“

„Meinetwegen, auch das.“

„Es zieht Sie fortwährend hierher? Sie sind ein wenig zerstreut, wenn Sie mit Ihren Patienten zu thun haben? Es ist Ihnen unangenehm, wenn ich zu irgend Jemanden liebenswürdig bin? Sie möchten mir nahe sein, meine Hand drücken, sie küssen? . . .“

„Nun ja! nun ja!“

„Ha, ha, ha, ha! O — o! Dasselbe empfinden Etschmiadsoff und Arkanow; sie haben es mir tausendmal erzählt.“

„Was geht mich das an? Gleiche ich etwa denen? Ich zweifle nicht daran, dass sie mit gierigen Augen auf Sie blicken; aber was wollen diese Herren . . . diese . . . Thiere . . , welche Sie nur als Frau begehren?“

„Und Sie?“

„Ich begehre Sie, ich brauche Sie, als Mensch, als Freundin, als vertrautestes Wesen.“

„Und als Frau nicht?“

„Selbsverständlich ja Aber Sie spielen vergebens mit diesen Worten. Sie wissen selbst sehr gut, dass ich mit jenen nicht zu vergleichen bin. Die erstreben ein gewisses Ziel, um es nachher bei andern Frauen wieder zu erstreben; ich aber bin Ihnen von Herzen ergeben — meine Ergebenheit wird das ganze Leben anhalten.“

„Mit einem Worte, jene wollen mich für eine Zeitlang besitzen, Sie für das ganze Leben. Das heisst, Ihre Ansprüche sind grösser. Das ist Alles.“

„Sie sehen wirklich die Sache so an, Klaudia Michailowna?“

„Immer.“

„Sie erkennen also die Liebe nicht an?“

„Im Gegentheil. Ich erkenne sie vollkommen an. Ich sehe nur keinen Grund, damit zu prahlen, dass Sie stärker lieben und infolgedessen im Stande sind, länger zu lieben. Daraus folgt durchaus nicht, dass eine Frau Ihnen gehören muss, und keinen Andern. Sie können sich nur auf Ihre grossen Vorzüge stützen. Aber wollten Sie denn etwa gerade davon reden? Mir scheint, dass es nicht nöthig ist, mich zu überzeugen, dass ich Sie Etschmiadsoff und Arkanow vorziehen sollte. Es ist ganz klar, dass ich Sie auch ohnehin Allen auf der Welt vorziehe.“

„Ja?“ rief er aus und that zwei Schritte auf sie zu . . . „Und dieses Vorziehen? Wie nennen Sie das? Was ist das für ein Gefühl?“

„Ach! brauchen Sie durchaus einen Namen? Nun, meinerwegen — Liebe.“

„Sie lieben mich?“

„Ja.“

Dieses so einfach, ohne Einleitung, ohne Gedankenstriche und ohne Stocken abgelegte Geständniss, welches ihr nur fast unmerklich die Wangen färbte, verblüffte ihn. Einen Augenblick verlor er die Fassung. Die Umgebung passte so wenig zu einer solchen Erklärung. Wenn er sein Gespräch damit anfang, so war es begreiflich: er hatte schon mehr als einmal von seinen Gefühlen gesprochen. Sie aber hatte niemals weder ja, noch nein gesagt, sie hatte stets darüber hinweggeschertzt. Es war ihm vorgekommen, als ob sie mit ihm spiele, und er war hergekommen, um ihr zu sagen, dass die Ungewissheit ihn ermüde, dass sein Gefühl offenbar von ihr nicht erwidert werde, und das er es deshalb vorziehe, sich zu entfernen. Und jetzt erklärte sie ihm plötzlich, dass sie ihn liebe.

Er beherrschte sich, schob einen Stuhl an den Tisch, und setzte sich.

„Klaudia Michailowno, die Sache ist zu ernst, um so darüber zu sprechen,“ sagte er in starker Aufregung.

„Warum glauben sie, dass sie zu ernst ist?“ fragte sie.

„Mir scheint, das bedarf keiner Erklärung.“

„Gewiss bedarf es einer, sobald eine solche Meinungsverschiedenheit auftaucht.“

„Das ist doch klar: Es ist eine Lebensfrage.“

„Für mich nicht. Tausend Dinge sind ernster. Wirklich!“

„Glauben Sie?“

„Oh, ich bin davon überzeugt! Die kommen doch nicht jeden Tag vor.“ In diesem Augenblick klopfte Jemand an die Thür.

„Was giebt's“ fragte sie, und stand auf.

„Das Dreigespann steht vor dem Thor,“ rief Etschmiadsoff durch die geschlossene Thür.

„Sofort!“

„Wie, Sie fahren doch?“ fragte Statanow erstaunt.

„Selbstverständlich! Ich versprach es ja. Ausserdem möchte ich furchtbar gern fahren. Wollen Sie nicht mitkommen?“

Statanow stand auch auf und sagte sehr erregt:

„Ja, jetzt sehe ich, dass Sie Recht haben. Ihnen ist es wirklich nicht ernst.“

„So ernst, wie es mir überhaupt möglich ist. . . . Aber warum sind Sie böse?“

„Ich bin nicht böse, aber das kränkt mich im tiefsten Herzen“, versetzte Statanow, seine Aufregung zu beherrschen suchend, „ich wollte Ihnen das schon lange sagen. Sie sind eine durch Geist, Talent und Charakter hervorragende Frau, Sie gehören zu den einigen Hunderten in der ganzen Hälfte der Menschheit, welche eine solche Stellung errungen haben. — Sie sollten sich einen grossen Namen erwerben, etwas Bedeutendes thun. Dennoch, verzeihen Sie mir, sind Sie leichtsinnig wie ein Kind; Sie umgeben sich mit inhaltslosen, unbedeutenden Menschen, füllen ihr Leben mit oberflächlichen Neigungen aus und finden Freude an leichten Siegen über Leute, welche nicht Ihren kleinen Finger werth sind; Sie können auf die Ausführung einer kleinen Caprice in dem Momente nicht verzichten, wo es sich um ein ganzes Leben, wenn nicht um das Ihrige, so doch um dasjenige eines Menschen handelt, der Ihnen unendlich ergeben ist. Sie be-

eilen sich gleichsam, trotz Ihrer Ausnahmestellung, allen Schwächen der weiblichen Natur Ihren Tribut zu zahlen; mit einem Worte, Sie sind oberflächlich, im höchsten Grade oberflächlich . . . das thut mir weh.“

Und er legte die Hand auf die Brust, wie um den Schmerz zu lindern. Sie lächelte bitter.

„Da sehen Sie, ich hatte Recht. Ich sagte, dass Sie mich nicht lieben können. Sie kennen zu genau alle meine Fehler. Nun, seien Sie trotzdem nicht böse Man kann ja einen Menschen nicht dafür züchtigen, weil er so ist und nicht anders. Seien Sie nicht böse, Alexei Nikolajewitsch.“

Sie fasste mit der linken Hand die Thürklinke, während sie ihm die Rechte entgegenstreckte.

„Und, so fahren Sie also doch?“ fragte er, ihre Hand ergreifend.

„O ja! Warum denn nicht? Ich müsste Sie fragen, warum Sie nicht fahren.“

„Auf Wiedersehen also! Ein solches Gespräch wird sich nicht mehr wiederholen. . . . Ich werde an mir arbeiten und es wird vergehen . . . um so eher, als Sie mir so gut dazu helfen.“

„Wenn Sie wüssten, wie schade das ist! . . . Ihr Ernst streift an Härte, Alexei Nikolajewitsch,“ erwiderte sie, und in ihren Augen schimmerte ein Ausdruck wie Traurigkeit; die Thür öffnend, fügte sie hinzu: „Bleiben Sie noch ein Weilchen!“ Er hatte keine Zeit zur Antwort. Schon ertönte aus dem Empfangszimmer ein Durcheinander von Zurufen: Benewolsky hätte Arkanow matt gemacht, das gemiethete Dreigespann wäre prächtig, und die Nacht verspräche unvergleichlich zu werden.

(Schluss im nächsten Heft.)

—> Rundschau. <—

Aus der Zeit.

Ein internationaler Kongress für Frauenwerke und Frauenbestrebungen hat in der Woche vom 20.—27. September in Berlin stattgefunden. Wir kommen auf die interessanten Verhandlungen in unserem nächsten Hefte zurück.

Von den Hochschulen.

Berlin, September 1896. Das neue Direktorium der Akademischen Lesehalle befindet sich bereits längere Zeit in Amt und Würden, hat aber bislang nur äusserst geringe Spuren seiner Thätigkeit hinterlassen. Von den eigentlich grundlegenden Forderungen des „Reform-Comité's 1896“ ist auch nicht bei einer einzigen der Versuch einer Verwirklichung gemacht worden.

Eine der wichtigsten war die Aufnahme der studirenden Frauen als ordentliche Mitglieder. Abgesehen von ihrer praktischen Bedeutung, sollte sie demonstrieren, wie man in der Studentenschaft gesonnen sei, sie sollte der engherzigen Reaktion gewisser Professorenkreise gegenüber das volle Verständniss der studirenden Jugend für die unabweislichen Bestrebungen der neuen Zeit darthun. Aber das war wohl ein zu kühnes Hoffen. Gleich nach der Aufregung der Wahlen erlosch der heilige Eifer, das Programm legte man mit der Miene der Selbstverständlichkeit ad acta, von irgend welchen Emanzipationsgelüsten war keine Rede mehr, an eine Aufnahme der Frauen als Mitglieder ist garnicht zu denken, die blosse Zulassung als Hospitantinnen wird nicht einmal gestattet,

ja, kürzlich wurde eine Dame zurückgewiesen, die sich lediglich eine Tageskarte lösen wollte zu einmaligem Besuch der Lesehalle.

Der andere und bedeutsamste Programmpunkt des Reform-Comité's, die geheime Proportionalwahl zum Direktorium, ist gleichfalls in Vergessenheit gerathen. Und die Durchführung dieser Forderung hätte die an sich ziemlich belanglosen Wahlen zu einer demonstrativen Aktion gestalten können!

Nicht die einzelnen gewählten Mitglieder des Direktoriums sind schuld an dieser Wirthschaft. Es ist psychologisch erklärlich, dass die Kandidaten ihre Aufgabe nicht so besonders ernst nehmen. Eine Wahl, die durch kompromittirende Kompromisse zu stande kam, ist in der That nicht geeignet, das Feuer der Ueberzeugung, den Glauben an eine Mission wachzurufen. Und schliesslich sind diese studentischen Sachen doch solche Lappalien, dass wir es den Kommilitonen nicht verargen können, wenn sie nach der Wahl mit aller Seelenruhe die Lesehalle Lesehalle sein liessen. Das aber muss betont werden: selbst aus derlei kleinen Dingen kann etwas Grösseres uns erstehen. Und wenn wir den Geist auch nur des kleinsten Theiles der Studenten kennen lernen, das ist uns sehr viel. Der Sozialismus braucht nicht die Intelligenz als Klasse, er braucht sie nur als Individuen. Nur die Qualität ist für ihn wichtig, die Masse ist ihm gleichgiltig. Und deshalb müssen wir darnach streben, dass uns hier die Möglichkeit geboten wird, für unsere und nur für unsere Sache einzutreten. Und wenn dies dank unserer akademischen Freiheit bei einer öffentlichen Wahl nicht geht, so sehen wir zu, dass sie geheim wird. Eines müssen wir lernen: nur kein Paktiren mit bürgerlichen, mit nationalen oder liberalen Elementen, mögen sie auch vom Schlage der „Volks-Zeitung“ sein. Wir brauchen keinen Kandidaten-Handel, kein Kooperations-Feilschen; wir wollen nur Anhänger werben für die Sache des Sozialismus!

C.

— Es existirt auch eine Thierärztliche Hochschule zu Berlin. So wenig oder gar nichts über geistiges Leben an derselben auch zu berichten ist, weder der Herren Professoren, noch in Sonderheit der Studirenden, die zum grössten Theil unter dem Bann des Schlägers und Bierkruges stehen, auch dann, wenn sie

nur aus Mangel an Geldmitteln ehrfurchtsvoll dem Treiben der narbengeschmückten Couleurb Brüder aus der Ferne zuschauen dürfen, so verlohnt es sich doch der Mühe, einmal zu prüfen, ob der Staat die Hochschule in Hinsicht auf Räumlichkeiten, Utensilien, Lehrmaterial und Hygiene in der Weise ausgerüstet hat, wie es sich ziemte. Nun, wenn schon über unwürdige Zustände in der Universität geklagt wird, so kann bei uns geweint werden. Das Hauptgebäude weist zwei Hörsäle auf, die sich mancher Lehrer als Schulzimmer zu benutzen weigern würde. Die Bänke daselbst knarren vor Altersschwäche so entsetzlich, dass man für sein Leben fürchtet. Die nähere prähistorische Einrichtung dieser Räume zu beschreiben, würde einige Spalten kosten. Wie steht es nun mit dem Anatomiegebäude? Das sieht gerade so aus, als wolle es im Vergleich mit dem der Mediziner, das ihm gegenüber liegt, seinen antiken Stil zur Geltung bringen. Ein Hörsaal, zu allen anderen Dingen, nur nicht zu diesem Zweck geeignet; rings um den Tisch, auf dem die Präparate liegen, zwei Reihen von Schemeln mit vier, drei und zwei Beinen, je nachdem es den Beinen passt; oben kann man natürlich nichts sehen. Und nun der Präparirsaal? Das kann man doch kaum Fenster nennen, was in ihn so spärlich Licht hineinlässt, dass man in der Mitte des Saales wie ein Blinder am Präparat herumtastet, wenn man es nicht vorzieht, bei Gaslicht zu arbeiten. Was Ordnung und Sauberkeit anlangt, so war bis jetzt davon keine Spur vorhanden. Man geht nicht zu weit, wenn man sich den Ausdruck gestattet, es war eine gewaltige Schweinerei. Das Schönste an der Sache ist: die Abfallkammer, in die die angefertigten unbrauchbaren Präparate wandeln, liegt dicht neben dem Präparirsaal. Was für ein Geruch dort herrscht, kann man sich vorstellen. Die Leitung geht ja jetzt in andere Hände über. Hoffen wir auf Abstellung dieser unwürdigen Zustände. Ein neues Institut ist das pathologische, aber was für eines! Man sollte meinen, den Saal für die mikroskopischen Uebungen hätten Schildbürger gebaut. Nicht einfache, nein doppelte Fenster mussten eingesetzt werden mit Fensterkreuzen, so dick, dass man sich dahinter verstecken kann. Trotz aller Anstrengungen in der Handhabung des Hohlspiegels am Mikroskop gelingt es den in der zweiten Reihe Sitzenden sehr oft nicht, das so nothwendige Licht für die Untersuchung

zu bekommen. So etwas passiert in einem neuen Institut. Wieder konnte man der Versuchung nicht widerstehen, an einer Seite einen Aufbewahrungsraum für Kadaver zu errichten. Die fauligen Gase, die diesem Raum entsteigen, machen sich manchmal in so lästiger Weise im Auditorium bemerkbar, das darüber liegt, dass die Fenster geschlossen werden müssen. Künstliche Ventilation giebt es nicht — so weit sind wir noch nicht — man athme die Kohlensäure geschwängerte Luft zwei bis drei Stunden ein. Die Lehrmittel für die Demonstration fehlen zum Theil, zum Theil sind sie der Hochschule unwürdig. Ist es nicht eine Schande, dass uns angehenden Thierärzten in puncto Zahnkunde der Pferde, deren Kenntniss für Bestimmung des Alters wichtig ist, nur fragwürdige Fragmente einer Gebissammlung gezeigt werden können, weil noch nicht das nöthige Geld bewilligt worden ist, um eine vollständige zu erwerben? Manche Wandtafeln sind schon so verbraucht, dass sie zum Anzeichnen fast unbrauchbar sind. Einen Projektionsapparat zum Entwerfen von Bildern kennt man gar nicht. Es wäre wirklich der Mühe werth, eine Broschüre über die mittelalterlichen, kulturwidrigen Zustände an der Hochschule zu schreiben und sie dem Landtag zum Studium zu überweisen, damit die nothleidenden Herren Agrarier, die dort thronen, etwas besser für angehende Thierärzte, die sie doch ganz gut gebrauchen können, sorgen.

Bern, August 1896. Hier ist seit dem 25. Juli ein Medizinerstrike ausgebrochen; die Professoren wollten ihre Vorlesungen gesetzmässig am 1. August schliessen. Die Herren Kandidaten der Medizin dagegen boykottirten die Kliniken vom 25. Juli ab; wahrscheinlich hat die Arbeiterschaft mit dem Bierboykott ansteckend gewirkt. Ein gleicher Vorlesungsstrike, der in Zürich am thierärztlichen Institut droht, hat dort zur Zurückziehung obligatorischer Ferienkurse beigetragen. Vielleicht führt die med. Fakultät auch bei uns ihre Drohung, die vor dem 1. August abtestirten Semester — mit Erlaubniss des hohen Erziehungsrathes — nicht anzurechnen, in Nachahmung des thierärztlichen Beispiels, nicht aus. A. G.

Breslau, August 1896. Die nicht-inkorporirte Studentenschaft hat in diesem Sommer-Semester wieder einmal ernsthafte Versuche gemacht, sich zu organisiren. Nachdem die im vorigen Semester ausgearbeiteten Statuten die Genehmigung

der Universitätsbehörden erlangt hatten, wurde in einer Versammlung am 6. Juli die so überaus wichtige Frage des Chargirens bei festlichen Gelegenheiten endgiltig gelöst. Nach längerer Debatte einigte man sich in der Weise, dass zu allen derartigen Anlässen drei Vertreter in Halbwichs (Barett, Schärpe, Schläger) entsandt werden sollten; als Farben wurde Weiss und Gelb (die schlesischen Farben) gewählt. Die Deckung der Kosten erfolgt durch freiwillige Beiträge. Das Fehlen einer energischen Vertretung der nicht-inkorporirten Studentenschaft hat sich schon bei verschiedenen Gelegenheiten schwer gerächt; das geringe Interesse aber, welches seitens der beteiligten Kreise dem Versuche einer strafferen Organisation entgegengebracht wird (in einigen Versammlungen war fast nur der Vorstand anwesend), und die übertriebene Sorgfalt bei der Behandlung solch wichtiger Fragen, wie derjenigen des Chargirens bei festlichen Gelegenheiten, lässt auch die gegenwärtigen Bemühungen als ziemlich aussichtslos erscheinen.

Frauenstudium.

Weibliche Advokatur in der Schweiz.

In dem neuen Züricher Gesetzentwürfe, betr. die Ausübung des Anwaltherufes, hat die Klausel keine Aufnahme mehr gefunden, welche in dem alten Gesetze Frauen von der Vertretung vor Gerichten ausschloss. Ein dahin lautender Antrag war vom schweizerischen Vereine Frauenbildungs-Reform gestellt worden, und dessen Berücksichtigung wird nunmehr, sobald der Entwurf angenommen ist, dazu führen, dass unter Erfüllung der sonstigen Vorbedingungen die Advokatur den juristisch gebildeten Frauen in gleichem Maasse frei steht, wie den Männern. D. F.

In der Mathematik zeichnen sich die studirenden Frauen Englands ganz besonders aus. Gegenüber 74 männlichen Studenten haben in Cambridge 14 weibliche ehrenvolle Auszeichnungen erhalten, wengleich die alte Universität ihnen immer noch den Grad einer B. A. hartnäckig verweigert. Die englischen Frauen scheinen, wenn man dieser Angabe eine Bedeutung beilegt, etwas anders geartet, als die Mehrzahl ihrer Geschlechtsgenossinnen, von denen man annimmt, dass mit wenigen, um so bedeutenderen Ausnahmen, der Mangel an Abstraktions- — und hauptsächlich an Konzentrationsvermögen sie zu einem ersten Erfassen einer rein mathematischen

Disziplin zur Zeit weniger geeignet erscheinen lässt.

C. F.

Von unseren Professoren.

Prof. Dr. Waggener hat in einer sehr bemerkenswerthen Rede die mit den weiblichen Studirenden an der Universität gemachten Erfahrungen behandelt. „Mag auch ein Unterschied bestehen zwischen der geistigen Arbeit der Männer und der der Frauen: Wir, an unsrer Universität, stimmen in dem Urtheil überein, dass gerade die weiblichen die fähigsten und geschicktesten Studenten sind. — Durch die Studien erhalten sie das Gefühl der Sicherheit und Unabhängigkeit, und es steht dann in ihrer freien Wahl, zu heirathen oder nicht; für eine intelligente Frau muss es etwas Demüthigendes haben, dass ein Mann sich sein Leben nach Belieben gestalten kann, während sie gezwungen sein soll, in der Ehe ihr Heil zu suchen. Unter allen anderen Vortheilen, welche die Frauen dadurch erlangen, dass sie mit den Männern zusammen studiren, ist vielleicht einer der wichtigsten der, dass die Frau den Mann kennen lernt.“

Professor Waggener ist Dozent an der Universität Texas!

D. F.

Litteratur.

Arkadij Schirjaeff: S. M. Stepniak Krawtschinski. Eine politisch-biographische Skizze. — Verlag der „Russischen Zustände“, Zürich 1896.

In der Einleitung erzählt uns der Verfasser den Tod Stepniak's, und weist auf den ungeheuern Verlust hin, welchen die russischen Revolutionäre des In- und Auslandes erlitten. Er schildert uns jene Samstage im Hause Stepniak's, wo jeder ehrliche und ideenreiche Mensch so entgegenkommend empfangen wurde, wo er immer eine gewählte Gesellschaft fand, bestehend aus Russen, Engländern, Deutschen, Italienern, Franzosen, nicht selten auch Amerikanern, aus der politischen und litterarischen Welt. — Es steigt vor mir jetzt das Bild auf, wie Krawtschinski auf dem Stuhle sitzt, den Kopf auf die Hand gestützt, und geradeaus mit seinen klugen, bis in's Tiefste der Seele eindringenden Augen den Gast ansieht. Geht aber das Gespräch auf Russland über, so verwandelt sich Stepniak vollständig . . . aus seiner ganzen muskulösen, kräftigen Figur guckt noch mehr als gewöhnlich Muth und überhaupt eine Art von herrischer Natur heraus. Der Beobachter fühlt unwillkürlich diese enorme Kraft, die Un-

beugsamkeit der moralischen Grundsätze, eine vor nichts zurückschreckende Tapferkeit und diesen klaren, objektiven Geist!

Schirjaeff giebt uns sodann in kurzen Zügen eine eingehende Darstellung von Stepniak's Leben und Wirken, wobei die wichtigsten gleichzeitigen revolutionären Zeitereignisse ausreichend beleuchtet werden. Im Anhang finden wir ein Verzeichniss von Stepniak's Schriften, welches neben den grösseren Werken des Autors auch eine Menge journalistischer Arbeiten aufführt. Das Verzeichniss soll noch vervollständigt werden, enthält aber heute bereits eine Anzahl Angaben, für welche Jeder, der mit Stepniak näher bekannt werden will, Schirjaeff Dank wissen wird.

F. G.

Graf Leo Tolstoi: Nikolaj Palkin, Verlag der „Russischen Zustände“, Zürich 1895.

Palkin (Stockheld) war der Spitzname des Zaren Nicolaus, weil unter seiner Regierung beim Militär die Stockprügel eine so furchtbare Rolle spielten. Tolstoi lässt einen alten Soldaten hierüber erzählen: „Die Unteroffiziere schlagen die jungen Soldaten todt. Mit der Faust, mit dem Gewehrkolben, wohin man traf, wurde zugeschlagen, auf den Kopf oder die Brust, so dass er starb. Eine Untersuchung wurde nie eingeleitet. Die Vorgesetzten notirten dann einfach: „er starb durch Gottes unabänderlichen Beschluss“ — und damit war die Sache erledigt.“ Das Spiessruthenlaufen wird uns geschildert, wie der Delinquent halb todt zusammenbricht, der Arzt das Einstellen der Hiebe befiehlt, der Sträfling im Lazareth geheilt wird — um geheilt den verbliebenen Rest seiner Strafe zu empfangen, und so ein, zwei, oder noch mehr Mal, wobei er nur zu oft während der Exekution, oder bald darauf an ihren Folgen stirbt.

An diese Schilderungen knüpft dann der Verfasser die Bemerkung, die Stockschläge, das Spiessruthenlaufen wären zwar vorüber, aber nur die Form der Greuel habe sich verändert; die Greuel beständen fort: „300 000 zu Kerker und Strafbataillonen verurtheilt, an Leib und Seele gebrochene Menschen sterben, eingesperrt in enge stinkende Räume, eines langsamen Todes. Tausende sitzen in den Festungen und werden entweder im Geheimen von den Gefängnisdirektoren ermordet oder durch Einzelhaft zum Wahnsinn gebracht.“ Die Schilderung arbeitet hier zu sehr mit allgemeinen Angaben; bestimmte Daten wären wirksamer gewesen. Wenn der

Verfasser nun auf die allgemeine Dienstpflicht zu sprechen kommt, diese mit der ehemaligen gewaltsamen Bauernwerbung vergleicht und unter dem Rufe „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“ zum Militärstrike auffordert, so halten wir dies für kein Mittel, den Militarismus und Absolutismus zu überwinden (der auch zu erschüttern. So interessant die Einzelheiten der Schrift sind: im Grossen und Ganzen läuft alles wieder, wie fast stets bei Tolstoi, auf praktisch gänzlich werthlose Humanitätsgefühle heraus, welche durch den theologisirenden Stil erst recht unangenehm wirken. F. H.

Arthur Holitscher: Weisse Liebe. Ein Roman aus dem Quartier Latin. Albert Langen's Verlag, München, Leipzig, Paris 1896.

Der Roman spielt in Paris im Quartier latin; das ist schon vielversprechend; mit dem Begriff des Quartier latin verbindet sich unwillkürlich die Vorstellung jener Bohème, die uns Murger so köstlich geschildert. Man erwartet eigenartige, stark-individualistische Menschen. Statt deren bietet uns der Verfasser eine blut- und leblose Gestalt eines jungen Dichters (wenigstens hält der junge Mann sich selbst für einen solchen), der an einer nur halb erwiderten Liebe zu Grunde geht. Nur halb-erwidert nämlich insofern, als die Angebetete, Nadeshda, unserem jungen Poeten, ihre erste Liebe, zwar von ganzer Seele liebt, aber einen Andern, einen robusten Spanier, von ganzen Sinnen. Daher kann sie mit dem jungen Dichter nicht glücklich werden, und mit dem Spanier nur physisch geniessen, während sie psychisch nach ihrem Ideal, ihrer eigentlichen Liebe, verschmachtet. Auch sonst ist die junge Dame ein aussergewöhnliches Wesen; sie glaubt berechtigt zu sein, sich für eine natürliche Tochter Liszt's zu halten, weshalb sie sehr schön Klavier spielen kann. Und das Ende vom Liede: sie geht zu Grunde, er stirbt.

Für so verfehlt ich auch den ganzen Roman halte, muss ich doch das Problem, welches der Verfasser künstlerisch lösen wollte, noch mit einigen Worten erörtern. Weisse, blutleere, kraftlose Liebe will der Verfasser jene Zuneigung zu einem Wesen des anderen Geschlechts nennen, welche mit der Seele, aber nicht gleichzeitig mit den Sinnen begehrt. Diesen unlegbar beim gereiften, sexuell-erfahrenen Mann und wohl auch im gleichen Falle beim Weibe vorhandene Konflikt durfte der Verfasser aber nicht in die Seele eines noch

reinen Mädchens legen, welches zum ersten Male liebt. Ein solches Mädchen liebt mit Begierde, mag diese auch nicht vom ersten Tage an bewusst sein. Manche Einzelheiten des Buches sind inhaltlich und formell gut; als Ganzes macht der Roman aber einen schwächlichen, decadenten Eindruck. F. H.

Edmond und Jules de Goncourt: Germinie Lacerteux. Der Roman eines Dienstmädchens. Einzigatorisirte Uebersetzung von Emma Adler. Verlag der Ersten Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand). Wien 1896.

Ueber das Buch selbst, welches die Brüder de Goncourt im Jahre 1864 veröffentlichten, heute noch zu referiren, ist überflüssig. Der Versuch, das Werk dem Arbeiterpublikum zugänglich zu machen ist jedenfalls eine verdienstliche Arbeit, obwohl meiner Ansicht nach die französische Litteratur seitdem sehr Vieles geboten hat, was der Uebersetzung eher werth wäre. Darüber will ich auch nicht mit der Uebersetzerin rechten, dass sie gerade dieses Buch übersetzt hat, aber, wie sie es übersetzt hat. Nicht nur ist der Styl durchweg ungemein trocken, nein, es sind neben einer Menge Sprach-Härten auch eine recht beträchtliche Anzahl Sprach-Fehler vorhanden, z. B. „niemand Fremder“, „ich hab' sie einigemal begegnet“ und dergl. mehr; „gichtig“ und „Interessen“ für „Zinsen“ ist auch nicht gerade schön. Germinie Lacerteux hätte eine bessere Uebersetzung verdient. F. H.

Felix Wolchowski: Unter der „Gnade“ eines jeden Beamten. Verlag der „Russischen Zustände“, Zürich 1896.

Der Verfasser tadelt, dass man bei der Betrachtung des Exillebens der russischen Verbannten „vorzüglich und fast ausschliesslich bei den physischen Bedingungen und bei den Fällen physischer Gewalt“ verweile. Er weist darauf hin, das, was den „politischen“ so elend mache, auch wenn er physisch nicht zu leiden habe, sei das Bewusstsein, den Launen eines jeden der meist ungebildeten und rohen sibirischen Beamten unterworfen zu sein. Wolchowski erzählt einige Beispiele; in erklärlicher Weise treffen in den meisten Fällen psychischer und physischer Druck zusammen. Seine Absicht vor allem, das psychische Elend der Verbannten zu schildern, vermag der Verfasser eben aus dem genannten Grunde nur unvollkommen auszuführen. F. H.

Almanach der „Russischen Zustände“.

Verlag der „Russischen Zustände“, Zürich 1896.

In einem Artikel „Zur Lage der Presse im modernen Russland“ wird die „systematische Korruption und Diskreditirung des gedruckten Worts — die Aufstellung einer von Grund aus verlogenen Publizitätscoullisse beklagt, die höchstens mit Potemkin's taurischen Dorf-Coullissen verglichen werden kann. Ueber die kleinsten Vorkommnisse im Ausland berichtet die russische Presse mit grösster Peinlichkeit, während über die Geschehnisse in Russland selbst ein geheimnissvolles Schweigen gewahrt wird. Die censurgeschwärtzten ausländischen Zeitungen sind immer noch ausgiebiger an Mittheilungen aus Russland, wie die „censurfreien“ inländischen Blätter. Am Schluss fordert der Verfasser zur Gründung eines freien ausserhalb Russlands erscheinenden Pressorgans auf. Ein zweiter und dritter Artikel behandelt die Stellung der Katholiken in Russland und die sogenannte Arbeiterfreundlichkeit des Zaren. Den Schluss des Heftes bildet eine sehr gute Uebersetzung einer von A. J. Herzen 1853 in französischer Sprache veröffentlichten Biographie Puschkins. In kurzen Zügen giebt uns der Verfasser eine treffliche Darstellung des grossen russischen Dichters.

Revueu.

Es gereicht uns stets zu besonderer Freude, wenn wir auf hervorragende Leistungen unseres lieben Bruderorganes, der „Akademischen Blätter“ eingehen können. So hat in No. 11 ein Herr stud. med. W. Lenz einen Aufsatz uns geschenkt, der wirklich unsere ehrliche Bewunderung verdient. Es wird uns da auf nicht ganz vier Spalten eine solche Menge komprimirter Unwissenheit geboten, wie sie für ein ganzes öffentliches Kolleg eines vollen Semesters, das beispielsweise von Herrn Oldenburg gelesen werden sollte, vollauf ausreichen würde.

„Glauben und Wissen“ ist das Thema, und Herr Lenz führt den überzeugenden Nachweis, dass, da wir ja eigentlich doch nichts wissen, wir ebenso gut schon alles glauben können, was man uns erzählt.

Es ist wahr, die Wissenschaft ist für den wirklich nach Wahrheit Ringenden klein genug, und von dem, was absolut feststeht, wenn auch nur für menschliches Denken, ist nicht viel vorhanden. Wir wissen eben alle sehr wenig; Herr Lenz aber übertrifft uns hierin insgesamt; er

ist entschieden universal, denn er bewegt sich auf allen Gebieten gleich sicher. Er zeigt uns, wie schlimm es in der Mathematik um den Begriff der Potenz a^0 steht. „Man suche sich folgendes vorzustellen: $a^0 = 1$, d. h., wenn ich eine Zahl keimmal, garnicht mit sich selbst multipliziere, so wird eins daraus. Einen grösseren Unsinn giebt es wohl kaum, und doch ist diese Rechnung das Endergebniss einer vollständigen, logischen mathematischen Erwägung“ (pag. 145). Die Definition der Potenz als „Produkt von lauter gleichen Faktoren gilt natürlich nur für ganze positive Exponenten. Mit der Einführung anderer Exponenten (der Null, negativer, gebrochener u. s. w.) muss diese Defination selbst erweitert werden; dies geschieht nach dem Prinzip der Fortsetzung, die Symbole werden so gedeutet, dass die Giltigkeit der Operationen bestehen bleibt; der neue Begriff wird also festgelegt durch gewisse rechnerische Merkmale, aus denen sich in den speziellen Fällen, von denen man ausging, die spezielle Bedeutung wieder ergibt. Es ist vielleicht nicht zu verlangen, dass bei der zumal in den Prinzipien mangelhaften Art des mathematischen Unterrichtes auf unseren Gymnasien Herrn Lenz dergl. Dinge bekannt sein sollen. Andererseits aber: ignorantia non est argumentum. Aehnlich geht es Herrn Lenz bei dem Kampf gegen den Begriff ∞ (Unendlich).

„Noch trauriger steht es mit der Chemie“. Herr Lenz kämpft gegen den Begriff des Atoms, indem er als der 100te die Entdeckung macht, dass ein kleinstes Theilchen undenkbar ist, da die Theilbarkeit ideell stets fortgesetzt werden kann. Aber, Herr Lenz, unter Atom versteht man doch nicht ein absolut kleinstes Theilchen, sondern dasjenige Theilchen eines Elements, welches für sich nicht bestehen kann, sondern gezwungen ist, Verbindungen einzugehen! Die Annahme der Existenz solcher Theilchen ist allerdings eine Hypothese, aber man muss sie doch zunächst verstehen, ehe man über sie den Stab bricht. Freilich, noch sind Sie zu solcher Kenntniss nicht verpflichtet, Herr stud. med. Lenz, aber Sie werden sie ja doch sehr bald brauchen, zum Physicum!

Ferner machen Herrn Lenz die Grundprobleme von Kraft und Stoff sehr zu schaffen; vor Allem quält er sich mit der Frage: „Was ist die Materie und woher stammt sie?“ Darauf wird in der That zur Zeit Niemand Antwort ertheilen

können. Wenn man noch in jenen niederen Triften des Gymnasiums weilt, in denen das „Mit-Sie-angeredet-werden“ als ein in weiter Ferne schwebendes Ideal erscheint, sucht man wohl mit aller Kraft den Atheismus zu bekämpfen, von dessen Existenz einige schlecht bewachten Bücher Einem Kunde gegeben, und der Einem als eine dämonische Macht erscheint, welcher man aber, wie man dunkel ahnt, doch nicht entrinnen kann. Und dann findet man wohl die Erlösung, wenn man darauf kommt, dass das erste Entstehen ohne Gott ja gar nicht erklärt werden könne. Später schwindet leider auch diese Zuversicht, wenn man merkt, dass das Entstehen Gottes ja ebenso räthselhaft ist, und man mit seiner Einführung nichts gewonnen, sondern statt einer Unbegreiflichkeit nunmehr deren zwei hat. Und so ist es, Herr Lenz! Die letzten Räthsel sind unaufgeklärt und werden es noch eine Weile bleiben. Und Sie brauchen durchaus nicht die Geister von Cartesius, Geulinx und Malebranche — Sie meinen doch wohl diese Denker, wenn Sie von der Zirbeldrüse oder dem Gleichniss von den beiden Uhren reden? — zu beschwören, um dies zu beweisen. Aber es kommt eben darauf an, die Anzahl der Willkürlichkeiten zu verringern, nicht, sie zu vermehren!*)

Und das Resultat des Ganzen? Nun, Herr stud. Lenz meint, da wir ja doch nichts Sicheres wissen, so sollten wir uns „um so eher bescheiden, ein kategorisches Nein über Dinge auszusprechen, die ganz glaubwürdige Leute erzählen, die an der Verbreitung von Erfundenem gar kein Interesse haben“, nämlich über „die Wunder der Bibel“. Da muss ich dem Kommilitonen durchaus beistimmen; es ist sein gutes Recht, an das zu glauben, was ihm gefällt. Und ich hätte gar nichts dagegen, wenn er etwa mit dem seligen Atta Troll annehmen sollte:

„Drohen in dem Sternenzelte,
Auf dem goldnen Herrscherstuhle,
Weltregierend, majestätisch,
Sitzt ein kolossaler Eisbär.“

*) Ich will hier einschalten, dass ich keineswegs jenem platten Materialismus das Wort rede, der Alles bestreitet, was er nicht sieht, und für dessen „Aufgeklärtheit“ Alles ein Unsinn ist, was sich den bisherigen Erfahrungen noch nicht anpasst. So ist z. B. der sog. Spiritismus keineswegs aus dem Grunde schlankweg zu negiren, weil er allen Sinnesbeobachtungen widerspreche. Die Möglichkeit des einstweilen Unerklärlichen ist überall zuzugeben; die nähere Begründung ist, so lange logisch Unannehmliches nicht gegeben wird, Sache von gewissen Wahrscheinlichkeits-Erwägungen.

Ich will auch gern zugeben, dass Herr Lenz durch „Glauben“ reichlich ersetzt, was ihm an „Wissen“ vielleicht mangeln sollte. Unser liebes Bruderorgan thut durchaus gut daran, solche erbaulichen Betrachtungen an die erste Stelle seiner Darbietungen zu setzen. In den Reihen der Kämpfer für die heiligsten Güter der Nation muss vor allen Dingen die Religion herrschen, denn, wo diese nicht ist, da könnte man bald dahin kommen, auch die Heiligkeit anderer Institutionen, z. B. des Privateigenthums, zu bezweifeln und am Ende gar Sozialdemokrat werden. Wie wichtig diese erste Voraussetzung ist, sieht man gleich in dem dritten Aufsatze desselben Blattes ein. Da erzählt uns Herr Dr. Wendland, dass Moltke in den Septennatskämpfen den Ausspruch gethan habe: „Der Krieg ist ein Element der von Gott eingesetzten Ordnung.“ Wer sollte noch vor dieser Ordnung Respekt empfinden, wenn er vor Gott selbst keinen hat? C.

Im Gegensatz zu unserm heimischen Professorenthum, welches seine edelste Aufgabe in dem Kampfe für Thron und Altar zu erblicken geneigt und daher an Sozialistentödlern so überaus reich ist, haben die akademischen Lehrer in anderen, vornehmlich romanischen Ländern des Oefftern gezeigt, dass sie unabhängig von hohen Staatsbehörden offen das bekannten, was ihre Einsicht als richtig sie lehrte, und sich nicht scheuten, als Lehrer der Jugend die revolutionäre Idee des Sozialismus ihr zu verkünden. Die Réclus, Denis, Labriola, Ferri, Unamuno haben uns die Achtung vor dem Professorenthum wieder eingeflößt, die die Treitschke, Delbrück, Dippe, Pfeifferer, du Bois-Reymond so gründlich zerstört hatten. Freilich, auch drüben giebt es „Professorales“. Davon habe ich mich heute überzeugt, als ich im September-Heft der „**Deutschen Revue**“ den Aufsatz „Die ethische Seite des Sozialismus“ von Prof. Giuseppe Fiamingo in Rom las. Das günstige Vorurtheil, mit dem ich an die Lektüre ging, musste bald schwinden, denn die Verständnisslosigkeit und trotz aller Citaten-Anmerkungen geringe Kenntniss des Herrn Professors wäre selbst für Herrn Dippe zu gross. Schält man aus den unzähligen Umhüllungen den Kern heraus, so hat man die alte Weisheit, dass die Sozialisten „mit beneidenswerther Beharrlichkeit“ eine Gleichheit anstreben, „die dem innersten Wesen der menschlichen Natur widerspricht“. Also der Sozialismus, der doch lediglich den ökonomisch gleichen

Boden schaffen will für die freie Entfaltung der Individualität, der gerade die Ungleichartigkeit der menschlichen Veranlagung zu ihrem Recht kommen lässt, indem er die die Schranken entfernt, die ihr entgegenstehen, indem er die natürliche Auslese der Besten herbeiführt, die heute durch die günstigere materielle Position der Inferiorität gehemmt wird, dieser Sozialismus soll „alle natürlichen Verschiedenheiten der einzelnen Menschen ignorieren oder uns höchstens vorreden, dass daraus nur Schaden und Unterdrückung folge!“ Nach einigen recht konfuseu Vergleichen mit dem Christenthum kommt Herr Prof. Fiamingo zu dem Schluss, dass der Sozialismus dadurch, dass er die Reichen und Sparsamen zu Gunsten der Armen fortgesetzt plündert, zu einer allgemeinen Verelendung der ganzen Gesellschaft führen müsse. „So wie sie heute vor uns steht, ist die sozialistische Moral die Moral jener grossen (freilich auch künstlich vermehrten) Zahl von blinden Egoisten, die nicht sehen, dass sie sich selber bereichern müssen, sondern die glauben, sich zu bereichern, indem sie das kleine Häuflein der Wohlhabenden berauben. Der Sozialismus ist das Ideal des Schmarotzerthums.“ Bravo, Herr Professor! In China würde Ihnen der Mandarinenorden IV. Klasse sicher sein.

Wäre es nicht wirklich an der Zeit, eine internationale Prüfungsordnung für Professorats-Aspiranten aufzustellen?

C.

In dem von Natorp herausgegebenen „Archiv für systematische Philosophie“ (Berlin, Reimer) untersucht Ludwig Stein im 2. Hefte des II. Bandes die „Wandlungsformen des Eigenthumsbegriffs“; im Gegensatz zu Professor Gumpowicz, der das Eigenthum als „soziale Thatsache“ ansieht, geht er von der richtigeren Auffassung des Eigenthums als „sozialen Entwicklungsprodukts“ aus und versucht nachzuweisen, dass der Eigenthumsbegriff sich zwar formal immer schärfer ausprägt, in dem er auf Dinge aufgewandt wird, die früher ausserhalb seines Bereiches standen, dass seine Rechtsauffassung sich aber gleichzeitig immer psychologischer gestaltet, d. h. sich den bestehenden Verhältnissen anpassend seine Starrheit verliert und in seinem Inhalt fortgesetzt beschränkt wird. Insbesondere muss das individuelle Eigenthumsrecht überall da weichen, wo es mit dem sozialen Empfinden kollidirt. Es tritt dies besonders zu Tage, wenn man die Entwicklung des Verhältnisses

von Person zu Person betrachtet. Bei dieser Beweisführung offenbart sich der humanitär-bürgerliche Ideenkreis des Autors. Er nimmt stillschweigend eine gleichzeitige Entwicklung des Begriffs im gesammten sozialen Leben an und folgert daraus, dass das hierdurch modifizierte Empfinden als besondere und in sich gefestigte Macht in die realen Zustände eingreifen könne, dass demzufolge jenes allgemeine Empfinden den Kampf aufzunehmen habe mit Fiktionen; so z. B. meint er: „Unterfängt sich eine solche Idee, den empörenden wirtschaftlichen Zustand von verzweifelter Konkretheit herbeizuführen, wonach Diejenigen, die am wenigsten arbeiten, das Meiste haben, und die das Meiste hervorbringen, am wenigsten besitzen: dann ruft das mächtig angeschwollene soziale Empfinden dieser Idee ein gebieterisches Quousque tandem zu“ (pag. 269). Man sieht den Grundirrtum, der diese an sich logische Folgerung hinfällig macht. Nicht das einheitliche Empfinden steht der Idee gegenüber, sondern der Gegensatz der Interessen ruft einen Gegensatz des Empfindens hervor, so dass de facto die Interessen mit einander in Kampf gerathen, der seinen Ausdruck findet in der Entwicklung.

Nicht das soziale Empfinden der Gesammtheit stellt sich dem Rechtsbegriff entgegen, sondern das soziale Empfinden einer Klasse dem der andern. Dieser Irrthum einer „humanisirten“, aber bürgerlichen Anschauungsweise macht es begreiflich, dass der Autor dem „angeblichen Lohnsklaven“ vorwirft, er vergesse, dass er „den weltgeschichtlichen Uebergang von Sache zu Person vollzogen“ und als „freier Vertragschliessender seinem Brodherrn gegenüberstehe“, und schliesslich sich zu dem Ausspruch versteigt: „Der unheimliche Mangel an Autoritätsglaube, der düstere Zug der dumpfen Unzufriedenheit, der durch die Massen geht, finden ihren peinlichen Ausdruck in der krassen Undankbarkeit gegen das Errungene“ (pag. 261). Was den ganzen Aufsatz interessant macht, ist, dass wir wieder einmal sehen, wie auch in nichts weniger als revolutionären Köpfen der Glaube an die Ewigkeit und „Rechtmässigkeit“ der herrschenden Grundprinzipien unserer Gesellschaft, der Religion, der Monarchie, der Ehe und Familie, vor allem des Eigenthums, sich verflüchtigt bei leidenschaftloser Betrachtung der variablen menschlichen Natur.

C.

In der „Freien Bühne“ (August) findet sich ein Artikel über „Die soziale Frage

der oberen Klassen“ von Dr. Franz Oppenheimer, dem Verfasser von „Freiland in Deutschland“. Dieser Schriftsteller steht etwa auf dem Standpunkte Hertzka's in Bezug auf das Ideal einer sozialistischen Wirtschaftsweise. Im Gegensatz zu jenem sucht es dieser aber nicht durch Koloniebildung, sondern durch gewerkschaftliche Emanzipation vom Privatkapital zu erreichen. Natürlich würde, wie er meint, die Verwirklichung seiner Ideen sehr erleichtert werden, wenn sie von einem grösseren Theile der besitzenden Klassen unterstützt würden. Deshalb liegt ihm daran, nachzuweisen, dass auch die Bessersituirten ein Interesse an der Durchführung des Sozialismus oder — Sozialliberalismus haben. Zum Beweise führt er Folgendes an: Abgesehen von einem verschwindend kleinen Bruchtheile der Bevölkerung, der vermöge eines grossen Renten-Einkommens über alle wirtschaftlichen Kämpfe erhaben ist, leiden auch die eigentlichen Kapitalisten so sehr unter dem aufreibenden Wechsel von Hausse und Baisse, Krisis und Blüthe der Gewerbe, unter der jährlich anwachsenden Gefahr der relativen Ueberproduktion und des Verschwindens der Konsumenten vom Markte, dass nur ein Klassenvorurtheil und eine Unkenntniss der sozialistischen Oekonomie sie zu Vertheidigern der kapitalistischen, regellosen Produktion und des zur Unterkonsumtion zwingenden Lohnsystems machen kann. Freilich giebt es im sozialistischen Wirtschaftssystem keinen Stand der Unternehmer; aber man ist doch nicht Unternehmer, um Unternehmer zu sein, sondern um eines höheren Einkommens willen! Und „aus der nach Fortfall der künstlichen Grenze ungeheuer gesteigerten gesammten Produktionsmasse“ würden sie bei sozialistischer, wenn auch nicht kommunistischer Organisation für ihre qualifizierte Arbeitskraft zum grossen Theile mehr „einnehmen“ als heute, wo noch dazu von ihrer auf dem Papiere stehenden Einkommensziffer ein wesentlicher Theil für Reklame, Geschäftskosten und die heute stets nothwendige Betriebsvergrösserung abgezogen werden muss. Zu diesen rein materiellen Verhältnissen kommen dann die gewaltigen Vorzüge, die der Sozialismus auf hygienischem, moralischem, geistigem und ästhetischem Gebiete aufweist. Denn „die soziale Frage ist nicht nur eine Magen- und Futterfrage“. Wahnsinn, Tuberkulose, Prostitution, Syphilis, Malaria, Gewohn-

heitsverbrecherthum sind einige der Gründe, weswegen auch ein „Reicher“ die heutige Wirtschaftsweise verabscheuen sollte. Dazu kommt die immerwährende Furcht, durch einen plötzlichen Unglücksfall in's Proletariat oder noch tiefer herabsinken. Dazu kommt auch nicht zuletzt der Ekel vor der Menschheit im Allgemeinen und dem eigenen Individuum im Speziellen. — Was ist aber der Erfolg aller dieser Beeinflussungen? Man wüthet weiter gegen die Aerzte, die gründlich helfen wollen; und das soziale Heilpersonal besteht nach wie vor fast nur aus dem Proletariat. Dies und nichts weiter betont die Sozialdemokratie. Deshalb ist es unverständlich, wie Herr Dr. Oppenheimer seinen Aufsatz mit folgenden Worten anfangen kann: „Die sozialdemokratische Partei Deutschlands wiederholt bis zur Eintönigkeit eine Behauptung: die soziale Frage soll eine Angelegenheit ausschliesslich des Arbeiterstandes sein Diese Behauptung ist im höchsten Grade gefährlich“. Diese Polemik ist doch übel angebracht gegen eine Partei, deren Führer zum grossen Theile nicht dem Arbeiterstande angehören. Thatsache ist nur, dass sich die oberen Klassen als Klassen niemals zu einem demokratischen Sozialismus verstehen werden. Trotz aller wirklichen Interessen, die sie für den Sozialismus haben müssten, kann sich ihre Denk- und Empfindungsweise niemals mit ihm aussöhnen.

Ch. K.

Der „Kritik“ sind wieder mehrere Provinzialbriefe von Tat-Twam zugegangen. Der von No. 98 beschäftigt sich weiter mit dem Londoner Kongress und bespricht die Meinungsverschiedenheit, die zwischen den englischen und deutschen Delegirten bei der Resolution über die höheren Bildungsanstalten vorhanden war. Die sonst als praktische Gegenwartspolitiker bekannten Engländer verlangten die wissenschaftliche u. s. w. Ausbildung für alle Menschen, während die Deutschen gemäss dem Erfurter Programm sich mit ihrer Forderung „auf diejenigen Schüler und Schülerinnen“ beschränkten, „die kraft ihrer Fähigkeit zur weiteren Ausbildung befähigt erachtet werden.“ Tat-Twam ist der Ansicht, ein konsequenter Sozialist müsse sich der englischen Forderung anschliessen; die deutschen Delegirten hätten „geistiges Manchesterthum“ verrathen: „Der Zufall des Besitzes würde dann zwar, wenn das reiche Bildungsmanchesterthum

zum Siege gelangt ist, als Hemmung natürlicher Auslese beseitigt sein, an seine Stelle würde der Zufall des Besitzes ganz bestimmter im geistigen Wettkampf überlegener Fähigkeiten treten, und damit abermals eine höchst unnatürliche Auslese entstehen.“ Ich möchte wissen, was daran „unnatürlich“ ist? Glaubt Tat-Twam, dass der Kampf jemals aufhören wird? Er wird doch nur aus einem Kampf um's Dasein zu einem um das individuelle Glück. Würde die Partei die Ansicht Tat-Twam's zu ihrem Programm machen, so würden ihr wohl mit Recht die Vorwürfe der bürgerlichen Philosophen und Naturgelehrten gemacht werden, die ihr heute mit Unrecht zu Theil werden, die Vorwürfe der Gleichmacherei, der Schablonisirung u. s. w. Die Menschen haben nun einmal (und glücklicher Weise, sage ich) sowohl höchst ungleiche Fähigkeiten als auch höchst ungleiche Bedürfnisse; beides in Einklang zu bringen bestrebt der Sozialismus. Tat-Twam sagt, dass sei liberal, nicht sozialistisch. Ja, wir wissen aber auch, dass der Sozialismus nur die Vollendung des Liberalismus ist, die als solche nur in der Erscheinungsform in das Gegentheil umschlägt. Das „freie Spiel der Kräfte“ hier wie dort; aber hier zwischen den Kapitalien, dort zwischen den „natürlichen“ Fähigkeiten. Oder müsste wirklich ein Student erst alle vier Fakultäten durchstudiren, um z. B. Arzt zu werden, weil sonst ja keine gleiche Ausbildung aller Menschen besteht? —

Der Provinzialbrief von No. 99 giebt eine nach dem Leben gezeichnete Karrikatur des Ideals preussischer Kolonialverwaltung, der von No. 100 kritisiert die imperialistische Legende und der letzte von 101 beschäftigt sich selbstverständlich mit der Zarenreise. Bei der Wahl der Titel zu den einzelnen Briefen herrscht das Bestreben vor, ja nicht den Inhalt merken zu lassen.

Die Augustnummer der „Gesellschaft“ bringt einen Leitartikel mit dem nichtsagenden Titel „Zur Frauenemanzipation“ von Dr. M. Schwann, der sich jedoch keineswegs, wie wir fürchteten, in den ausgefahrenen Geleisen der Frauenrechtler oder Frauenunrechtler bewegt, sondern vielmehr stark an die Ideen der Laurin Marnholm, die jedoch nicht zitiert wird, anklängt. Mit Recht wird hier einem grossen Theil der Anhängerinnen der „Frauenbewegung“ der Vorwurf gemacht, dass ihr Ziel, die ökonomische Selbstständigkeit der Frau, diese keines-

wegs glücklich machen könne, weil es nur das Hirn, nicht aber Gemüth und Sinne befriedigen kann. Schliesslich breche sich die durch übermässige geistige Arbeit unterdrückte Natur doch Bahn, und man erlebe dann das Schauspiel, dass „Emanzipirte“, wenn sie ihre Jugend am Schreibetisch, Kontor oder Schalter zugebracht haben, in den dreissiger Jahren unwiderstehlich von dem Sehnen nach dem Manne hingerissen werden: „Von Heirath, Ehe, Kinder bekommen redeten sie mit Abscheu und Verachtung, und doch glühte in allen ein rein geschlechtliches Fieber, dass jeglicher Keuschheit Hohn sprach.“ — „Von einer stupiden Anklage ist hier nicht die Rede, sondern nur einzig und allein von einer Feststellung von Thatsachen.“ „Denn das Leben der Jugend ist nach dem Gesetz des natürlichen Werdens ein vor allem andern sinnliches.“ Der Jüngling will Mann werden, die Jungfrau will Weib werden; beide „haben in dieser Beziehung genau das gleiche Ziel, und das ist: zu allererst einmal dafür zu sorgen, dass die unnatürliche Befähigung beider, ihren obersten, natürlichen Beruf ausüben zu können, beseitigt werde.“ Deshalb dürfen die neuen Frauen sich nicht vom Manne emanzipiren wollen, sondern mit dem Manne von den Fesseln der Konvention, müssen darnach streben, die Grundlagen für ein gesundes Familienleben zu schaffen. „Man verstehe mich nicht falsch! Dass die Frau den ersten Beruf hat, Frau zu werden, Mutter, wie der Mann den Beruf hat, Mann zu werden, schliesst für mein Urtheil absolut nicht aus, dass sich eine Frau genau so wie der Mann ausser diesem natürlichen Beruf einen Beruf wählt, der ihr ermöglicht, alle ihre Kräfte und Fähigkeiten zu betheiligen.“ Nur darf sie nicht dabei ihre eigenen Wege gehen wollen, ohne männliche Bundesgenossenschaft auf Broterwerb ausgehen; denn dann wird sie verhindert, Weib und Mutter zu sein, und das ist ihr Unglück, wie es das Unglück des Mannes ist, auf die Prostitution angewiesen zu sein.

In dem „Organ des Sozialitären Bundes“, dem „Modernen Völkergeist“, welcher im Gegensatz zu den übrigen „freiheitlich-antisemitischen“ Blättern ausschliesslich zur Propaganda Dühringscher Gedanken dient, findet sich in No. 16 ein Aufsatz von Himmelserb über die „anarchistische Utopie und das antikirchliche Gesellschaftsideal.“ Die Quintessenz der Antikratie wird hier un-

gefähr so dargestellt: Es giebt gute und schlechte Menschen, heute haben die schlechten Menschen die Oberhand; deshalb müssen sich alle guten Menschen zusammen thun und die schlechten Menschen verdrängen; erst dann können sie die besseren sozialen Zustände gründen, indem die Zwangsgesetze des Staates nun von den guten Menschen nur gegen die schlechten angewandt werden; deshalb haben die Anarchisten Unrecht, wenn sie den Staat ganz abschaffen wollen. — Wir wollen mit Vergnügen zugeben, dass der Anarchismus, wenigstens für absehbare Zeit eine Utopie ist. Es ist auch richtig, dass es antisoziale Triebe in der Menschennatur giebt, die ohne weiteres durch plötzliche Abschaffung des Kapitalismus und des Staates nicht beseitigt werden würden. Der grosse Fehler aber, den Dühring macht, ist der, dass er mit Hintenansetzung jeder zoologischen Erfahrung nicht an die Veränderung der Charaktere von Lebewesen durch die Einflüsse des Milieus glaubt. Während aber bei Dühring selbst diese Einsichtslosigkeit durch mancherlei andere Vorzüge ziemlich wettgemacht wird, tritt sie hier bei seinem Anhänger in ganzer Nacktheit zu Tage, noch verstärkt durch den widerlichen Personenkult und Götzendienst, der in jeder Spalte des sonst manchmal recht interessanten Blattes sich breit macht. Ch. K.

Der „Pan“ ist auch in seinem zweiten Jahrgang, dessen erstes Heft uns vorliegt, eine reichhaltige, lesenswerthe Zeitschrift geblieben, die sich aber fast nur noch durch die Erscheinungsweise und luxuriösere Ausstattung von einer Reihe anderer brauchbarer Kunst- und Litteratur-Zeitschriften unterscheidet. Die hohe Warte, die wir in ihm erhofften, ist er nicht geworden. Auch das neueste Heft überrascht mit so gar nichts Erstwerthigem, Unerhörtem; — zumal nicht im litterarischen Theil, der beim Pan dem bildlichen auch schon früher nachgestanden hat. —

Dies Heft ist speziell der Berliner Kunst gewidmet. Der alte Fontane in seiner humor- und gemüthvollen Art übernimmt die Ouvertüre mit zwei Gedichten, denen ein treffliches Liebermann'sches Porträt des Dichters beigegeben ist. Im ersten sieht er von der Kuppe der Müggelberge aus die alten Bewohner des Landes, die Semnonen zur Völkerwanderung ausziehen; im andern, das mir noch gelungener scheint, antwortet er auf die Frage: „Sind Sie dem lieben Gold allen Ernstes so wenig hold?“ dass ihn das kleine Geldjage der

„Grünkramhändler und Weissbierboudiker“, der „Tantenbetourer und Erbschaftschlieker“ allerdings geniere, und sein Interesse „für Gold und dabei Stoff“ erst bei den Demidoffs und Vanderbilts beginne, so dass er damit Reiche gründen und meistbietend verkaufen könnte; ferner dann:

„Einen Gross-Admiral würd' ich morgen ernennen,
Der müsste die englische Flotte verbrennen,
Auf dass, Gott segne seine Hände,
Das Kattun-Christenthum aus der Welt verschwände.“

So reich sein, das könnte mich verlocken —
Sonst bin ich für Brot in die Suppe brocken.“

Ausser Fontane sind mit dichterischen Beiträgen vertreten: Johannes Schlaf, Rich. Dehmel, Arno Holz, Chr. Morgenstern, Cäsar Flaischlen, Heinrich Hart. Schlafs lyrische Prokastückchen sind reizvoll, frühlingshaft, wie so manche schon aus seiner Feder. Ob er die sprossende Hyazinthenzwiebel in ihrem Wachstum belauscht und sich des kommenden Tages freut, an dem es ihm vom Glas her „in bunter junger Herrlichkeit entgegenjubelt“, ob er „Dunkelstunde bei Cigarre“ hält und sein Zimmerchen mit Phantasien durchwebt, mit dem „Märchen von dir und mir“, ob er die goldenen Träume und die dunkeln Klagestimmen der Noth kommen und gehen hört, dieweil ihm die Liebe „tausend Traumwirklichkeiten und mehr“ bescheert — immer spricht eine feine, sonneverlangende Seele zu uns. — Um die übrige Lyrik dieses Hefts ist es mager bestellt. Zwar findet Arno Holz im zweiten von drei kleinen Lenzgedichtchen einfache kindlichheitere Töne, zwar bringt Morgenstern Verse, die eines hübschen, malerischen Naturstimmung nicht entbehren, zwar glückt es Dehmel in seinem Waldbild „Die Harfe“ das Erklügelte und Erzwungene, das ihn so oft kennzeichnet, beinah ganz zu überwinden und sich zu wirklicher Erhabenheit der Anschauung emporzuarbeiten. Bedeutend vertreten ist aber weder Holz noch Morgenstern, und Dehmel hebt für mich das Vergnügen an seiner „Harfe“ durch das Missvergnügen auf, das mir die allegorisirende zu keiner reinen Stimmung es bringende Mystik seines Zyklus „Eines Tags“ bereitet.

Da auch in diesem Pan-Hefte dem kunsttheoretischen Theil die grössere Hälfte des Platzes vorbehalten wurde, so blieb nach der Lyrik der Novelle nur ein ganz körperlicher Raum übrig. Er ist

brav ausgefüllt, wenn auch nicht gerade glänzend. Heinrich Hart hat bessere Novellen geschrieben als seinen „Ringkampf“.

Von den kunsttheoretischen Arbeiten steht mir H. v. Tschudis Arbeit über Adolf Menzel am höchsten. Tschudi zeigt Menzel als einen meisterhaften und ausserordentlich fleissigen Beobachter, der aber doch für ein überschauendes Urtheil mehr Gelehrter ist (so nannte ihn Böcklin) als Künstler, mehr geistreicher Detailist als gross komponirender Schöpfer. Menzel gilt Tschudi für den ausgeprägten (dabei freilich auch werthvollsten) Vertreter des Berlinerthums. „Es ist eine unkünstlerische Art, aber sie hat sich in Menzel ihren Künstler geschaffen.“ In jedem Fall indessen ist seine Kunst eine durchaus persönliche, ohne jede Originalitätshascherei, und er hat sich in ihr ausgelebt wie wenige. Er hat mit seinem Pfund gewuchert und hat das Höchste erreicht, das damit zu erreichen war. „Es giebt Leute, denen dies auch das Höchste der Kunst ist.“

Ein anderer werthvoller Aufsatz dieses Hefts giebt uns einen Ueberblick über die Geschichte der Freien Bühne. Er hat Paul Schlenther zum Verfasser. Soweit ich urtheilen kann, behandelt Schlenther seinen Stoff, der nicht ohne Schwierigkeit ist, unbefangen und mit Geschick. Julius Harts Aufsatz über „Die Entwicklung der neueren Lyrik in Deutschland“ ist, zumal für noch Unkundige, eine übersichtliche und belehrende Arbeit. Neue Gesichtspunkte giebt es indessen nicht, ist mir auch zu reich an abgegriffenen Determinationen, wie „Objektivismus“, „Naturalismus“, „Formalismus“, „Gefühlslyrik“ und vielem ähnlichen mehr. Die Charakteristik der einzelnen Dichter ist meist eine treffende; ob sie auch gegeneinander treffend abgewerthet sind, und ob ihre Zusammenstellung, zumal wo sie nach den behandelten Motiven erfolgt („soziale Lyriker u. dergl.“), eine immer glückliche ist, mag offene Frage bleiben. Ueber die Berliner Kunst-Akademie schreibt ihr Direktor Wilhelm Bode, in Anknüpfung an die Feier ihres 200jährigen Bestehens. Er giebt einen kurzen geschichtlich kritischen Rückblick, um dann ihre Zukunft in Erwägung zu ziehen. Die Prüfung seiner Vorschläge kann Fachleuten überlassen bleiben. Ueber die

bronzene „Amazone“ Tuaillons auf der Internat. Kunstausstellung, deren Abbildung dem Panhefte beigegeben ist, schreibt G. Gronau.

Aus dem Bilderschmuck des Heftes hebe ich ausser den schon erwähnten noch die folgenden Gaben hervor: Zwei Farbendrucke nach Bildern von Ludwig Hofmann, deren einer ein Mädchen oder eine Nixe darstellt, die im Wasser eines Waldweichers steht und ihr Haar auflöst (vom Rücken gesehen). Eine wohlthuende, stimmungsreiche Miniature! Das andere nennt sich „Paradies“. Es ist ein wenig zerblasen und minder delikate als das andere, überhaupt etwas Spielerei, doch von farblichen Feinheiten. — Eine Originalradirung Walter Leistikows „Baumgruppe“ halte ich für ziemlich reizlos, dagegen weiss Franz Skarbina die spezifische Poesie der Droschke, so gering sie im Allgemeinen sein mag, famos zu packen: er zeigt uns eine, die im charakteristischen Trabschritte nachts eine beleuchtete Allee entlang fährt. Der Regen und die grünlichen Lichter stimmen ganz vortrefflich zum einformigen Tempo des Gefährts. — Früher schon finden wir ein Liebermannsches Bild: einen alten Mann, die Hücke tragend, der sich müde am Wegrand niedergelassen hat, von Albert Krüger fein radirt. — Zuletzt noch die Radirung eines Franzosen: „Mutter und Kind“ von Charles Maurin. E. M.

Notizen.

Frau Laura Marholm wird immer mehr das enfant terrible für gewisse Frauen-Emanzipatorinnen. In der „Frauenbewegung“ vom 15. September findet sich folgender Aufruf:

„Frau Marholm's Geist geht wieder überall umher. Also Achtung, deutsche Frauen, lasst Euch nicht verblüffen! Die Ehre der deutschen Frau erfordert es, dass dieser unholde Geist keinen Einfluss gewinnt. Ihr Urtheil über die deutsche Frau steht in einem Artikel, der für das Ausland bestimmt war. Es lautet: „Die deutsche Frau sucht sich weder durch ihre Leistungen, noch durch ihren Esprit bemerkbar zu machen.“ — Jedenfalls verachtet die deutsche Frau die Leistungen und den Esprit einer Marholm.“



Wilhelm Weitling.